Gangstertum wird zur Ikone, Seite 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 17 – 27. April 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Könnte schon zu deren Beginn zum Menetekel für Seehofers Amtszeit werden: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bewährungsprobe für Seehofer

Innenminister muss den Sumpf im Bundesamt für Migration trockenlegen

Gegen die Leiterin der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und gegen drei Rechtsanwälte wird ermittelt, weil sie gegen Geld und sonstige Zuwendungen positive Asylbescheide für mindestens 1200 Asylsucher gewährt haben sollen.

Dass es beim Bamf drunter und drüber geht, konnte man bereits erwarten, waren doch zum Höhepunkt der Asylwelle tausende neue, oft fachfremde Mitarbeiter nach einigen Tagen Schnellkurs eingestellt. Ein skandalöses Licht auf die Praxis in Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge warf bereits der Fall eines Bundeswehroffiziers aus Straßburg vor zwei Jahren, dem es gelang mit schwachen Französischkenntnissen ohne jegliche Kenntnisse der Landessprache sich als syrischer Asylbewerber auszugeben und dann auch noch als asylberechtigt anerkannt zu werden.

Viele vermuteten bei der Köpenickiade des Bundeswehroffiziers Franco A., der das Bundesamt vor aller Welt lächerlich machte, dass dieser Fall nur die Spitze eines Eisberges gewesen war. Jetzt wurde bekannt, dass in einem Jahr auch 2100 nachträglich kontrollierte Dolmetscher, die schon seit Jahren für das Bamf arbeiteten, ihre Tätigkeit aufgeben mussten, weil sich bei Nachprüfungen herausstellte, dass sie kaum Kenntnisse derjenigen Sprache besaßen, aus der sie eigentlich übersetzen sollten. Wenn die in Bremen verhandelten Asylverfahren und alle von den entlassenen Dolmetschern übersetzten Asylanhörungen wieder neu aufgerollt werden müssen, könnten bis zu 100000 Asylentscheide wieder zurückgenommen werden, dann ist der Berg wieder da, der bereits seit Monaten weggeredet wurde.

> Überforderung und Chaos begünstigen die Korruption

Auch bei vielen Personaleinstellungen des Bamf waren in letzter Zeit Fälle bekannt geworden, dass in den Bereichen Sicherheitsdienste oder soziale Betreuung von Asylsuchern ganze radikalislamistische Netzwerke mit entsprechenden Beziehungen eingestellt wurden, die dann auf die Asylsucher mit der entsprechenden Einstellung losgelassen wurden.

Sicher war das Bamf nicht für die über Nacht erfolgte massive, unkontrollierte Zuwanderung verantwortlich, mit deren Folgen es überfordert war. Die juristische Verantwortung für diese Zuwanderung mit ihren kriminellen Spätfolgen, die sich immer mehr herausstellen, wird vielleicht noch vor Gericht geklärt werden. Anders als andere Behörden, die mit einigermaßen sicheren Prognosen arbeiten und entsprechend planen können, versagten beim Bamf im Falle der unbegrenzten Zuwanderung die Planungskonzepte, um auf die Situation entsprechend zu reagieren.

Solche Überforderungen und das damit zusammenhängende Chaos bilden die geeignete Grundlage für Korruption und Amtsmissbrauch. Es liegt jetzt am neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer, zu dessen Amt das Bamf gehört, den Sumpf, den ihm sein Amtsvorgänger überlassen hat, schnellstens auszutrocknen. Sollte ihm das nicht gelingen, wäre das sein erstes Scheitern im Amt. *Bodo Bost*

Jan Heitmann:

Dummheiten

Neben dem metrischen System und dem Bürgerlichen Gesetzbuch verdanken wir Napoleon einige immerwährend gültige Weisheiten. Eine davon lautet: Wenn man schon Dummheiten macht, müssen sie wenigstens gelingen. Eine Dummheit, die auf eindrucksvolle Weise nicht gelungen ist, ist die Lkw-Maut. Schon ihr Start war holprig und erfolgte erst zwei Jahre später als zwischen dem Bund und dem Toll-Collect-Konsortium vereinbart. Seit fast 13 Jahren streiten sich die Vertragspartner vor Gericht darum, wer wem wofür wie viel schuldet. Es geht um Milliarden. Im August läuft der Vertrag mit dem Konsortium aus. Wie es weitergeht, ist offen. Wer aber in jedem Fall zur Kasse gebeten wird, steht dagegen schon fest: der Steuerzahler.

Jedem sollte inzwischen klargeworden sein, dass die Idee der Maut und der „Public-private-Partnerships" in Deutschland gescheitert ist. Dennoch gibt es Unentwegte, die daran festhalten. So wie Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer. Statt die von seinem Amtsvorgänger Alexander Dobrindt zum Prestigeprojekt der CSU erhobene Pkw-Maut schnellstmöglich zu beerdigen, stellt er deren Einführung bis spätestens zum Herbst 2021 in Aussicht. Also zwei Jahre später als geplant. Peinlich für die Bundesregierung, denn in deren Finanzplanung sind Einnahmen aus der Pkw-Maut schon ab 2019 ausgewiesen. Worauf die Berechnungen des Verkehrsministeriums beruhen, ist völlig unklar. Anders verhält es sich mit denen des ADAC. Dieser geht davon aus, dass die Maut 262 Millionen Euro an jährlichen Einnahmen bringen würde, denen Ausgaben in Höhe von 300 Millionen Euro gegenüberstehen würden. Also wieder eine Dummheit, die nicht gelingen wird.

Tödliche »Vollzugsdefizite«

Untersuchungsausschuss: Amris Opfer könnten noch leben

Die zwölf Opfer des muslimischen Attentäters Anis Amri, sie könnten noch leben, wenn die Behörden in Deutschland nicht auf eklatante Weise versagt hätten. Denn die Mittel des geltenden Rechts hätten ihnen die Möglichkeit gegeben, Amri bereits frühzeitig zu stoppen. Zu diesem Schluss kamen die zum Thema „Asyl- und Aufenthaltsrecht" geladenen Experten schon in der Eröffnungssitzung des Untersuchungsausschusses zu dem Attentat auf dem Berliner Breitscheidplatz. Insbesondere müsse die Kooperation zwischen Bund und Ländern, aber auch der Länder untereinander, verbessert werden. Die Entscheidung über Asyl liegt beim Bund, während die Länder für die Gesetzesanwendung und die Rückführung abgelehnter Bewerber zuständig sind.

Deshalb regte der Völkerrechtler Kay Hailbronner an, in Fällen, in denen die Abschiebung eines ausreisepflichtigen Ausländers sich besonders schwierig gestalte, die Zuständigkeit automatisch auf den Bund übergehen zu lassen. Wesentlich seien über alle föderale Vielfalt hinweg einheitliche Verfahrensweisen und Maßstäbe. Auch wäre es hilfreich, in Fällen der Anwendung einer Ausweisungsanordnung das Vorgehen der Länder zu vereinheitlichen und etwa gemeinsame Maßstäbe für die Definition eines „erheblichen Risikos", wie im Gesetz formuliert, zu entwickeln.

So weit, dem Bund mehr Kompetenzen zu geben, will Hans-Eckardt Sommer vom bayerischen Innenministerium nicht gehen. Gerade im Umgang mit Amri sei für einen Großteil des Versagens das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verantwortlich. Weil er dort erst nach neun Monaten einen Anhörungstermin bekommen habe, seien die Ausländerbehörden auf Landes- und Kommunalebene lange Zeit handlungsunfähig gewesen. Kein gutes Haar lässt Sommer an den Staatsanwaltschaften, weil diese trotz mehrfacher Straftaten Amris alle Ermittlungsverfahren eingestellt hätten, statt von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen. *J.H.*

Daten-Einbahnstraße

Deutschland liefert Finanzdaten, bekommt aber selbst kaum welche

Im vergangenen Jahr haben die deutschen Finanzverwaltungen im Rahmen des FACTA-Abkommens über den gegenseitigen Informationsaustausch in über 300000 Fällen Finanzdaten an die US-Steuerbehörden übermittelt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei hervor. Darüber, in wie vielen Fällen die USA Informationen nach Deutschland geliefert haben, schweigt sich die Bundesregierung hingegen aus und beruft sich dabei auf die „vereinbarte Vertraulichkeit". Allerdings räumt sie ein, dass hinsichtlich eines „gleichwertigen Niveaus" mit den USA „bisher keine Fortschritte erzielt" worden seien. Deutschland liefere „Daten über wirtschaftlich Berechtigte" an die USA, erhalte „aber umgekehrt keine Informationen hierüber". Immerhin liefern die USA laut Bundesregierung Informationen über Kapitalerträge wie Zinsen und Dividenden, die deutsche Steuerpflichtige über in den USA geführte Konten erzielen.

Insgesamt hat Deutschland im Rahmen des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten bisher über 58 Milliarden Euro Kontostände und 14 Milliarden Euro Kapitalerträge an das Ausland gemeldet. Die im Gegenzug dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) aus dem Ausland übermittelten Daten betreffen nach Angaben der Bundesregierung rund 900000 Steuerpflichtige, über 55 Milliarden Euro übermittelte Einkünfte und über 71 Milliarden Euro übermittelte Kontostände. Zu deren Bearbeitung wurde der Personalbestand des BZSt, der 2008 noch bei 963 Stellen gelegen hatte, auf 1641 Stellen erhöht. Die zusätzlichen Stellen verursachen zwar zusätzliche Kosten, werden dem Staat aber kaum zusätzliche Einnahmen bescheren. Denn bei den Daten handelt es sich um Kontrollmaterial, das lediglich der Verifikation der in den Steuererklärungen gemachten Angaben dient. Ein „erhebliches Steuermehraufkommen" solle daher nicht erwartet werden, so die Bundesregierung. *J.H.*

MELDUNGEN

Brüderlicher Schulterschluss

Duschanbe – Der iranische Außenminister Mohammed Zarif hat sich zu Gesprächen mit dem tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon getroffen, bei denen es um das bilaterale Verhältnis beider Staaten ging. Mit seinem Amtskollegen Sirodschidin Aslow eröffnete Zarif anschließend die neue iranische Botschaft in der tadschikischen Hauptstadt. Außerdem fand eine Sitzung der Iranisch-Tadschikischen Regierungskommission zur wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit statt, die unter der Leitung der Energieminister beider Staaten stand. Das Verhältnis der beiden iranischen Bruderländer war lange angespannt: Der schiitische Iran steht traditionell im Fadenkreuz sunnitischer Machthaber, und das mehrheitlich sunnitische Tadschikistan suchte den Schulterschluss insbesondere mit den iranfeindlichen sunnitischen Araberstaaten, allen voran den Saudis, deren an politisches Wohlverhalten gebundene Wirtschaftshilfe das ärmste GUS-Mitglied gut gebrauchen konnte. Auch zum über weite Strecken iranischen Afghanistan, das lange unter maßgeblichem Einfluss sunnitischer Extremisten von der Arabischen Halbinsel und aus Pakistan gestanden hatte, verbesserten sich in letzter Zeit dank des Niedergangs der arabischen Macht und des zunehmenden Einflusses Chinas die Verhältnisse. *T.W.W.*

Salafisten-Zahl verdoppelt

Berlin – Gegenüber dem Jahre 2013 hat sich die Anhängerschaft der sogenannten Gotteskrieger in Deutschland mit aktuell 11000 verdoppelt. 2011 belief sie sich auf lediglich 3800. Heute ist dabei von einem islamisch-terroristischen Potenzial von 1870 auszugehen, davon werden 760 Personen vom Bundeskriminalamt als direkte Gefährder, also Menschen, bei denen bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie entsprechende Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden, eingestuft. Nach neuesten Erkenntnissen sind während der vergangenen Jahre insgesamt über 980 Menschen aus Deutschland nach Syrien ausgereist, um dort an den Kämpfen teilzunehmen. Der überwiegende Anteil war jünger als 30 Jahre alt, fünf Prozent belief sich auf Minderjährige. 170 dieser Personen sind dort getötet worden. Schwerpunkt salafistischer Aktivitäten ist Berlin, wo sich die Zahl der Salafisten seit 2011 sogar auf 950 verdreifacht hat, von denen etwa die Hälfte als gewaltbereit gewertet wird. Während des vergangenen Jahres liefen in Deutschland insgesamt 1031 Ermittlungsverfahren gegen Gotteskrieger. Inzwischen ist ein Drittel davon nach Deutschland zurückgekehrt. Das aber bedeutet, dass der Verbleib von rund 600 unbekannt ist. Von ihnen geht dann auch die größte Gefahr aus, zumal ein gewiss nicht geringer Anteil mit Terror-Aufträgen untergetaucht ist. Die deutschen Sicherheitsbehörden vertreten die Ansicht, in Deutschland würden sich generell 180000 bis vielleicht sogar 520000 Ausländer irregulär aufhalten. Eine unbekannte Anzahl reiste unentdeckt ein, während ein anderer Teil sich zwar meldete, dann aber spurlos verschwand. *F.W.S.*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger des Bruderhilfe e. V. bei

»Ähnlichkeit mit einem Training«

Nicht nur Gorbatschow befürchtet, dass dem Angriff der Westmächte auf Syrien weitere folgen werden

Michail Gorbatschow meinte zum Angriff der Westmächte auf Syrien: „Er hat große Ähnlichkeit mit einem Training, bevor wirklich zu schießen begonnen wird ... Das ist inakzeptabel. Das wird nichts Gutes bringen.“ Der frühere Präsident der Sowjetunion steht mit seiner Einschätzung nicht allein. In der Tat ist zu erwarten, dass der jüngste Schlag gegen Syrien nicht der letzte gewesen sein wird. Doch wie verhält sich dann Russland?



Während der Luftangriffe der Westmächte auf Syrien: Raketenfeuer über den Dächern von Damaskus Bild: pa

Der militärische Erfolg des Angriffs der westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich gegen Syrien hält sich in Grenzen. Von 103 Raketen und Marschflugkörpern schoss die syrische Luftabwehr 71 ab. Von den britischen Geschossen traf keines sein Ziel und eine Wirkung der französischen Attacken ist nicht festzustellen. Dafür hat der Angriff zu dem Entschluss Russlands geführt, den syrischen Verbündeten mit noch leistungsfähigeren Luftabwehr-Systemen auszurüsten, die beim nächsten Mal mehr als 70 Prozent des Angriffspotenzials neutralisieren würden.

Was die drei Mächte als Erfolg ausweisen, nämlich, dass die syrischen Giftgansanlagen zerstört worden sei, setzt voraus, dass es solche gegeben hat. Ein Beweis dafür liegt dafür ebenso wenig vor wie für einen Chloranschlag in Duma. Sonderbar mutet an, dass der Angriff einen Tag vor dem Eintreffen der Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen erfolgte, welche die Umstände in Duma zu untersuchen haben. Sollte es die Absicht gewesen sein, eine solche Untersuchung zu verhindern, so ist auch dieses nicht erreicht worden. Denn ungeachtet des alliierten Angriffs scheinen sich die Experten nicht davon abhalten zu lassen, der Sache auf den Grund zu gehen.

Die Lage im Vorfeld des Angriffs erinnerte stark an jene im Jahr 2013. Damals besaß Syrien zweifelsfrei Chemiewaffen, und deren Anwendung wurde der Regierung von Baschar al-Assad wiederholt vorgeworfen. Die Stimmung schaukelte sich damals derart auf, dass eine US-Intervention förmlich absehbar schien. Doch da griff Russland ein und veranlasste Syrien, der Weltgemeinschaft den Zugriff auf die Chemiewaffen und deren Vernichtung zu erlauben. Dies geschah dann auch im darauffolgenden Jahr unter der Kontrolle der internationalen Gemeinschaft. Diese Verhinderung eines Krieges der USA gegen Syrien vor vier Jahren verzieh Washington Russlands Präsidenten Wladimir Putin nie.

Je kriegerischer sich die USA im Nahen und Mittleren Osten gebärden, umso mehr schwindet ihr Einfluss. Diese Entwicklung hat System. Denn die US-amerikanische Außenpolitik folgt, was ihr Instrumentarium angeht, einem ebenso klaren wie einfachen Muster: Washingtons Mittel anderen Ländern gegenüber sind Drohungen, Sanktionen und Krieg. Eine Tradition der Diplomatie, wie sie einst Benjamin Franklin beherrschte, gibt es nicht mehr. Das dürfte damit zusammenhängen, dass die USA immer noch glauben, sie hätten das Recht und die Macht, ihre Außenpolitik nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam auszurichten.

Von daher dürfte sich Washington kaum dadurch beeindrucken lassen, dass die Beweisführung gegen Assad mangelhaft ist. Angeführt wird neben manch anderen Unterlagen ähnlicher Art ein Bild, auf dem ein zerstörter Raum mit mehreren augenscheinlich toten menschliche Gestalten zu sehen sind. Dieses Bild gibt es gleich in zweifacher Ausführung. Einmal ist auf der Leiche im Vordergrund ein vorgeblich ebenfalls totes Wickelkind zu sehen, auf dem anderen nicht. Beweismittel dieser Art liefern hauptsächlich die Weißhelme, die oftmals auch als Propagandakompanie von al-Kaida bezeichnet werden.

Noch wurden die russischen Streitkräfte in Syrien nicht in den Überfall mit einbezogen. Man dürfte auch im Weißen Haus ahnen, dass andernfalls die Regie des Handelns übergehen würde in den Kreml. *Florian Stumfall*

Sind Politiker wichtiger als Märtyrer?

Vor der Parlamentswahl im Irak haben Kandidaten Plakate von Gefallenen durch eigene ersetzt

Die Kampagne für die Parlamentswahlen am 12. Mai im Irak wird durch eine Kontroverse über die Umfunktionierung von Plakaten von „Märtyrern“, die im Kampf gegen den Islamischen Staates (IS) gefallen sind, überschattet. Die verschiedenen „Heiligen Kriege“ im Nahen Osten werden in der Regel durch massenhaft aufgehängte Plakate für die jeweils getöteten „Märtyrer“ aller Konfliktparteien und Fronten begleitet, die oft noch mit den entsprechenden Waffen, mit denen sie gekämpft oder durch die sie umgekommen sind, abgebildet sind. Man findet sie an Häusern aber auch auf Verkehrsinseln, an Straßenrändern, an Masten oder zwischen Verkehrsschildern. Niemand hatte es bislang gewagt, solche Plakate abzuhängen, was als Sakrileg angesehen wird, auch wenn der Heimgegangene keine oder kaum noch Verwandte hat, die sein Gedächtnis in Ehren halten.

Naturgegeben überwiegen an den jeweiligen Fronten die Todesanzeigen der Sieger. Märtyrerplakate von getöteten IS-Kämpfern finden sich deshalb nur in den Herrschaftsgebieten des IS, die sich in den letzten Monaten sehr stark reduziert haben. Konjunktur haben dagegen die Märtyreranzeigen der getöteten Regierungssoldaten in Syrien und dem Irak. Vor allem im Irak wurde der



Der Platz wird eng: Wahlkampf mit Plakaten der Kandidaten für die Parlamentswahl am 12. Mai

Kampf gegen den IS seit 2014 vorwiegend von Regierungstruppen geführt. Die Opfer dieser Truppen und ihrer Helfer aus den schiitischen Milizen gehen in die Zehntausende. Die genaue Zahl der Opfer des IS im Irak kennt niemand, weil sie von Regierungsseite geheim gehalten wird.

Vor den Parlamentswahlen am 12. Mai kamen nun einige Kandidaten wegen des eklatanten Platzmangels auf die Idee, solche Todesanzeigen von Märtyrern zu entfernen und an ihre Stelle Plakate von sich selbst aufzuhängen. Diese Aktionen werden vor allem in den sozialen Netzwerken als Beleidigung derjenigen angesehen, „die sich für das Vaterland und den Islam geopfert haben, um in Frieden und Sicherheit zu leben“. Solche Aktionen von Politikern haben das ohnehin schon sehr schlechte Image dieser Berufsgruppe im Nahen Osten noch weiter verschlechtert. In den Politikern sehen viele Iraker ohnehin nur „Profiteure und Feiglinge“. Jetzt gibt es Kampagnen, die großen Zuspruch finden, die Bilder dieser Kandidaten zu verbrennen. Fast 7000 Kandidaten werden am 12. Mai für die 329 Sitze im irakischen Parlament antreten.

Die Kontroverse um die Wahlplakate im Irak offenbart das tiefergehende Problem, wie mit dem Andenken der Opfer des religiösen Fanatismus in islamischen Ländern umgegangen werden soll. Bislang pflegt jede Seite ihre eigene religiös geprägte Erinnerungskultur. Von einem kritischen Umgang mit der Rolle der Gewalt im Islam ist auf keiner der Fronten in den Konfliktländern, weder der sunnitischen noch der schiitischen, bislang etwas zu spüren. Von den religiösen Autoritäten ist am allerwenigsten etwas in diesem Sinne zu erwarten. Diese schüren eher das Morden im Namen Allahs, anstatt es zu hinterfragen. Auch im Wahlkampf im Irak ist das Thema Gewalt in der Religion kein Thema, wenn man die Facebook-Foren ausnimmt, die sich kritisch mit den Märtyrerplakaten beschäftigen. Das religiös verbrämte Morden und die verlogenen Märtyrerkulte beider Seiten werden also weitergehen, wie bisher, auch in Zeiten von Wahlen, die sowieso nur zweitrangige Bedeutung im Irak haben. Dabei ist der Irak eines der wenigen Länder der Region, in denen sich die Demokratie als Spätfolge der US-Invasion von 2003 wenigstens ansatzweise etablieren konnte. *Bodo Bost*

»Bedeutender und länger anhaltend«

Im Schatten der Asylkrise wird die Binnenwanderung in der EU gerne unterschätzt

Wenn in Deutschland über Einwanderung diskutiert wird, geht es in aller Regel um die Asylkrise des Jahres 2015. Dabei gerät eine Immigration in den Hintergrund, die sogar als bedeutender und auch länger anhaltend eingeschätzt wird: die aus dem Osten der EU.

Um 5,8 Prozent, also mehr als ein Zwanzigstel, ist der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Deutschland nach einer aktuellen Mitteilung des Statistischen Bundesamtes allein im vergangenen Jahr gewachsen. Der Anteil der Menschen aus den östlichen EU-Staaten, die in die Bundesrepublik einwanderten, stieg dabei um 12,5 Prozent. Während die Nettozuwanderung – also die Differenz aus Zuzug und Wegzug – 2016 vergleichsweise niedrige 277 000 Personen betrug, lag sie im vergangenen Jahr bei 439 000. Vor allem Polen, Rumänen und Bulgaren zogen zu.

„Im Rahmen der Flüchtlingswelle ist Migration aus den östlichen EU-Staaten ein wenig aus dem Fokus gerückt. Aber langfristig ist sie sicher die bedeutendere und auch länger anhaltende“, so Ulf Brunnbauer vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA).

Zwölf Prozent der in der Bundesrepublik sozialversicherungspflichtig arbeitenden Frauen aus Bulgarien und Rumänien waren im vergangenen Jahr im Gesundheits- und Sozialwesen tätig, so Carola Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), gegenüber dem „Handelsblatt“. Im Pflegesektor, aber auch im Gastronomiegewerbe Deutschlands würden viele Bürger aus dem Osten der EU Arbeit finden. Auf Baustellen werde bevorzugt Polnisch gesprochen, heißt es. Laut Burkert sind „die Lohnunterschiede im Vergleich zum Einkommen im Herkunftsland“ so groß, dass eine Tätigkeit in Deutschland für viele Bürger aus den östlichen EU-Staaten selbst dann noch attraktiv ist, wenn sie aufgrund von Sprachproblemen oder fehlender Anerkennung ihrer Abschlüsse unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten müssen.

Das führt zu Problemen in den Herkunftsländern. In den Staaten, die 2004 zur EU stießen, macht sich ein demografischer Wandel der besonderen Art spürbar. Prognosen zufolge schrumpft die Bevölkerung in den östlichen EU-Ländern bis 2050 im Schnitt um zehn Prozent, in Bulgarien, Lettland und Litauen gar um 30 Prozent. Bei den Menschen im arbeitsfähigen Alter liegt der Rückgang insgesamt bei 30, in einzelnen Ländern über 40 Prozent. In Polen und Ungarn liegt der Verlust bei einem Viertel, abseits der Hauptstädte sogar noch höher.

Das führe, so Brunnbauer, nicht selten zu einer Kettenreaktion, zu „Megrationsketten“: „Problematisch kann die Abwanderung etwa für das Gesundheitswesen in den Herkunftsländern werden, das die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte schmerzhaft zu spüren bekommt. Dabei entstehen dann ganz interessante Migrationsketten, wenn etwa in Polen ukrainische Krankenschwestern eingestellt werden.“ Die Auswanderung aus dem einen Land führe zu Auswanderung aus dem nächstgelegenen Nachbarland, wo die Löhne noch geringer sind.

Ein Beispiel dafür ist Polen. Der dortigen Wirtschaft geht es immer besser. Dennoch lassen viele ihre Kinder zurück, um im Westen zu arbeiten. Die Lücke auf dem Arbeitsmarkt füllen Ukrainer. Experten erklären zwar, dass die große Auswanderungswelle inzwischen abebbe, aber seit dem EU-Beitritt 2004 sollen mehr als zwei Millionen Polen ihre Heimat verlassen haben. Das sind rund fünf Prozent der Bevölkerung. Hunderttausende zog es nach Deutschland, viele davon sind im Handwerk, auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder in der Pflege tätig. Dafür wandern Ukrainer nach Polen ein. Sie verdienen dort mehr Geld als in ihrer Heimat. „Zurzeit leben offiziell 800 000 Ukrainer in Polen“, so Bischof Ryszard Bogusz, Präses der Diakonie Polen gegenüber der „Südwest Presse“. Inoffiziell ist von mehr als einer Million die Rede. Allein in Breslau suchen 50000 ihr Glück, meist Arbeitsimmigranten oder Studenten.

Deutschland bleibt aber mit Abstand das beliebteste Ziel für Zuwanderer aus der EU. Seit 2010 verzeichnete die Bundesrepublik gegenüber jedem Mitgliedstaat kontinuierlich sogenannte Wanderungsgewinne. Die Folgen sind dramatisch. Die seit Jahren anhaltende Abwanderung nach Westeuropa habe in den Ländern am östlichen Rand der EU dazu geführt, dass es für die Unternehmen immer schwieriger werde, geeignete Arbeitskräfte zu finden, schreibt die Nachrichtenagentur Reuters.

Das Bevölkerungswachstum ist in allen Transformationsländern negativ, vor allem in Bulgarien und Rumänien. Diese beiden Länder sind besonders stark von Abwanderung betroffen. Insgesamt ist die Bevölkerung Bulgariens seit 1995 bereits um 15 Prozent geschrumpft, jene Rumäniens um zwölf Prozent. In Polen konnte dieser Prozess durch die skizzierte Zuwanderung aus weiter östlich gelegenen Ländern immerhin etwas aufgefangen werden. In Ungarn haben mehr als 5000 Ärzte das Land seit der EU-Mitgliedschaft verlassen, die meisten von ihnen aus der Altersgruppe unter 40 Jahre. Der Fachkräftemangel betrifft aber auch Ingenieure und Wirtschaftswissenschaftler. Mehr als 60 Prozent der befragten Unternehmen klagen, für interessante Stellen gebe es keine ausreichende Anzahl an Bewerbern. Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) legt in Rumänien und Polen die Arbeitslosigkeit bei etwa fünf Prozent, in der Tschechei sogar bei drei Prozent. Das ist weniger als in Deutschland. *Peter Entinger*



Der Unterschied beim Lohnniveau ist derart groß, dass selbst für gut ausgebildete Polen eine Tätigkeit im deutschen Niedriglohnsektor attraktiv ist: Arbeiter bei der Spargelernte

Bild: pa

MELDUNGEN

Bund bleibt auf Kosten sitzen

Potsdam – Der Bundespolizei sind im Verlauf der Spielsaison 2016/17 Personalkosten in Höhe von 23,62 Millionen Euro im Zusammenhang mit der Überwachung des Fußballfanreiseverkehrs entstanden. Dabei entfielen knapp acht Millionen Euro auf Einsätze bei Spielen der 1. Bundesliga, knapp 5,7 Millionen auf Spiele der 2. Bundesliga und 4,4 Millionen auf Spiele der 3. Liga. Dazu kamen noch Kosten für Führungs- und Einsatzmittel wie Kraftfahrzeuge und Hubschrauber in Höhe von gut vier Millionen Euro, von denen lediglich 110 000 Euro durch die Länder erstattet wurden. Derzeit gibt es noch keine gesetzlichen Grundlagen, nach denen die Bundespolizei die ihr bei kommerziellen Großeinsätzen entstandenen Kosten gegenüber dem Veranstalter geltend machen kann. *J.H.*

Schritt gegen Meinungsfreiheit

Berlin – Der Bundesrat unternimmt einen weiteren Schritt zur Verschärfung des Meinungs- und Gesinnungsstrafrechts. Demnach soll „das Verbreiten und Verwenden von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aus dem Ausland in Deutschland“ strafbar werden. Hintergrund ist, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes das deutsche Strafrecht nicht auf Handlungen angewendet werden kann, bei denen Täter im Ausland solche Propagandamittel und Kennzeichen in das Internet einstellen, selbst wenn deren Verbreitung und Verwendung in Deutschland strafbar wären und die Täter sich mit den Internetseiten gezielt an inländische Adressaten richten. Mit ihrem Gesetzentwurf will die Länderkammer „Strafbarkeitslücken im Interesse des demokratischen Rechtsstaates so weit wie möglich schließen“. *J.H.*

Bahnbrechendes Urteil

Verfassungsgericht: Landeswahlauschuss muss Listen überprüfen

Der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen hat eine Wahlbeschwerde gegen das Ergebnis der letzten sächsischen Landtagswahl von 2014 zurückgewiesen. In dem Urteil wird dem AfD-Politiker Arvid Samtleben zwar beschieden, dass seine Streichung von der AfD-Landesliste durch die beiden Vertrauenspersonen rechtswidrig war und der Landeswahlprüfungsausschuss die Streichung nicht hätte berücksichtigen dürfen und die ursprüngliche Liste hätte zulassen müssen, weil der Streichung kein neuerlicher Parteitagsbeschluss vorausgegangen war. In dem Urteil steht aber auch, dass die Streichung zwar Einfluss auf die Zusmmensetzung des Parlaments habe, der Fehler aber nicht so schwer wiege, dass der Fortbestand des gesamten Landtags unerträglich erscheine. Daher sei die Landtagswahl nicht für ungültig zu erklären. Samtleben hatte die Feststellung beantragt, dass er Mitglied des sächsischen Landtages sei und hilfsweise Neuwahlen gefordert.

Dem Urteil ist ein mittlerweile fast vierjähriger Rechtsstreit vorausgegangen, weil vor dem Klageweg die Wahlbeschwerde beim Landtag anhängig war. Das Parlament sah ebenfalls ein Bestandschutzinteresse für sich selbst und lehnte die Beschwerde schließlich 2017 geschlossen ab. Die Wahlprüfung zog sich unter anderem wegen einer mündlichen Anhörung hin, die entscheidend wurde für die Aufhebung der Immunität von Frauke Petry wegen Meineids durch Land- und Bundestag.

Schon vorher hatte Samtleben vor dem sächsischen Verfassungsgerichtshof vergeblich versucht, die Landtagswahl vom 31. August 2014 zu stoppen beziehungsweise die AfD wegen des jetzt festgestellten Fehlers ganz von der Wahl auszuschließen, was als unzulässig zurückgewiesen wurde. Zuvor hatte der sächsische Wahlprüfungsausschuss die AfD-Wahlliste ungeprüft zugelassen. Der damalige Bautzener AfD-Vorsitzende Samtleben wurde nach eigenen Angaben von den beiden Vertrauenspersonen gestrichen, weil er sich weigerte, ein Darlehen von 1000 Euro zu unterschreiben, das im Falle seiner Wahl automatisch zur Spende geworden wäre. Das freie Mandat lässt zumindest nach der Wahl einen Zugriff der Partei auf Diäten nicht zu.

> Innerparteiliches Demoktatiegebot bisher nicht einklagbar

Eine Einberufung einer neuen Landeswahlversammlung, also des Parteitages, vor der Einreichungsfrist der Landesliste war nicht mehr vom sächsischen Landesvorstand vorgenommen worden. Die beiden Vertrauenspersonen, die von der Landeswahlversammlung gewählt werden und diejenigen sind, die als erstes den Wahlvorschlag unterschreiben, können nicht ohne Landeswahlversammlung Personen streichen. Samtleben stand auf Platz 14 der Landesliste, die dann auch tatsächlich bis zu diesem Platz zog und 14 AfD-Mitglieder den Einzug in den Landtag ermöglichte. Hätte Samtleben weiter hinten auf der Liste gestanden, wäre er ohnehin nicht ins Parlament gekommen und seine Klage von vorn herein aussichtslos gewesen.

Rechtsexperten sehen das Urteil als bahnbrechend an, weil zum ersten Mal mit dem Landeswahlausschuss ein staatliches Organ verpflichtet wird, das interne Handeln von Parteien zu überprüfen. Denn bisher galt das innerparteiliche Demokratiegebot als nicht einklagbar vor staatlichen Gerichten. *J.S./J.H.*

Merkel steht zu Vertriebenen

Kanzlerin war Festrednerin beim BdV-Jahresempfang

Zahlreiche prominente und internationale Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und den Verbänden folgten auch in diesem Jahr der Einladung des Bundes der Vertriebenen (BdV) zu dessen Jahresempfang am Dienstag vergangener Woche in Berlin. Mit großer Spannung erwarteten sie die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel, für die der BdV-Jahresempfang einen festen Platz in ihrem Terminkalender hat.

Ihre Rede begann sie sozusagen mit einem Ausrufezeichen: „Mir liegt sehr daran, immer wieder deutlich zu machen, dass der Bund der Vertriebenen bei der Bundesregierung ein offenes Ohr findet und dass das auch in dieser Legislaturperiode genauso sein wird.“ An einigen Beispielen umriss die Bundeskanzlerin, wo ihre Regierung ihre Aufgaben sieht. So benötige die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen „konsequente Förderung“, zumal die Zahl der Zeitzeugen immer geringer werde. Dies gelte auch für den wissenschaftlichen Bereich, „für die Erforschung und Bewahrung, für die Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa“, der zukünftig noch stärker europäisch ausgerichtet werden solle.

Ausdrücklich würdigte Merkel den zivilgesellschaftlichen zwischenstaatlichen Brückenbau der verschiedenen Gruppen, der oft eng mit der Bewahrung des kulturellen Erbes in den Heimatgebieten zusammenhänge. Auf der staatlichen Ebene habe sie daher etwa bei ihrem „jüngsten Besuch in Warschau dafür geworben, wieder am Runden Tisch zusammenzukommen“. Es liege ihr sehr am Herzen, dass die Beratungen über „Fragen der Förderung sowohl der deutschen Minderheit in Polen als auch der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland“ fortgesetzt werden.

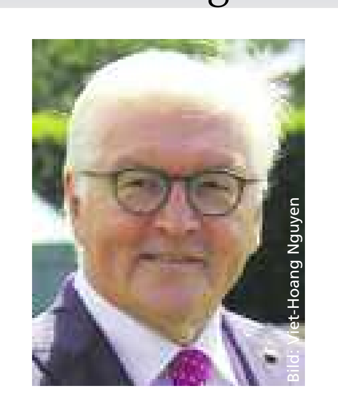
Die Alterssicherung von Spätaussiedlern zu verbessern, sei eine weitere Aufgabe, aus der eine aus der Erinnerung für die Zukunft erwachsende Verantwortung deutlich werde. Merkel beschränkte sich bei diesem drängenden sozialen Thema zwar darauf, Inhalte aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wiederzugeben, betonte aber im Anschluss, dass der Dialog mit Spätaussiedlern über ihre Situation weiter gepflegt werden müsse.

Mit einem Zitat aus dem Grußwort Papst Franziskus' zum Tag der Heimat des BdV im Vorjahr ließ die Bundeskanzlerin erkennen, dass die Bundesregierung auch die Themen Heimat und Heimatbewusstsein als gestalterischen Auftrag begreift. Franziskus hatte mitteilen lassen: „Der Sehnsucht der Menschen nach Heimat, nach Geborgenheit und Überschaubarkeit Raum zu geben, ist eine Grundaufgabe jeder Politik“ (siehe Seite 4).

Auch wenn „Flucht und Vertreibung damals und heute sich überwiegend in der Schicksalserfahrung des Heimatverlustes vergleichen ließen“, sei Deutschland durch die Erlebnisse der Nachkriegsvertriebenen besonders geprägt worden und stehe heute vor der Herausforderung, Flüchtlinge mit ähnlichen Erfahrungen aufzunehmen. „Offenheit, die Bereitschaft zur Verständigung und die Einhaltung von Recht und Ordnung“ seien „wesentliche Voraussetzungen“ dafür, dass Menschen an anderem Orte ein neues Zuhause finden könnten. Heimat bedeute auch Zusammenleben und Zusammenhalt in einer Gemeinschaft, die sich gleichen Werten verpflichtet sehe, so die Kanzlerin weiter.

Abschließend bezeichnete Merkel die im Jahre 1950 verabschiedete Charta der Heimatvertriebenen als ein „wirklich historisches Dokument“ und dankte den Vertriebenen und ihren Verbänden ausdrücklich für ihren seit Jahrzehnten währenden Einsatz. *PM/J.H.*

Zeitzeugen



Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident: „Verstehen und verstanden werden – das ist Heimat. Heimat ist der Ort, an dem das Wort ‚Wir‘ Bedeutung bekommt.“

Hartmut Koschyk (CSU), ehemaliger Regierungsbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, in seinem Buch „Heimat, Identität, Glaube“: „Ich fühle mich natürlich und bewusst als Franke, weiß mich von der altbayerischen Bevölkerung zu unterscheiden, aber die schlesischen Wurzeln meiner Vorfahren sind ein wichtiger Teil meiner Identität, den ich als bereichernd empfinde und nicht missen möchte.“

Jean Amery, Schriftsteller: „So wie man die Muttersprache erlernt, ohne ihre Grammatik zu kennen, so erfährt man die heimische Umwelt. Muttersprache und Heimatwelt wachsen mit uns, wachsen in uns hinein und werden so zur Vertrautheit, die uns Sicherheit verbürgt.“

Wolfram Weimer, Verleger, Publizist und Gründungsherausgeber des Magazins „Cicero“: „Der Wertkonservative hat in seiner Heimat schon immer Zuflucht gefunden, aber nicht wie mit einem Orden am Revers, sondern als ein Rückgrat seiner Selbst. Die Sehnsucht nach den Wurzeln ist ein gewaltiges Zeitgeist-Phänomen, die Globalisierer fangen selber an, zu regionalisieren.“

Papst Franziskus in seiner Grußbotschaft zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen im September 2017: „Je globaler die Welt, desto wichtiger wird die Heimat, desto wichtiger wird das Gefüge von gewachsenen menschlichen Beziehungen. Der Sehnsucht der Menschen nach Heimat, nach Geborgenheit und Überschaubarkeit Raum zu geben, ist eine Grundaufgabe jeder Politik.“

Alfons Nossol, emeritierter Bischof von Oppeln (Oberschlesien): „Wohlgemerkt, für den christlichen Glauben sind beide wichtig: die nationale Identität ebenso wie die Schätzung und Ehrung der zu anderen nationalen Gruppen gehörenden Mitmenschen. Die Kirchen waren – und sind auch heute noch – Mittel der Gestaltung und Pflege nationaler Kultur und Identität. Die Kirchen bewahren am effektivsten die Volkssitten, die Muttersprache und die örtlichen Traditionen.“

Heinz Schilling, Professor und Kulturwissenschaftler in Frankfurt am Main: „Heimat – eine Rettungsinsel der Gefühle in der globalisierten Welt – eine Sehnsuchtslandschaft.“

August Hufnagel, Erforscher rheinischer Flurnamen in seiner Examensarbeit von 1950: „Erst in der Fremde, in neuer Umgebung, wenn der Mensch dem heimatlichen Dorf den Rücken gekehrt hat, wird es ihm bewusst, was Heimat bedeutet. Jetzt wird er fühlen und erfahren, welche Schätze er verloren hat.“

Alles nur Symbolpolitik?

Groko im Verdacht, den Heimatbegriff nur instrumentalisieren zu wollen

Bayern ging voran, Nordrhein-Westfalen zog nach, und nun hat auch der Bund ein „Heimatministerium“ – als Teil des aufgeblähten Innen-Großressorts von Horst Seehofer (CSU). Wird Heimat also wieder eine politische Bezugskategorie?

> Globalisierungserfahrungen und Immigrationsschübe haben viele Menschen die Heimat schätzen gelehrt

Man kann nur hoffen, dass das christliche Medienmagazin „Pro“ Recht behält, das in seiner jüngsten Ausgabe jubelte: „Es kommen nach den ewig linken Leitbegriffen von Gleichheit und Umverteilung endlich auch bürgerliche Hauptmotive der Tradition, Identität und Wertorientierung wieder auf die Tagesordnung.“ Doch Vorsicht! Das Behördenschild ist schnell montiert, um die Definition wird noch gerungen. Kleinlaut gaben Seehofers Leute zu, der Willensbildungsprozess sei noch nicht abgeschlossen. Die Politik in Berlin, so scheint es, hat nur einem Trend nachgegeben, der seit Längerem auf dem Buchmarkt zu beobachten war. Die Titel, die mit dem wärmenden Begriff Heimat zu tun haben, füllten plötzlich die Auslagen und Regale. „Gut, dass wieder von Heimat die Rede ist“, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. „Möglicherweise war Heimat nie so wertvoll wie heute“, schrieb ein Leser der – im Zweifel linksliberalen – „Zeit“.

Wer es vergessen hat: Es waren die deutschen Vertriebenen, die diesen lange verpönten Begriff hochgehalten haben und von den Meinungspolizisten in die rechte Ecke gestellt wurden. Gedankt hat man es ihnen nicht. Das sollten sich alle in Erinnerung rufen, die jetzt die Backen aufblasen und die noch unausgegorenen Ministeriumspläne als Innovation preisen und von einem „starken Signal“ sprechen.

Bislang hat man in Berlin noch keine klare Antwort auf die Frage gehört, ob es lediglich um gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland geht oder auch um eine Definition, was „unsere Identität zwischen einer globalisierten Welt und unserer heimatlichen Region ist“ (Hartmut Koschyk, der ehemalige Regierungsbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten). Der Verdacht ist nicht so leicht von der Hand zu weisen, dass die mühsam zustande gekommene Große Koalition den Heimatbegriff aus taktischen Motiven heraus verramscht, um politischen Konkurrenten das Wasser abzugraben. Alles nur Symbolpolitik?

Als Spießer lächerlich gemacht zu werden, das braucht heute kaum noch einer zu befürchten, der das Wort Heimat in den Mund nimmt. Nach „Blut und Boden“ riecht es eh nicht mehr. In regionalen und überregionalen Blättern wird Heimat als „Zukunftsprojekt“ gefeiert. Man zitiert, vor Jahren noch undenkbar, den großen alten Mann der deutschen Volkskunde, den Professor Hermann Bausinger. Heimat sei das Produkt eines Gefühls der Übereinstimmung mit der kleinen eigenen Welt. „Wo die Menschen ihrer Umgebung nicht mehr sicher sind, wo sie ständig Irritationen ausgesetzt sind, wird Heimat zerstört“, so Bausinger. In einer immer weniger überschaubaren Welt, geprägt durch neue Völkerwanderungen, wächst die Sehnsucht nach stabilen Rückzugsorten.

Die Fieberkurve des Heimatbegriffs, die man sich im Digitalen Wörterbuch (www.dwds.de) anschauen kann, folgt den Rhythmen der neuzeitlichen Sozialgeschichte, sie ist bis ins 20. Jahrhundert weitgehend konstant hoch geblieben. Selbst die beiden Weltkriege haben sie nur wenig beeinflusst. Erst die Konsumgesellschaft nach 1945 ließ die Kurve absinken. Jetzt steigt sie wieder.

Das hat zweifellos mit den Globalisierungserfahrungen und Immigrationsschüben zu tun. Beide Phänomene haben dafür gesorgt, dass aus einem kulturellen Thema ein politisches geworden ist.

Gernot Facius

Disput über ein »Recht auf die Heimat«

Wer von Heimat spricht, kann dem Disput über ein „Recht auf die Heimat“ nicht ausweichen – das ist jedenfalls die Position des US-amerikanischen Völkerrechtlers Alfred de Zayas. Für den Juristen, der Jahrzehnte im Dienst der Vereinten Nationen stand und unter anderem mit dem Menschenrechtspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft ausgezeichnet wurde, ist Heimatrecht „kein Begriff aus dem Elfenbeinturm“. De Zayas: „Es ist ein fundamentales Menschenrecht und zudem eine wichtige Voraussetzung für den Genuss vieler anderer Rechte.“ Denn bürgerliche und politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte würden nicht in einem „Leerraum“ ausgeübt, sondern „ganz konkret auf dem Gebiet, wo der Mensch zu Hause ist“. Der US-amerikanische Professor, der in der Vergangenheit mehrmals von Verbänden der deutschen Heimatvertriebenen konsultiert und für Gutachten in Anspruch genommen wurde, definiert das Recht auf die Heimat streng naturrechtlich: Jeder Mensch, jedes Volk besitze das fundamentale Recht, in seiner Heimat in Frieden zu leben und nicht von anderen vertrieben zu werden. Er berührt in seinen Reden und Schiften einen deutschen Tabu-Punkt. Der Heimatrechtsbegriff, fordert er, müsse präzisiert werden. Warum? „Weil es um jene sehr persönliche Heimat geht und nicht bloß um ein allgemeines Recht auf irgendeine Heimat beziehungsweise irgendeinen Wohnsitz irgendwann und irgendwo.“ Konkret: um den Ort, an dem der Mensch seine Wurzeln hat. Die gesamte moderne Völkerrechtsordnung setze Sesshaftigkeit der Völker, anerkannte Staatsgebiete und die Zugehörigkeit der Bewohner zu ihrem Gebiet voraus.

> »Kein Begriff aus dem Elfenbeinturm«

De Zayas zieht daraus den Schluss: Allein aus diesem Grund könne es kein Völkerrecht ohne das Recht auf die Heimat geben. Das war auch Tenor der Rede, die 1995 der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Jose Ayala Lasso, anlässlich der Gedenkstunde „50 Jahre Vertreibung“ in der Frankfurter Paulskirche hielt. *G.F.*



Zur Eröffnung des ersten Heimatministeriums in Deutschland: Tortenanstich durch den zuständigen Minister Bild: pa

Das Thema ist »in«

Selbst Grüne sprechen auf einmal von »Heimat« positiv

Das Thema ist „in“. Selbst Grüne haben „Heimat“ als Vehikel für den politischen Meinungskampf entdeckt, sie verschweigen das gar nicht mehr. „Die Rechte“, sagte ihr bayerischer Landtagsabgeordneter Sepp Dürr schon vor Monaten, „hat sich den Begriff angeeignet, aber wir können ihn zurückgewinnen“. Mit seinen Heimat-Reden galt der Bio-Bauer aus Germering an der Peripherie Münchens lange als Exot in seiner Partei. Spätestens seit der Bundestagswahl im September 2017 ist er aber nicht mehr isoliert. Immer mehr prominente Grüne, aber auch Sozialdemokraten, fordern ein Ende der Tabuisierung. Allen voran der neue Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck.

Der schriftstellernde Politiker aus Schleswig-Holstein gab die Losung aus: „Wir müssen uns trauen, über Begriffe wie Heimat und Patriotismus zu reden, sie für uns zu reklamieren und zu definieren.“ Der Realo Habeck verhehlt nicht, dass da auch politische Taktik im Spiel ist, er möchte nicht der AfD das Feld überlassen: „Ich habe in Gesprächen oft erlebt, dass diese Dinge für Menschen wichtig sind.“ Da verbiete sich jede Form von Verächtlichkeit.

> Kampf um die Definitions- und Deutungshoheit

„Wir lieben dieses Land. Das ist unsere Heimat. Und diese Heimat spaltet man nicht“ – ungewohnte Töne selbst von Karin Göring-Eckardt auf dem Bundesparteitag der Grünen nach dem Wahlgang. Noch im vergangenen Sommer wäre ihr ein solches Heimat-Bekenntnis vermutlich nicht über die Lippen gekommen.

Denn für die Linken in ihrer Partei und die Grüne Jugend ist Heimat „ein Begriff der Gegenaufklärung und Irrationalität“ – „ausgrenzend“, wie sie per Twitter wissen ließen. Sie berufen sich dabei auf den Berliner Linguistik-Professor Anatol Stefanowitsch. Der warnte in der linken „Taz“: „Wird Heimat zu einem politischen Begriff, wird es gefährlich, denn dann wird Heimat etwas, das durch die bedroht ist, die ein Zuhause suchen ... Wenn der politische Heimatbegriff von einem konkreten Ort auf ein ganzes Land ausgedehnt wird, entsteht eine Nation, deren Mitgliedschaft durch Abstammung bestimmt ist.“ *G.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Mehr als nur Deutschlandzentrale

Ebay will sein Europageschäft zukünftig über Kleinmachnow statt über Luxemburg abwickeln



im Gewerbepark „Europarc Dreilinden", der zur Brandenburger Gemeinde Kleinmachnow gehört: Die Deutschlandzentrale von Ebay

Bild: Hanert

Der Internetkonzern Ebay will sein Europageschäft nicht mehr über Luxemburg, sondern nach deutschem Recht abwickeln. Ein Ort vor den Toren Berlins kann als Folge mit kräftig sprudelnden Steuereinnahmen rechnen.

Das Online-Auktionshaus Ebay hat Händler und Mitglieder darüber informiert, dass ab Anfang Mai die Ebay GmbH in Kleinmachnow neuer Vertragspartner für Händler und Mitglieder sein wird. Bislang wickelte Ebay sein Europageschäft über Luxemburg ab. Für umsatzsteuerpflichtige Händler bedeutet der Wechsel, dass Ebay künftig die deutsche Mehrwertsteuer berechnet.

Einige Beobachter sehen die Entscheidung von Ebay als Signal und Reaktion auf eine politische Entwicklung. In der Vergangenheit konnten Länder wie Luxemburg und Irland große Internetkonzerne mit günstigen Steuersätzen anlocken. Derlei Standortpolitik gerät immer stärker unter Druck. Die EU-Kommission treibt Pläne für eine „Digital-Steuer" voran, bei der Firmen wie Ebay und Amazon künftig in den Ländern Steuern zahlen sollen, in denen sie Umsätze erzielen. Parallel wächst die Bedeutung regulatorischer Schritte in Deutschland, das nicht nur für Ebay der wichtigste Markt in Europa ist.

CDU/CSU und SPD haben im Koalitionsvertrag ein Vorgehen gegen Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel vereinbart. Erste Vorbereitungen für eine entsprechende Gesetzesinitiative laufen bereits an. Eigentliches Ziel sind dabei nicht die Internetkonzerne an sich, sondern gewerbliche Händler als Nutzer der Internet-Marktplätze. Die Branchenriesen könnten trotzdem betroffen sein. Auf sie könnte bald eine Auskunftspflicht zukommen. Noch schärfer könnte sie ein weiteres Instrument treffen. Politiker denken über die Möglichkeit nach, die Betreiber von Internet-Marktplätzen für Steuerschulden von Händlern haften zu lassen. Schätzungen gehen dahin, dass dem deutschen Fiskus durch Umsatzsteuerbetrug von Internethändlern bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr entgehen.

> Viele Unternehmen zieht es in Berlins Speckgürtel

Schon seit einiger Zeit wird über Probleme mit Onlinehändlern aus China berichtet. Schätzungen gehen davon aus, dass mehrere Tausend chinesische Händler über Marktplätze wie Ebay oder Amazon nach Deutschland verkaufen. Diese Händler nutzen bei ihren Geschäften oft die Regelung, dass die Einfuhr von Waren mit einem Wert von bis zu 22 Euro in der EU umsatzsteuerfrei ist. Generell gilt allerdings, dass sich auch die Anbieter aus dem Fernen Osten hierzulande steuerrechtlich registrieren lassen müssen. In der Praxis fehlt in vielen Fällen allerdings häufig eine deutsche Umsatzsteuer-Nummer. Dem deutschen Fiskus entgeht damit die Mehrwertsteuer. Händler, die sich an die Regeln halten, sind im Nachteil.

Für chinesische Händler ist zentral für ganz Deutschland das Finanzamt Berlin-Neukölln zuständig. Dieses sah sich in der Vergangenheit dem Vorwurf ausgesetzt, allein wegen fehlender personeller Ressourcen dem Problem des Steuerbetrugs nicht gewachsen zu sein. Mittlerweile gehen die Steuerfahnder immer energischer gegen ausländische Händler vor, die über das Internet hierzulande Waren verkaufen, dafür aber keine Mehrwertsteuer bezahlen wollen. So beschlagnahmte das Finanzamt Neukölln vor einiger Zeit Lagerbestände und Guthaben auf Händler-Konten bei dem Internetmarktplatz Amazon. Noch effektiver könnte der Kampf gegen den Steuerbetrug werden, wenn die Plattformbetreiber für die korrekte Zahlung der Steuern haften.

Die Gemeinde Kleinmachnow vor den Toren Berlins kann bereits durch die Verlegung des Ebay-Europageschäfts von Luxemburg nach Brandenburg mit erheblichen Steuereinnahmen rechnen. Nach Angaben des Bürgermeisters Michael Grubert (SPD) nimmt die rund 20000 Einwohner zählende Gemeinde schon bislang bis zu 13 Millionen Euro Gewerbesteuern ein. Wichtige Steuerzahler sind bislang die Handelsplattform „mobile.de" und der Bezahldienst „PayPal". Mit der Entscheidung von Ebay kann der Ort im Speckgürtel Berlins mit zusätzlichen Steuereinnahmen im zweistelligen Millionenbereich rechnen. Von der Standortentscheidung Ebays geht allein wegen der Bekanntheit des Unternehmens eine Signalwirkung aus.

Allerdings ist der Internetkonzern keine Ausnahme. Brandenburg zieht mittlerweile immer öfter Unternehmen an, die auf dem Berliner Immobilienmarkt keine Flächen für Erweiterungsmöglichkeiten finden. Laut Steffen Kammradt, dem Chef der Brandenburger Wirtschaftsförderung, ist die Nachfrage aus Berlin „signifikant angestiegen". Der Wirtschaftsförderer wies darauf hin, dass sich allein im vergangenen Jahr 16 Berliner Unternehmen nach einem Standort in Brandenburg erkundigt hätten – in der Vergangenheit gab es im Schnitt nur drei bis vier Anfragen aus der Hauptstadt. Auf die Suche nach Flächen in Brandenburg gehen vor allem Metallverarbeiter und Logistikbetriebe.

Der Berliner Senat will der Entwicklung inzwischen entgegensteuern und plant den Ankauf von Gewerbeflächen. Langfristig stehen solche Bemühungen allerdings in starker Konkurrenz zu der Absicht, auch für den Wohnungsbau in Berlin möglichst viele Flächen bereitzustellen. *Norman Hanert*

Berlin-Plötzensee

Von Vera Lengsfeld

Dieser Teil Berlins ist nicht (mehr) wegen seines schönen Badesees bekannt, sondern als Hinrichtungsanstalt der Nationalsozialisten. Namhafte Vertreter des bürgerlichen Widerstands befanden sich unter den 2891 Menschen, die hier in den zwölf Jahren des nationalsozialistischen Terrors ermordet wurden.

Am 14. Mai 1941 wurde der aus Neuenburg (Schweiz) stammende Maurice Bavaud in einem Geheimprozess vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und durch das Fallbeil hingerichtet. Bavaud gestand, nach Deutschland eingereist zu sein, um den Führer am 9. November 1938 beim Gedenkmarsch zum Münchner Hitlerputsch zu erschießen. Er erklärte beiläufig, der neue Wilhelm Tell zu sein. Dass sich ein neuer Tell an Hitler vergreifen könnte, war den Schweizer Behörden, die sich nie durch besonderen Mut ausgezeichnet hatten, sehr peinlich und sie unternahmen nichts, um den jungen Helden vor seiner Hinrichtung zu bewahren. Es wurde von der Schweiz kein Begnadigungsgesuch an die NS-Behörden gerichtet. Bavaud gehört zu einer Linie von Helden wie Georg Elser (Attentatsversuch vom 8. November 1939) und von Claus Schenk Graf von Stauffenberg (misslungenes Attentat vom 20. Juli 1944), die ihren Mut mit ihrem Leben bezahlten.

Mit der Verurteilung Bavauds fielen auch Friedrich Schiller und dessen Werk bei den Nationalsozialisten in Ungnade. War Wilhelm Tell für sie früher ein Freiheitsheld (der Sage nach war Tell ein Klimaflüchtling aus dem vor Überflutungen bedrohten Nordsee-Raum) so betrachteten sie ihn plötzlich als einen Terroristen. Als Reaktion auf Bavauds Attentatsversuch wurde auf persönlichen Befehl Hitlers die Aufführung von Schillers Drama Wilhelm Tell in Deutschland sowie dessen Behandlung im Schulunterricht verboten. Eine Assoziation zwischen dem Schweizer Freiheitskämpfer und dem Attentäter sollte so vermieden werden. Der Schriftsteller Niklaus Maienberg setzte dem jungen Neuenburger ein Denkmal.

Die deutsche Justiz hatte sich auch nach 1945 mit Maurice Bavaud zu befassen: Ein durch seinen Vater angestrengter Versuch zur Rehabilitation endete am 12. Dezember 1955 mit einem Urteil des Landgerichts Berlin-Moabit, das seine Todesstrafe aufhob. Aber es blieb eine Verurteilung wegen versuchten Mordes zu fünf Jahren Zuchthaus und zu fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehre bestehen. In der Urteilsbegründung hieß es: „Das Leben Hitlers ist ... in gleicher Weise als geschütztes Rechtsgut anzuerkennen, wie das Leben eines jeden anderen Menschen. Ein Rechtfertigungsgrund im Sinne einer etwa erlaubten Diktatorentötung ist dem Strafrecht fremd."

Die Justiz sollte den bevorstehenden Jahrestag der Hinrichtung Bavauds zum Anlass nehmen, dieses Urteil zu revidieren!

SPD-Schlappe in der Mark

Kein SPD-Landrat wurde im ersten Wahlgang bestätigt

Vergangenen Sonntag wurden in sechs der 14 Landkreise Brandenburgs neue Landräte gewählt: im Norden in der Uckermark, im Landkreis Barnim und im Kreis Ostprignitz-Ruppin; im Süden in den Kreisen Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster und Spree-Neiße.

In Brandenburg ist gewählt, wer von über 50 Prozent der Wähler und mindestens 15 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde. Diese Bedingung erfüllt haben der bisherige Amtsinhaber Christian Heinrich-Jaschinski (CDU) im Landkreis Elbe-Elster und der amtierende Siegurd Heinze (parteilos) in Oberspreewald-Lausitz. In den anderen vier Kreisen ist am 6. Mai ein zweiter Wahlgang nötig.

Im Landkreis Spree-Neiße könnte deutschlandweit erstmals ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt werden. Der bisherige Amtsinhaber Harald Altekrüger (CDU) verfehlte die absolute Mehrheit, so dass er in einem zweiten Wahlgang nochmals gegen Steffen Kubitzki (AfD) antreten muss.

In den drei nördlichen Landkreisen werden am 6. Mai Kandidaten der SPD gegen Bewerber der CDU in die Stichwahlen gehen. Bislang stellte die SPD die Landräte in der Uckermark und in den Kreisen Barnim und Ostprignitz-Ruppin. In der Uckermark holte die CDU-Kandidatin fast 48 Prozent der Stimmen, der amtierende Landrat von der SPD schaffte nur noch 36 Prozent.

> Schlechte Prognosen für die SPD auch auf Landesebene

Dass keiner der drei Amtsinhaber mit SPD-Parteibuch im ersten Wahlgang bestätigt wurde, ist für Brandenburgs Sozialdemokraten derzeit nicht die einzige schlechte Nachricht. Bei Landtagswahlen lag die SPD seit 1990 stets deutlich über der 30-Prozent-Marke. Bei einer Umfrage im Auftrag des RBB-Magazins „Brandenburg Aktuell" und der Antenne Brandenburg schnitt die SPD mit 23 Prozent nun nur noch genauso stark wie die CDU ab. Die AfD legte in der Umfrage, die Infratest dimap zwischen dem 11. und 16. April durchführte, um zwei Prozentpunkt zu und kam in Brandenburg auf ein neues Umfragehoch von 22 Prozent. Die Linke, der derzeitige Koalitionspartner der SPD, schnitt bei der Sonntagsfrage unverändert mit 17 Prozent ab. Während die Grünen einen Punkt auf sieben Prozent zulegen konnten, würde die FDP im Fall von Landtagswahlen in Brandenburg derzeit an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Auf der Basis dieser Umfragewerte hätte momentan keine Koalition aus nur zwei Parteien eine Mehrheit im Brandenburger Landtag. *N.H.*

Kleine Lösung

Alternative Ideen zur Kreisgebietsreform

Die rot-rote brandenburgische Landesregierung sucht nach dem Scheitern ihrer geplanten Kreisgebietsreform nach Alternativen. Sie will den „freiwilligen Zusammenschluss von Gemeinden" fördern. Um das zu erreichen, sollen Fusionskandidaten mit einem millionenschweren Programm in Höhe von angeblich 77,8 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt unterstützt werden. Innenminister Karl-Heinz Schröter stellte zwei Modelle vor. Bisher gab es „amtsfreie Gemeinden" und „Ämter". Dazu sollen nun „Verbandsgemeinden" und eine sogenannte Mitverwaltung kommen. Verbandsgemeinden sollen danach Kitas und Schulen gemeinsam betreiben. „Mitverwaltung" bedeutet, dass sich kleine Gemeinden von einer größeren mitverwalten lassen können. Innenminister Schröter: „Dies ist ein Reformwunsch, der an der Basis gewachsen ist. Es hat keiner die Absicht, Zwangsfusionen vorzunehmen."

Dennoch gab es Kritik aus den Reihen der oppositionellen CDU. Das Vorhaben der Regierung muss noch eine Mehrheit im Landesparlament finden. Die Abstimmung darüber ist im September vorgesehen.

> Potsdam setzt nun auf Freiwilligkeit

Ende vergangenen Jahres hatte Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) auf die Durchsetzung der von ihm betriebenen Kreisgebietsreform verzichtet. CDU, AfD, Freie Wähler und die nicht im Landtag vertretene FDP hatten dagegen Widerstand geleistet. Zudem drohte ein Bürgerbegehren das Vorhaben scheitern zu lassen. Nun hat die SPD „Alternativen" zur Reform vorgestellt. *Frank Bücker*

AfD-Fraktion spaltet sich

Am 18. April wurde bekannt, dass die Fraktion der Neuköllner AfD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sich aufspaltet. Der Kreisverband Neukölln steht in Berlin für eine Vielzahl von Unerfreulichkeiten. Zunächst wählte die Mitgliederversammlung den Rechtsaußen Andreas Wild zum Bundestagswahlkreiskandidaten, um ihn später wieder abzuwählen und durch den gemäßigten Frank Christian Hansel zu ersetzen. Vor wenigen Wochen wechselte der von der AfD gestellte Stadtrat Bernward Eberenz zur CDU (die *PAZ* berichtete). Schließlich taten sich in der BVV-Fraktion unüberbrückbare Differenzen auf. Pikanterweise wollen beide Gruppierungen nun jeweils eine eigene Fraktion unter dem Namen AfD bilden. Die Grünen-Politikerin Gabriele Vonnekold kommentierte: „Es wundert mich nicht, dass die AfD-Fraktion sich spaltet, da wir in der Vergangenheit immer wieder Chaos und Dissens beobachten konnten." *F.B.*

MELDUNGEN

Ukraine jagt Fahnenflüchtige

Kiew – Die ukrainische Regierung hat 4266 Soldaten ihrer Streitkräfte, die nach dem Anschluss der Krim an Russland auf der Halbinsel verblieben sind, wegen Fahnenflucht zur Fahndung ausgeschrieben. Kiew hatte seine Soldaten seinerzeit aufgefordert, die Krim zu verlassen und sich auf das ukrainische Festland zu begeben. Neben Einwohnern der Krim, die ihre Heimat nicht verlassen oder sich militärisch gegen ihre Verwandten und Nachbarn stellen wollten, betrifft dies offenbar auch eine größere Zahl an Festlandstämmigen, denen es lieber war, unter russischer Flagge zu leben als für die Ukraine zu kämpfen oder sogar zu sterben. *T.W.W.*

Chinesische Landnahme

Tokio – Ein jüngst erschienenes Buch erhitzt die Gemüter in Japan und China. Miyamoto Masami aus dem Herausgeberkreis der nationalistischen japanischen Zeitung „Sankei Shimbun" führt darin auf, dass chinesische Landkäufer bereits über 700 Quadratkilometer Boden auf Hokkaido, der Hauptinsel des japanischen Kaiserreichs, erworben hätten und sich das Reich der Mitte dort mittels diverser Vorposten festsetzen würde – nicht selten gar in der Nähe japanischer Militärbasen. Japans Rechtsextreme werfen China daher Annektionsgelüste in Bezug auf die riesige Nordinsel vor, was von chinesischer Seite nicht ganz grundlos als japanische Xenophobie aufgefasst wird. Die Behörden auf Hokkaido erklärten, dass sie auch weiterhin an chinesischen Investoren interessiert seien. Chinesische Touristen böten der Insel nämlich eine äußerst willkommene Einnahmequelle. *T.W.W.*

Revolution oder Staatsstreich?

Rumänien versucht, die »Wende« von 1989 juristisch aufzuarbeiten

Das blutige Ende des Kommunismus in Rumänien mit dem Sturz von Staatspräsident Nicolae Ceausescu im Jahre 1989 soll nicht die Folge einer Revolution, sondern eines Staatsstreichs gewesen sein. Den Verantwortlichen der „Wende" mit mehr als 1000 Toten droht jetzt im vierten Anlauf eine Anklage. Der Vorwurf lautet auf absichtliche Desinformation und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Fast drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kommunismus in Rumänien bemüht sich das Land immer noch um die Aufklärung der damaligen Ereignisse. Warum mussten so viele Menschen sterben? Warum verlief die „Wende" in Rumänien nicht friedlich wie in anderen Ostblockländern? Nach 29 Jahren weiß man immer noch nicht genau, was damals geschehen ist. Die Aufarbeitung der Ereignisse von 1989 wurde nie vollendet. Das jetzt eingeleitete Strafverfahren ist bereits der vierte Anlauf, Licht ins Dunkel zu bringen. Die drei vorherigen Verfahren wurden wegen politischen Drucks eingestellt. Anfang 2016 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Rumänien zu Entschädigungszahlungen an Angehörige einiger Opfer der damaligen „Wende" verurteilt.

Nun ist ein Strafverfahren gegen drei Politiker eröffnet worden, die im Dezember 1989 am Sturz des kommunistischen Diktators Nicolae Ceausescu beteiligt gewesen waren. Bei den Dreien handelt es sich um den Staatspräsidenten von von Dezember 1989 bis 1996 sowie von 2000 bis 2004, Ion Iliescu (88), den von ihm eingesetzten Ministerpräsidenten Petre Roman (71) und dessen Stellvertreter Gelu Voican Voiculescu (77). Den dreien werden angesichts der mehr als 1000 Todesopfer „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" vorgeworfen. Laut der ermittelnden Militärstaatsanwaltschaft war die sogenannte Revolution de facto ein Staatsstreich. Staatspräsident Klaus Johannis billigte einen entsprechenden Antrag der obersten Ankläger und machte damit den Weg frei für das Verfahren. Strafverfahren gegen frühere Staats- und Regierungschefs sind in Rumänien nur mit Billigung des Staatsoberhaupts zulässig. „Es ist inakzeptabel, nicht zu wissen, was während der Revolution geschehen ist, wer schuldig ist", hatte Johannis bereits 2016 gesagt, als die Justiz in Bukarest mit den Ermittlungen anfing.

Iliescu, Roman und Voican Voiculescu hätten durch Desinformation und Täuschungsmanöver Angst vor nichtexistierenden „Terroristen" geschürt, um nach Ceausescus Sturz die eigene Macht zu festigen. Den Straßenkämpfen, die durch die den Angeklagten zur Last gelegten Falschinformationen ausgelöst worden waren, sind 1104 Menschen zum Opfer gefallen. Wer genau schoss, ist bis heute unklar. „Es war nicht nur die Geheimpolizei Securitate", hatte Iliescu gesagt.

Ceausescu war am 21. Dezember 1989 während einer Rede auf dem Bukarester Gebäude des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei mit Hunderttausend Zuhörern, in der er die Erhöhung des Mindestlohns sowie Renten- und Kindergelderhöhungen angekündigt hatte, durch Proteste und Schüsse unterbrochen worden. Einen Tag später verließ Ceausescu das Gebäude per Hubschrauber. Viele Experten meinen, dass der Diktator zu dem Zeitpunkt bereits entmachtet war. Am 25. Dezember 1989 wurden Ceausescu und seine Frau Elena nach einem umstrittenen Schauprozess vor einem Militärtribunal zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet, angeblich um das Morden zu stoppen. Paradoxerweise wurden die meisten aber erst nach dem Sturz Ceausescus getötet.

Bereits zehn Tage vor dem Aufstand in Bukarest war es in Temeschwar in Westrumänien zu einem Aufstand gegen die Diktatur Ceausescus gekommen, der von dem ungarischstämmigen Pfarrer Laszlo Tökés organisiert worden war. Iliescu war in den frühen 70er Jahren kurzzeitig Sekretär im Zentralkomitee gewesen, bis Ceausescu ihn entmachtet und „zur Bewährung" in die Provinz geschickt hatte. Nach der „Wende" wurde er zunächst Chef der „Front zur Nationalen Rettung", und anschließend Rumäniens Staatspräsident. Das blieb er bis 1996 und war es dann noch einmal von 2000 bis 2004. Roman war Regierungschef und Außenminister vom 26. Dezember 1989 bis zum 26. September 1991. Sein Vize Voican Voiculescu hatte persönlich die geheime Beerdigung des Ehepaars Ceausescu auf dem Bukarester Ghencea-Friedhof organisiert. In Romans provisorischer Regierung war er vom 28. Dezember 1989 bis zum 28. Juni 1990 für die Geheimdienste zuständig.

Roman, der bis 1989 ein ziemlich unspektakuläres Leben als Dozent für Strömungslehre am Bukarester Polytechnikum geführt hatte, gab sich nach den neuerlichen Vorwürfen empört ob der ihm drohenden strafrechtlichen Konsequenzen. Er sei als „Revolutionär" jener Tage selbst Zielscheibe und in keinster Weise in Verschwörungen verstrickt gewesen, erklärte er der in Bukarest erscheinenden „Deutschen Zeitung". *Bodo Bost*



Sie stehen im Fokus der Ermittlungen: Ex-Vizepremier Voican Voiculescu, Ex-Präsident Iliescu und Ex-Premier Roman (v.l.) Bild: Getty

Kein Castro und kein Veteran

Kubas neuer Präsident Díaz-Canel wird es nicht leicht haben

Wenn politische Führer zu lange an der Macht kleben, sei das nie positiv, hatte Fidel Castros Bruder Raúl vor einiger Zeit gesagt. Er hatte eine Amtszeitbeschränkung für Präsidenten von zehn Jahren durchgesetzt und hält sich nun selbst daran. Vor einer Woche wurde der bisherige Vizepräsident Vize Miguel Díaz Canel zu seinem Nachfolger an der Spitze der Republik Kuba. Damit wird der Inselstaat nach 60 Jahren nicht mehr von einem Castro und nicht einmal mehr von einem Veteranen der Revolution regiert. Der neue Amtsinhaber wurde einen Tag nach seiner Wahl 58 Jahre alt. Das wichtige Amt des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Kubas will Castro allerdings noch bis zum nächsten Parteitag 2021 behalten. Er wäre dann 90 Jahre alt.

Doch es ist nicht nur Raúl Catsro mit dem der neue Präsident zu rechnen haben wird. Da sind noch zwei weitere bisherige Schlüsselfiguren: Raúl Castros Sohn Oberst Alejandro Castro, und sein ehemaliger Schwiegersohn, Luis Alberto López-Callejas. Von ersterem wird vermutet, dass er bei seinem Vater ein ähnlich großes Vertrauen genieße wie einst sein Vater bei seinem Onkel Fidel. Und López-Callejas leitet eine mächtige, von der Armee kontrollierte Holding, die über Hunderte Unternehmen wacht – von der Landwirtschaft bis zum Tourismus. Da Castros Nachfolger im Präsidentenamt also voraussichtlich nicht seine Machtfülle besitzen wird, dürfte es für diesen noch schwieriger sein, Reformen erfolgreich umzusetzen.



Miguel Díaz Canel Bild: CF

Kuba hat in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Wandel vollzogen. Das kommunistische Land hat sich dem internationalen Tourismus geöffnet, doch im Inneren herrscht noch immer sozialistische Mangelwirtschaft. Der Staat hat sich nie vom Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Wegfall der Wirtschaftshilfe erholt. Die soziale Kluft zwischen Armen und Reichen, zwischen denen, die mit dem staatlichen Durchschnittslohn von umgerechnet knapp 30 Euro auskommen müssen, und jenen, die Zugang zu Devisen und Tourismuseinnahmen haben, wächst. Mit den Touristen sind auch moderne Kommunikationsmittel wie Smartphone und drahtloses Internet ins Land gekommen. Vor allem die jüngere Generation schaut mit großen Augen auf die Markenkleidung der Reisegäste.

Raúl Castro hatte es mit einem langsamen Wandel versucht und auf eine Annäherung zu den USA gesetzt. Vor drei Jahren schüttelte er Barack Obama die Hand. Es machten Spekulationen die Runde, die Castros würden das Erbe der Revolution gerne mit US-Dollars retten. Zumindest vorerst wird daraus nichts. Obamas Nachfolger Donald Trump inszeniert sich als Kalter Krieger und zeigt Kuba die kalte Schulter. Raúl Castro sei darüber extrem verbittert, sagen ausländische Beobachter.

Ungeachtet derartiger Rückschläge sind alle Beobachter indes darin einig, dass der Wandel – wenn auch langsam – weitergehen wird. Eine demokratische Opposition aber ist nicht in Sicht. *Peter Entinger*

Warum Müller Diess weichen musste

Selten bündelten sich bei VW derart viele Aufgaben und Funktionen bei einem Vorstandsvorsitzenden

Über die Gründe des Wechsels an der VW-Vorstandsspitze von Matthias Müller zu Herbert Diess wird heftig spekuliert. Müller hatte den Konzern auf dem Höhepunkt der Abgasaffäre 2015 übernommen und nach Einschätzung von Experten gar nicht schlecht geführt. Dennoch soll er einer der wenigen bis zum Schluss nicht in die Pläne des Aufsichtsrates eingeweihten Spitzenmanager gewesen sein.

Der Konzern arbeitet derzeit am bislang größten Umbau seiner Geschichte. Eingeführt werden sollen die einzelnen Markengruppen „Volumen" mit VW, Skoda und Seat, „Premium" mit Audi sowie „Super Premium" mit Porsche, Bentley, Bugatti und perspektivisch auch Lamborghini. Für die Nutzfahrzeugeinheit „Truck & Bus" sollen die Voraussetzungen für einen Börsengang geschaffen werden. Damit will man zusätzliche Einnahmen generieren. Von der „Weiterentwicklung des Konzerns" sprechen Diess und der Aufsichtsratsvorsitzende Hans Dieter Pötsch. Diess bleibt übrigens trotz der Übernahme des Vorstandsvorsitzes weiterhin Chef der wichtigsten Konzernmarke Volkswagen und außerdem verantwortlich für Entwicklung und Fahrzeug-IT.

Innerhalb des Konzerns war der 59-Jährige, der vor drei Jahren von BMW kam, zunächst heftig angeeckt. Dass der Betriebsrat dennoch die Entscheidung durchnickte, liegt wohl daran, dass Gunnar Kilian, bisher Generalsekretär des Konzernbetriebsrats und enger Vertrauter von Betriebsratschef Bernd Osterloh, neuer Personalvorstand wird. Dafür musste der frühere SPD-Politiker Karl-Heinz Blessing seinen Stuhl räumen.

Die Großaktionäre sind auch zufrieden. Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU), der im Aufsichtsrat sitzt, sagte dem Deutschlandfunk: „Ich denke, dass es auch so etwas wie ein Befreiungsschlag war, zweieinhalb Jahre nach der Diesel-Affäre Strukturen neu zu ordnen." VW sei in seiner bisherigen Gliederung „sehr breit aufgestellt" gewesen. Das Thema Vernetzung von Fahrzeugen etwa beim neuen Vorstandschef anzusiedeln, sei sinnvoll. In der Aufarbeitung des Abgasskandals habe Ex-VW-Chef Müller einen „ganz guten Job gemacht", meinte Althusmann. „Er hat vieles bewegt, in einer schwierigen Zeit diesen Konzern übernommen. Er hat den viel beschworenen Kulturwandel eingeleitet. Aber da gab es sicher kommunikative Prozesse, die besser hätten laufen können."

Die Führung von Volkswagen war immer eine Sache für Patriarchen. Der langjährige Aufsichtsratschef und Miteigentümer Ferdinand Piëch und Martin Winterkorn prägten den Konzern über Jahrzehnte. Damit schien es vorbei. „Piëch, der alte Zampano dieses Konzerns, verlor im Frühjahr 2015 interne Machtkämpfe und zog sich zurück. Winterkorn, der penible Vorstandsvorsitzende, von dem es hieß, dass er hier alles und jeden kontrollierte, wurde vom Dieselskandal aus dem Amt gefegt", schreibt das „Manager Magazin". Irgendwann stand Müller oben. Er war vier Jahrzehnte im Konzern, hat eine regelrechte Tellerwäscherkarriere hingelegt. „Lieb" sei er gewesen, sagen Betriebsräte. Auf dem Höhepunkt der Abgaskrise, als niemand auf den Schleudersitz bei VW wollte, habe man auf Müller zurückgegriffen, weil sonst niemand da war, berichten Konzernkenner. Nun sei das Schlimmste überstanden. Zeit für ein neues Alphatier. Müller muss gehen und soll als Berater doch irgendwie bleiben. Ausgestattet mit einer satten Vergütung, Schmerzensgeld sozusagen. Nun steht Diess ganz oben. „Dem wurden so viele Aufgaben und Funktionen übertragen, wie sie nicht mal ein Martin Winterkorn hatte", wundert sich ein VW-Manager gegenüber der Tageszeitung „Die Welt".



Der Ex und sein Nachfolger: Matthias Müller und Herbert Diess (von links) Bild: pa

Dass dessen Machtfülle nicht zu groß wird, dafür soll der neue Personalchef sorgen. Kilian ist Sprachrohr der Arbeitnehmer und bestens vernetzt im Konzern. Er gilt gemeinsam mit dem Betriebsratsvorsitzenden Osterloh als Architekt der neuen Konstellation.

„Diess hat bei der Marke Volkswagen erfolgreich bewiesen, mit welchem Tempo und welcher Konsequenz er tiefgreifende Transformationsprozesse umsetzen kann", daher sei er für das Amt des Konzernchefs prädestiniert gewesen, erklärte Aufsichtsratschef Pötsch. Für Diess' Vorgänger Müller hatte er milde Worte übrig. In Zeiten der Krise sei er standhaft gewesen und habe Vertrauen geschaffen und mit dazu beigetragen, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Die ist in Wolfsburg nun offiziell vorbei. Auch wenn noch zahlreiche Gerichtsverfahren anhängig sind. Diess, so hofft der Aufsichtsrat, solle „mit vollem Tempo" die Neuausrichtung vorantreiben. „Ein kleines bisschen Revolution", nennt das Nachrichtenmagazin „Focus" das.

Peter Entinger

MELDUNG

Regierung lobt Staatsfinanzen

Berlin – Der Staatshaushalt von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen erfüllt die europäischen Anforderungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt im vollen Umfang. Das geht aus dem von Bundeskabinett beschlossenen Stabilitätsprogramm für 2018 hervor, das nun fristgerecht der Europäischen Kommission und dem ECOFIN-Rat vorgelegt wird. Danach erzielten die öffentlichen Haushalte im vergangenen Jahr einen Überschuss in Höhe von 1,1 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP). Insbesondere die Länder und Gemeinden verbuchten außergewöhnlich hohe Finanzierungsüberschüsse. Bei anhaltendem konjunkturellem Aufschwung dürfte der Staatshaushalt auch in den kommenden Jahren weitere Überschüsse aufweisen. Die Bundesregierung geht in ihren Projektionen zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte entsprechend davon aus, dass die Schuldenstandsquote weiter in Richtung der Vorgabe des Maastricht-Vertrags von maximal 60 Prozent des BIP fallen wird. Die deutsche Wirtschaft befindet sich der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zufolge „im längsten konjunkturellen Aufschwung seit den 1980er Jahren", seit dem Jahr 2014 wachse sie „schneller als ihr Potenzial". *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.284.363.101 €
Vorwoche: 1.964.331.921.570 €

Verschuldung pro Kopf:
23.723 €
Vorwoche: 23.724 €

(Dienstag, 24. April 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Reichtum mit Tücken

Russische Diamantenbranche ist kaum konkurrenzfähig

Neben Gas- und Öl als wichtiger Wirtschaftfaktor hat Russland weitere Reichtümer, deren Ausbeutung nur zum Teil gewinnbringend genutzt werden. Mit dem Export von Diamanten setzt Russland Milliardenbeträge um, der Gewinn belief sich im vergangenen Jahr auf 4,2 Milliarden US-Dollar. Obwohl der Monopolist „Alrosa" Ende 2017 seine Produktion um sechs Prozent erhöht hatte, war der Erlös um 41 Prozent gegenüber 2016 eingebrochen. Der schwankende Rubelkurs und eine Preisreduzierung für Schmuckdiamanten auf dem Weltmarkt trugen zum negativen Ergebnis bei.

In der Diamantenbranche läuft es in Russland wie in vielen anderen: Der Rohstoff wird gefördert und ins Ausland verkauft. Mit der Lagerstättenerkundung, Förderung, Verarbeitung und dem Vertrieb von Rohdiamanten beschäftigt sich lediglich die Firma „Alrosa", deren Anteil an der Diamantenförderung bei 95 Prozent liegt. Nur 34 Prozent der Unternehmensaktien werden von Privatpersonen gehalten. Seit 2013 ist das Unternehmen, das 27 Prozent Anteil an der Weltdiamantförderung hat, börsennotiert.

„Alrosa" hat Standorte in allen bedeutenden Diamantenzentren der Welt, darunter in den Vereinigten Staaten, Belgien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, China, Großbritannien und Israel, aber dennoch ist das Unternehmen nicht konkurrenzfähig. Ein Grund dafür ist, dass die angekündigte Privatisierung nur zögerlich erfolgt und zuletzt verschoben wurde. Ursache dafür ist einerseits, dass die Aktien des überwiegend staatlichen Konzerns sich an der Börse gut entwickelt haben, andererseits führten nicht erfolgte Modernisierungen im vergangenen Jahr zu einem schweren Unfall mit Toten in der ältesten Diamanten-Mine „Mir" in Sibirien, in der bereits seit 50 Jahren Diamanten abgebaut wurden. Der Unfall führte zur Schließung der Mine und bedeutete einen zweistelligen Milliardenrubelverlust für die russische Diamantenbranche. 2018 will „Alrosa" die Förderung an anderen Quellen erhöhen, um dennoch die Produktion steigern zu können. Der im März 2017 von Premierminister Dmitrij Medwedjew eingesetzte „Alrosa"-Präsident Sergej Iwanow jun. (der Sohn des ehemaligen Chefs der Präsidialverwaltung) soll die Diamantenproduktion modernisieren. Nach dem Unfall will Iwanow die Mine „Mir" wieder aufbauen, mit einer Inbetriebnahme ist jedoch vor 2022 oder 2024 nicht zu rechnen. Daneben sollen heimische Diamantschliffbetriebe und Schmuckhersteller staatlich gefördert werden, doch bislang gibt es in diesem Bereich nur die zu 100 Prozent staatliche Firma „Kristall".



Diamanten-Mine in Russland Bild: Stepovas

Ein großer Konkurrent ist Indien, desen Erfolgsgeheimnis darin liegt, dass zum einen das Juwelierhandwerk eine Tradition hat, zum anderen der heimische Markt gigantisch ist und zum nächsten das Land über billige Arbeitskräfte verfügt..

Verkaufte Russland bislang seine Diamanten überweigend am Antwerpener Diamantenzentrum, hat es seit 2016 eine eigene Diamantenbörse in Wladiwostok, das Eurasische Diamantenzentrum. Für die Stadt gelten erleichterte Zoll- und Visaregeln, womit ausländisches Kapital angezogen werden soll. Der indische Konzern „KGK Diamonds" hat dort eine Diamantschliff-Fabrik gebaut, die 15 000 Karat jährlich verabeiten kann. *MRK*

Land der Urlaubsflieger

Insbesondere der touristische Luftverkehr aus Deutschland wächst

Die Deutschen machen auch 2018 ihrem Ruf als Reiseweltmeister alle Ehre: Erwartungsgemäß. wächst in diesem Jahr der touristische Luftverkehr aus Deutschland stärker als der Luftverkehr insgesamt. Das zeigt die aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) zum touristischen Luftverkehr. Rund zwei Drittel aller gebuchten Flüge sind Urlaubsreisen. Allerdings zieht es die Reisenden aus Deutschland auch weiterhin in relativ nahe gelegene Destinationen in Südeuropa. Mallorca bleibt das beliebteste Ziel der Ferienflieger. Daneben verzeichnen Bulgarien, Nordafrika und Rumänien deutliche Zuwachsraten. Außerdem scheint der Abwärtstrend im Türkeigeschäft gestoppt zu sein; hier steigen die Buchungen wieder.

„Der positive Trend auf dem Ferienflieger-Markt hält weiter an", sagt Peter Berster vom DLR-Institut für Flughafenwesen und Luftverkehr. „Rund sieben Prozent Wachstum verzeichnen die Anbieter derzeit bei Flügen in nordafrikanische Länder wie Ägypten und Marokko. Schwarzmeerziele in Rumänien und Bulgarien legen sogar um 21 Prozent zu." Insgesamt legten die Flüge in touristisch geprägte Regionen um 0,7 Prozent zu, der gesamte Luftverkehr dagegen nur um 0,4 Prozent.

Allerdings wirkt sich das Wachstum des Luftverkehrs sehr unterschiedlich auf die einzelnen Flughäfen aus. Flüge von den großen Flughäfen in Frankfurt und München nehmen weiter zu. Dagegen stagniert die Entwicklung bei kleineren Flughäfen. Zudem wird die Insolvenz von Air Berlin wahrscheinlich zu Rückgängen in Düsseldorf und Berlin-Tegel führen. Mit dem Ziel Mallorca werden allein 3400 Flüge angeboten, die meisten davon von Düsseldorf und Köln-Bonn aus.

> Die Lufthansa-Gruppe profitiert deutlich von der Air-Berlin-Pleite

Dabei konzentriert sich der Luftverkehr auf Europa, denn 85 Prozent der Flüge steuern einen anderen europäischen Flughafen an. Jedoch werden über 100 Länder auf der Welt aus Deutschland angeflogen. Dabei ist die Nachfrage sehr unterschiedlich verteilt. Deutsche Touristen zieht es in die Karibik, nach Nordafrika und in Teile von Asien. Die Karibik musste jedoch mit einem Minus von 26 Prozent einen deutlichen Rückgang hinnehmen. Auch das ist eine Auswirkung der Air-Berlin-Pleite, so DLR-Experte Peter Berster. „In diesem Jahr fällt zum einen das Angebot von Air Berlin weg, aber gleichzeitig reduziert auch Condor das Angebot in diese Region. Lediglich bei Eurowings findet ein Wachstum statt, das die Rückgänge bei den anderen aber nicht ausgleichen kann." Flüge in die Vereingten Staaten gingen um zehn Prozent zurück, und auch der Flugverkehr in den Mittleren Osten schrumpfte.

Nachdem Air Berlin vom Markt verschwunden ist, haben sich die Marktanteile der einzelnen Fluggesellschaften deutlich verschoben. Speziell die Lufthansa und ihre Tochter Eurowings legten zu. So verzeichneten beide Fluggesellschaften deutlich mehr Starts als 2017. Lufthansa steigerte sich auf rund 30 000 Starts, Eurowings auf 14 600 Starts. Zusammen mit den ebenfalls zur Lufthansa-Gruppe gehörenden Austrian Airlines und Swiss International Air Lines hält sie einen Marktanteil von rund 54 Prozent. *Friedrich List*

Klare Kante I

Von Jan Heitmann

Das ist ein Vorgang, der in Deutschland undenkbar ist: Weil sie Männern nicht die Hand geben wollte, wurde einer algerischen Muslimin die französische Staatsbürgerschaft verweigert. Zu Recht, wie nun das höchste französische Verwaltungsgericht, der Staatsrat, entschieden hat.

Die mit einem Franzosen verheiratete Algerierin sollte eigentlich im Juni 2016 feierlich die französische Staatsbürgerschaft verliehen bekommen. Bei der Einbürgerungszeremonie im Departement Isère weigerte sie sich dann aber, dem zuständigen Beamten und einem Lokalpolitiker die Hand zu geben. Sie berief sich dabei auf ihren religiösen Glauben, der es ihr verbiete, fremde Männer zu berühren.

Für die Regierung war die Sache klar: Ein derartiges Verhalten zeige, dass die Frau nicht in die französische Gesellschaft integriert und auch nicht zur Integration willens sei. Also gebe es auch keine Einbürgerung. Dagegen war die Frau vor Gericht gegangen – erfolglos, denn die Pariser Richter wiesen die Klage der Frau in letzter Instanz ab. Nun wird sie nie zur Französin.

Wie gesagt, das ist etwas, was es in Deutschland wohl nie geben wird: Dass die Regierung und ein oberstes Gericht klare Kante zeigen, wenn es um Zuwanderer geht.

Warum eigentlich?

Von Manuel Ruoff

Wieder einmal ist ein deutscher Entwicklungsminister im Ausland und verteilt unser Steuergeld. Diesmal ist es Gerd Müller, und er ist im Irak, um nach Deutschland eingewanderten, aber ausreisepflichtigen Irakern eine Rückkehr zu versüßen. Niemand solle als Verlierer in seine Heimat zurückkehren müssen, lautet seine Botschaft.

Warum eigentlich? Es geht hier um Iraker, die Deutschlands einmalig großzügiges Asylrecht genutzt haben, obwohl der deutsche Rechtsstaat eindeutig festgestellt hat, dass sie in ihrer Heimat nicht verfolgt werden – sonst wären sie ja schließlich nicht ausreisepflichtig. Solche Personen sollte man mit Schimpf und Schande vom Hof jagen, statt sie besser zu stellen, als jene, die gar nicht erst versucht haben, das deutsche Asylrecht zu missbrauchen.

Müllers Botschaft ist eindeutig: Kommt zu uns, denn ihr könnt nur gewinnen. Entweder ihr und eure Nachkommen werdet zeitlich unbegrenzt vom deutschen Steuer- und Beitragszahler ausgehalten werden oder aber Euch wird zumindest die Rückkehr versüßt, dass eure zu Hause gebliebenen Nachbarn vor Neid erblassen. Denn Letztere sind bei Müllers Remigrationspolitik die wahren Verlierer: Sie kommen nicht in den Genuss der deutschen Fürsorge, weder in Deutschland noch im Irak.

Aber das ist dem CSU-Politiker egal. Ihm geht es darum, möglichst hohe Rückkehrerzahlen zu erzielen, ohne dabei in die Kritik der Gutmenschen zu geraten. Die hohen Kosten für den deutschen Steuerzahler und die Signalwirkung in die Dritte Welt sind ihm dabei egal.

Klare Kante II

Von Jan Heitmann

Ein 19-jähriger afghanischer Asylbewerber attackiert am frühen Morgen grundlos die Mitarbeiter einer Bäckerei in Fulda und verletzt einige von ihnen schwer. Dann geht er mit Steinen und einem Schlagstock auf die herbeigerufenen Polizisten los, von denen ebenfalls einige verletzt werden. Selbst mehrere Warnschüsse können den Mann, der völlig außer Kontrolle gerät, nicht stoppen. Daraufhin gibt einer der Polizisten tödliche Schüsse auf den aggressiven Gewalttäter ab. Ein tragischer Vorfall, mit letztlich unvermeidlichem Ausgang.

Und was passiert? Linke, Flüchtlingsinitiativen und der Ausländerbeirat der Stadt Fulda ziehen über die Polizei her und organisieren sogar eine Demonstration gegen die Ordnungshüter. In ihren Augen war der Afghane nämlich völlig harmlos und das unschuldige Opfer schießwütiger Beamter.

Gegenstimmen gibt es keine. „Und hier liebe Freunde, platzt uns der Arsch!!!“ Die sich mit so drastischen Worten demonstrativ vor die Polizei stellen, sind Jugendliche. Und ausgerechnet solche, die sonst vor allem Feiern im Kopf haben. Es sind die Macher der Facebook-Seite „Party im Landkreis Fulda“, die sehr eindrucksvoll schreiben: „Wir konnten uns Jahrzehnte auf die Polizisten des Polizeipräsidiums Osthessen verlassen. Wenn wir sie brauchten, waren sie für uns da, wenn wir mal über die Stränge schlugen, haben sie uns fair und mit Weitsicht wieder auf den ‚Weg der Tugend‘ zurückgeführt. Niemals traten sie als schießwütige Cowboys in Aktion, niemals als gewaltbereite Schlägertruppe und wir für unseren Teil wollen das hiermit mal klipp und klar sagen: Wir, die Betreiber dieser Seite, stellen uns vor die Polizei in Osthessen und lassen nicht zu, dass irgendein Ausländerbeirat gegen unsere Polizei hetzt. Wir zeigen uns solidarisch mit unseren Bürgern in Uniform und weisen darauf hin, dass die Gewalt bei diesem Vorfall eindeutig von dem Afghanen ausging und nicht von den Beamten. Die Beamten haben Menschenleben geschützt und gerettet und dafür gebührt ihnen mindestens Respekt und Dank, wenn nicht sogar das Bundesverdienstkreuz. ... Lasst uns unseren Polizisten zeigen, dass wir als Bürger von Osthessen geschlossen hinter unserer Polizei stehen!“

> Jugendliche bekunden Solidarität mit der Polizei

So etwas hätten wir gern aus dem Mund von Politikern gehört, vor allem von solchen, die von sich behaupten, konservativ zu sein. Der Beitrag wurde tausendfach geteilt und über die Kurznachrichtendienste verbreitet. So hat er Hunderttausende Menschen erreicht. Die Initiatoren freuen sich darüber: „Ihr habt damit zur Meinungsbildung beigetragen und gezeigt, dass die Polizei in unserer Region auf eine breite Rückendeckung bauen kann. Dies ist in einer Zeit, in der uns Menschen regieren, die oft jeden Bezug zur Realität verloren haben, sehr wichtig.“ Das nennt man klare Kante zeigen.



Alles andere als harmlos: Die Steinwürfe des Afghanen haben deutliche Spuren am Fenster der Bäckerei in Fulda hinterlassen

Bild: pa

Gegenwind



»Weiterhin in Richtung staatlicher Zensur«

Von Florian Stumfall



Die Politikerin, Publizistin und *PAZ*-Kolumnistin Vera Lengsfeld hat mit ihrer „Gemeinsamen Erklärung 2018“ eine Lawine losgetreten. Sie fordert in kurzen und moderaten Worten die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse an Deutschlands Grenzen, und mit ihr tun das mittlerweile an die 150 000 Unterzeichner. Unter diesen war auch der Verleger des LIT-Verlages, Dr. Wilhelm Hopf. War – denn er hat seine Unterschrift zurückgezogen.

Der Grund für den Widerruf muss zu denken geben: Hopf hatte sich wegen seiner Unterschrift Pressionen ausgesetzt gesehen, die seine wirtschaftliche Grundlage zu zerstören drohten. Der bekannte Historiker Jörg Baberowski äußerte dazu: „Noch vor Jahren hätte ich es für unmöglich gehalten, dass in Deutschland Menschen, die anderer Meinung sind, öffentlich gedemütigt und zu entwürdigender Selbstkritik gezwungen werden. Diese Hetzkampagne gegen einen Verleger, der eine harmlose Erklärung unterschrieben hat, erinnert mich an finstere Zeiten.“ Baberowski weiß, wovon er spricht, er ist als Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin Experte für den Stalinismus.

Dies ist nur ein prominentes Beispiel für den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland im Jahr 13 der Ära Merkel, wenn auch ein sehr eindringliches. Doch auch scheinbar kleine Anzeichen lassen erkennen, dass die freie Meinungsäußerung nicht mehr so hoch im Kurs steht, wie das einmal war. So befand vor Kurzem die Kanzlerin, es sei an der Zeit, die Debatte über den Islam zu beenden. Verständlich – da ist die Rede von ihren Gästen und das nicht immer mit freundlichem Unterton. Bloß: Wie kommt Merkel dazu vorzugeben, worüber gesprochen werden darf und worüber nicht? Die Kanzlerin sollte wissen, dass zur Meinungsfreiheit nicht nur gehört, dass man inhaltlich nicht beeinträchtigt wird, sondern auch, dass man selbst entscheiden kann, worüber man spricht.

Allerdings ist spätestens seit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz des unseligen Heiko Maas, dem Merkel in der Zwischenzeit die Repräsentation Deutschlands anvertraut hat, klar, dass der einschlägige Grundgesetzartikel 5, der das Recht der freien Meinungsäußerung garantiert, in seiner Substanz beschädigt ist. Wer gesetzlich festschreibt oder es auch nur zulässt, dass private, mit der Rechtspflege nicht betraute Stellen verbindliche Urteile darüber fällen, was im Internet veröffentlicht werden darf und was nicht, hat die Axt an die Wurzel der Meinungsfreiheit gelegt.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

So hat noch bevor das Gesetz in Kraft getreten ist, der Sonderbeauftragte der UN für die Meinungsfreiheit, David Kayne, öffentlich Bedenken gegen das Machwerk geäußert. Die Eingriffe in die Meinungsfreiheit verstießen eindeutig „gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“. Diesem Pakt ist auch Deutschland beigetreten, doch das bleibt Formalie: Das Gesetz ist in Kraft, und die Regierung wendet sich anderen Dingen zu.

Maas und Merkel, die das in gemeinschaftlicher Täterschaft vollbracht haben, lassen so erkennen, dass ihnen eine der fundamentalen Grundfreiheiten des Menschen nicht viel bedeutet; aktuelle Zweckmäßigkeit geht über grundsätzliches Recht, taktisches Kalkül über ordnungspolitische Vorgaben. Überflüssig fast zu bemerken, dass die Regierung Merkel darin Gesinnungsgenossen bei der EU-Bürokratie findet.

Eine neue Richtlinie angeblich zum Verbraucherschutz wird es den nationalen Behörden ab dem Jahr 2020 ermöglichen, den Zugang zu missliebigen Seiten im Internet zu sperren. Dies soll geschehen, so die Erklärung, „um das Risiko einer schwerwiegenden Schädigung der Kollektivinteressen von Verbrauchern zu verhindern“. Behörden wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder das Luftfahrt-Bundesamt sollen zu diesem Eingriff legitimiert werden, wenn auch nicht zu ersehen ist, was diese Ämter mit dem Verbraucherschutz zu tun haben. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Manuel Höferlin meint denn auch: „Dass fachfremde Behörden wie das Eisenbahn-Bundesamt zukünftig über die Einführung von Netzsperren entscheiden können, ist absurd. Mit der EU-Verordnung bewegen wir uns weiterhin in Richtung staatlicher Zensur.“

Ermuntert durch derlei Initiativen der Obrigkeit, hat die Video-Plattform Youtube beschlossen, gewisse Beiträge als „Verschwörungstheorien“ zu kennzeichnen und Texte aus Wikipedia anzufügen, die dem Inhalt des Beitrags widersprechen. Die Entscheidung, welche Texte gebrandmarkt werden sollen, fällt natürlich nicht auf dem Rechtsweg, sondern in der Willkür des Gespanns Youtube/Wikipedia. Meinungsfreiheit? Ja, eigentlich schon, aber nur unter Vorbehalt und auf Widerruf.

Anspruch auf das Recht, die Vertrauenswürdigkeit einer Nachricht festzustellen, beanspruchen auch die „Reporter ohne Grenzen“. Sie haben eine Arbeitsgruppe mit dem Namen JTI (Journalism trust initiative) eingerichtet, die bis 2019 ein Regelwerk ausarbeiten soll, wonach dann die Vertrauenswürdigkeit von Medien bestimmt wird. Das soll bewirken, dass nicht mehr einzelne Nachrichten auf ihre Richtigkeit überprüft und gegebenenfalls mit dem Gütesiegel ausgezeichnet werden, sondern nun fallen ganze Portale, Presseorgane oder Verlage dem Verdikt zum Opfer, wenn sie sich nicht an die vorgegebene Generallinie halten. Die Journalisten, die in der Arbeitsgruppe zusammenwirken sollen, stammen ihrerseits aus den Systemmedien, sodass sich ihre Bemühungen darin erschöpfen werden, diejenigen Autoren oder Organe auszusortieren, die nicht im Gleichschritt marschieren.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Davon, wie so etwas Gestalt annimmt, haben kürzlich die „Welt“ und die „Zeit“ ein Beispiel gegeben. Die „Welt“ titelte: „Rechts? Deutsche Schriftsteller im Schnell-Check“, die „Zeit“ hatte die Vorgabe mit der Frage geliefert: „Was ist heute konservativ?“ Zweck des koordinierten Vorgehens war es, selbständig denkende und arbeitende Autoren zu diskreditieren und mit dem Label „rechts“ abzustempeln. Den Nachweis der Gleichschaltung nicht erbracht = durchgefallen.

Die Methode, Nachrichten, die der allgemeinen, zulässigen Auffassung entgegenlaufen, als „Fake News“ abzufertigen, ist natürlich auch der EU-Bürokratie geläufig. Schließlich eignet sie sich vorzüglich dazu, eine Zensur unterhalb der Schmerzgrenze einzuführen, indem man die Sorge um das geistige Wohl der Bürger als Rechtfertigung vorschützt. Deshalb empfiehlt die EU-Kommission einen Prinzipien-Kodex für soziale Netzwerke. Diese sollen verpflichtet werden, „vertrauenswürdige Informationen herkömmlicher Medien“ zu bevorzugen. Mit anderen Worten: Was nicht Mainstream ist, ist verdächtig und gehört getilgt.

Eindeutig ist das Menschenbild, das sich hinter solchen Machenschaften verbirgt: das des auch geistig betreuten, seines eigenen Urteils enthobenen und einer risikofreien Kritiklosigkeit anempfohlenen Menschen, der für die Anwendung des Rechts auf freie Meinungsäußerung gar keinen Anlass noch Bedarf sieht.

Antrieb dieser Entwicklung ist die stets und lückenlos wirkende Politische Korrektheit, der eine Reihe von Keulen zur Verfügung steht, die reihum Anwendung finden – der Vorwurf der Rechtslastigkeit, der Islamo- oder Schwulophobie, des Russen-Verständnisses, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und andres mehr. Kennzeichen des ganzen Komplexes um die Meinungsfreiheit ist, dass, wer vom System abweicht, jede Möglichkeit der Rechtfertigung verliert, und die Anklagen gegen ihn keiner Beweise bedürfen. So wird der Rechtstaat ein weiteres Mal geschädigt.

Marx-Opa auf allen vieren

Ein großväterliches Schreckgespenst geht um – Mario Adorf schlüpft für einen TV-Film in die Haut von Karl Marx

Das ZDF verkauft es als einen Coup: Mario Adorf spielt Karl Marx. Tatsächlich dürfte diese Besetzung für zusätzliche Einschaltquoten sorgen, wenn am 2. Mai um 20.15 Uhr (auf Arte schon am 28. April um 20.15 Uhr) zum 200. Geburtstag des Kapitalismuskritikers das Dokudrama „Karl Marx – der deutsche Prophet“ gesendet wird. Mit dem „Coup“ besteht aber auch die Gefahr einer ideologisch korrekten Heiligsprechung.

Eines ist klar: An Marx kommt auch das deutsche Fernsehen nicht vorbei. Den 200. Geburtstag am 5. Mai kann man nicht stillschweigend umgehen. Aber wie nähert man sich angemessen einer historischen Figur, deren Lehren vom Sozialismus und dem Paradies auf Erden zu millionenfachem Massenmord geführt haben? Marx selbst kann man nicht dafür verantwortlich machen, was seine Adepten später angerichtet haben, aber ganz freisprechen kann man ihn für seine Heilslehren auch nicht.

Eine heikle Geschichte also, und den Verantwortlichen vom ZDF war es bewusst, in welches Minenfeld sie damit treten würden. In der Frage, wie man Marx am besten historisch gerecht wird, entschied man sich für einen Mix aus Fiktion und Dokumentation. Dieses Format bietet den Vorteil, Marx als schauspielerische Figur wiederauferstehen zu lassen, während als Korrektiv dazu mit Dokumentationsmaterial lehrmeisterhaft eingeschritten wird. Statt Marx pur jetzt also Marx mit Kommentaranhang für den Zuschauer, den das öffentlich-rechtliche Fernsehen ohnehin meist nicht zu einem eigenständigen Urteil für fähig hält. In 90 Minuten soll so der ganze Marx, der Privatmann, seine revolutionären Ideen und seine Wirkungsgeschichte, verarbeitet werden. Ein ehrgeiziges Unterfangen, das dazu noch mit einer Schauspielikone gekrönt wird.

In dem Dokudrama spielt Mario Adorf den Karl Marx. Die Rolle mit einem für Fieslinge spezialisierten Schauspieler zu besetzen, hielt man beim ZDF wohl zu Recht für unangebracht. Aber mit einem uneingeschränkt beliebten Star, wie es Adorf nun einmal ist, schlägt man sich dann doch wohl allzu eindeutig auf die Seite von Marx. Jedenfalls auf den Marx in seiner letzten Lebensphase, als er im Vergleich zu Adorf noch relativ jung war. Marx war 64 Jahre alt, als er starb. Adorf hat inzwischen das 88. Lebensjahr erreicht. Gut, dass der für Marx typische Vollbart einiges zu kaschieren hilft. Rund zweieinhalb Stunden verbrachte Adorf täglich in der Maske, um sich zwar in Marx, aber nicht in einen Marxisten zu verwandeln.

Als Brecht-Schüler, erklärte Adorf bei der Präsentation des Films in Hamburg, habe er als Schauspieler nie die Identifikation mit der Rolle gesucht: „Ich habe in allen Rollen und besonders in den historischen Figuren versucht, sie dem Publikum glaubhaft darzustellen, aber habe mich nie mit ihnen identifiziert.“ Obwohl Adorf durch die Maske dem Bild von Marx immer ähnlicher wurde, sei er selbst nie Marx geworden.

Im Film mimt Adorf auch weniger den Revoluzzer als den liebevollen Opa, der mit dem Enkel auf dem Rücken auf allen Vieren in der guten Stube herumkriecht. Den Part des jüngeren Marx, der mit Friedrich Engels am „Kommunistischen Manifest“ feilt, auf der Flucht vor der preußischen Obrigkeit im Londoner Elendsviertel Soho dahinvegetiert und sich in Paris mit den Sozialdemokraten überwirft, übernimmt in Rückblenden Oliver Posener.

Marx ist auf diese Weise praktisch aufgeteilt in „böser Junge“/„guter Junge“. Man habe die Widersprüchlichkeiten in seinem Leben darstellen wollen, so die TV-Macher. Da sei zum einen der Sozialist, der sich in Burschenschaften herumtrieb. Zum anderen der wortreiche Ökonom, der aber nicht mit Geld umgehen konnte. Dann ist da der Kapitalismuskritiker, der andererseits mit Aktien spekulierte und in Monte Carlo am Roulettetisch mit dem Geld um sich warf, das ihm sein Gönner Engels überwies. Und da ist der sanftmütige „Mohr“, wie er im Familienkreis genannt wurde, der auch ein Despot sein konnte, dem sich alle zu unterwerfen hatten. Als die Lebensgefährtin seines Freundes Engels starb, reagierte er nur mit weiteren Geldforderungen. Irgendwie war er doch ein heimlicher Kapitalist. Dazu passt, was Marx laut Engels von sich behauptet haben soll: „Ich weiß nur dies, dass ich kein ‚Marxist‘ bin.“



Letzte Reise: Karl Marx (Adorf) in Algier — Bild: ZDF/Martin Christ

All das erfährt man im Film durch Kommentare einer Handvoll von Marx-Experten, die auch darauf hinweisen, dass der Dialektiker Marx den Widerspruch zum Prinzip erkoren hat. „An ihm schieden sich die Geister“, schrieb schon kurz nach seinem Tod seine Tochter Eleanor, aus deren Briefen viel zitiert wird.

An dem Dokudrama werden sich wenige Geister scheiden. Es ist solide recherchiert und spannt einen Bogen von einer unbekannten Episode aus Marx' Leben, einem Kuraufenthalt in Algier im Jahr 1882, bis hin zum Zusammenbruch der Lehman-Bank im Jahr 2008. Als schlechtes Gewissen des Kapitalismus habe Marx, so die Botschaft, die Folgen der Globalisierung früh prophezeit.

Der französische Marx-Biograf Jacques Attali erklärt im Film, warum: „Marx liefert kein Werkzeug, um ein politisches System zu errichten, da er nicht in den Kategorien eines Landes dachte, er dachte in globalen Maßstäben, und so weit sind wir noch nicht.“

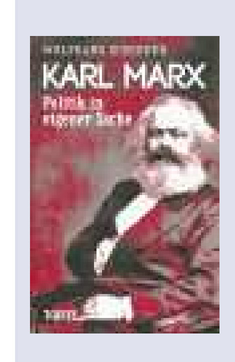
Trotz kurzer Erinnerung an die „Systemerneuerer“ Lenin, Stalin, Mao und Co. erfolgt doch noch die Heiligsprechung des Karl Marx. Dafür sorgt Adorf selbst, der persönlich Sympathien für die Person Marx aufbringt. Schon 2004 wollte er einen Film über die Algier-Episode auf die Beine bringen, die aber daran gescheitert sei, weil alle warnten: „Um Gottes Willen, nicht Marx!“ Wie es sich anfühlte, als „Lohnsklave“ ausgebeutet zu werden, erlebte Adorf in den Zeiten des Wiederaufbaus, als er in der Eifel für sein Philosophiestudium in einem Tagebaubetrieb für Bimsstein malocht hatte. „Da gab es bei mir einen großen Lesehunger, und ich habe Bücher geklaut, auch um Marx zu lesen“, gibt er offen zu.

Politisch habe er sich jedoch auch in jungen Jahren nie betätigt. „Man muss aber zugeben:“, so Adorf, „jeder Schauspieler hatte mal ein linkes Herz.“ Auch er habe früher an das Ende des Kapitalismus geglaubt: „Doch heute glaube ich nicht mehr daran.“ Das „Schreckgespenst des Kommunismus“, das laut „Kommunistischem Manifest“ in Europa umgeht, ist also vertrieben. Das Schreckgespenst Karl Marx wird aber weiterhin in so manchen Köpfen herumspuken. Aber wenn es in der Person von Adorf so friedlich und großväterlich auftritt, wird es wenigstens keinen großen Schaden mehr anrichten können. *Harald Tews*



Bild: tws

Ein Marx-Brother: Mario Adorf stellt das neue Dokudrama vor



Lektüreempfehlung: Von den vielen Buchveröffentlichungen zum Marx-Jahr wagt die Biografie **Karl Marx. Politik in eigener Sache** (Theiss Verlag, Darmstadt 2018, gebunden, 240 Seiten, 29,95 Euro) des 1935 in Königsberg geborenen Historikers Wolfgang Schieder einen einmaligen kritischen Blick auf die „neue Aktualität von Marx“. **Ausstellungstipp**: Am 5. Mai beginnt in Marx' Geburtsstadt Trier die Landesausstellung zu **Leben. Werk. Zeit.** von Karl Marx (siehe auch Seite 21). Internet: www. karl-marx-ausstellung.de.

Schon Schicht im Schacht

Dieses Jahr ist „Schicht im Schacht“, dann endet der deutsche Steinkohlenbergbau. Das Ruhr-Museum und das Deutsche Bergbau-Museum Bochum nehmen dieses historische Ereignis zum Anlass einer Ausstellung. In den Räumen der Mischanlage auf der zum UNESCO-Welterbe zählenden Kokerei Zollverein in Essen präsentieren beide Häuser vom 27. April bis 11. November „Das Zeitalter der Kohle. Eine europäische Geschichte“. Die im Rahmen der Stiftungsinitiative „Glückauf Zukunft!“ ermöglichte Ausstellung ist eine faszinierende Zeitreise durch die geschichtlichen, technischen und kulturellen Dimensionen der Kohle.

Mit dem Ende der Kohleförderung geht ein wichtiges Zeitalter nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Geschichte zu Ende. 200 Jahre lang hat die Förderung von Kohle die Wirtschaft weit über das Ruhrgebiet hinaus bestimmt. Der Bergbau prägte die Form der Industrie und der Infrastruktur, der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Soziallebens. Vor allem im Ruhrgebiet hat er die Arbeit, den Alltag und die Mentalität der Menschen stark beeinflusst. Die Ausstellung in der Gelsenkirchener Straße 181, 45309 Essen, ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt: 7 Euro. Informationen im Internet: www.ruhrmuseum.de *tws*

Mit einer brasilianischen Note

Sympathieträger spielen deutsche Terroristen – Kinostart des Films »7 Tage in Entebbe«

Die israelische „Operation Entebbe“ galt als ähnliches Meisterstück der Geiselbefreiung wie ein Jahr später die Erstürmung der „Landshut“ in Mogadischu durch die GSG9. In Entebbe kam am 4. Juli 1976 aber das Problem hinzu, dass die israelische Eliteeinheit von Ugandas Diktator Idi Amin keine Genehmigung zur Befreiung erhielt. Sie flog in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit ein paar Militärmaschinen unterhalb des Radars an, täuschte das Flughafenpersonal, indem sie nach der Landung eine der an Idi Amin erinnernden Staatskarossen auslud, überwältigte damit das verdutzte Wachpersonal, erschoss die sieben Terroristen und befreite alle verbliebenen 100 Geiseln aus dem alten Flughafenterminal von Entebbe. Um auf der Flucht nicht verfolgt zu werden, zerstörte man noch elf ugandische Kampfjets. Bei dem Handstreich kamen 20 ugandische Soldaten, drei Geiseln und ein Befreier ums Leben, nämlich der Bruder des heutigen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.

Klar, dass solch ein Heldenstück nach einer Verfilmung schreit, in der auch deutsche Akteure zum Zug kommen. Denn zwei der Terroristen – Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse –, die ein Air-France-Flugzeug von Tel Aviv nach Entebbe entführten, waren Mitbegründer der Revolutionären Zellen. In drei internationalen Filmproduktionen von 1976 und 1977 wurde Böse von den damaligen Filmbösewichten vom Dienst gespielt: Helmut Berger, Horst Buchholz und Klaus Kinski. In „7 Tage in Entebbe“, der am 3. Mai in unseren Kinos startet, hat man Böse und Kuhlmann aber gegen den Strich mit zwei ausgesprochenen Sympathieträgern besetzt: dem Deutschen Daniel Brühl und dem britischen Bond-Girl Rosamund Pike.

Der brasilianische Regisseur José Padilha lässt diesen beiden Tätern so etwas wie Gerechtigkeit widerfahren. In einer Mitteilung ließ er verlauten, dass jüngste Recherchen dem widersprochen hätten, „wie diese Entführer bislang meist dargestellt wurden“. So hätte einer von ihnen, nachdem er mit den Geiseln gesprochen hat, angefangen, „seine Handlungen kritisch zu hinterfragen“.

Da lässt es Böse nicht kalt, als er das am Arm eingebrannte Zeichen einer Holocaustüberlebenden sieht. Und da soll ihm auch ein flehender Blick des französischen Flugingenieurs, der dessen Sympathien gewonnen hat, davon abgehalten haben, mit einer von den Ugandern bereitgestellten Maschinenpistole auf die Geiseln zu schießen, als die Israelis anrückten. Anders als überliefert, „selektieren“ in diesem Film nicht die deutschen, sondern die palästinensischen Entführer die jüdischen von den nicht-jüdischen Geiseln und stecken sie in einen separaten Wartesaalbereich.



Bild: 2018 eOne Germany

Terroristen der sanften Art: Daniel Brühl und Rosamund Pike

Als der Film auf der diesjährigen Berlinale gezeigt wurde, monierten einige Kritiker, dass man fast schon Mitleid mit den deutschen Terroristen bekommen könnte. Ganz so schlimm ist es dann doch nicht. Es ist jedoch bemerkenswert, wie das Resümee ausfällt, wenn der Blick auf ein solch historisch hoch-emotionales Ereignis nicht propagandistisch ausfällt. Als Brasilianer ist Padilha, der zuletzt mit der Neuverfilmung von „RoboCop“ sowie der Netflix-Serie „Narcos“ auf sich aufmerksam machte, um Neutralität bemüht. So wechselt seine Perspektive ständig zwischen den Terroristen und dem israelischen Krisenstab, wo Premier Jitzchak Rabin mit seinem Verteidigungsminister Schimon Perez darüber streitet, ob sie die Politik der Nicht-Verhandlung mit Geiselnehmern aufgeben sollten.

Statt auf harte Action und lautes Geballere setzt der Film auf solche leiseren Töne. Dass eine metaphorische Tanzeinlage den militärischen Showdown am Ende ständig unterbricht, ist allerdings gewöhnungsbedürftig. Der Film bekommt so eben seine ganz brasilianische Note. *H. Tews*

MELDUNGEN

Preußen-Marie geht ins Gebirge

Ettal – In der kurz vor Garmisch-Partenkirchen gelegenen Benediktinerabtei Ettal wird am 3. Mai die Landesausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte eröffnet. Anlässlich der Feiern zum Entstehen des Freistaats Bayern vor 100 Jahren stellt man in „Wald, Gebirg und Königstraum“ den „Mythos Bayern“ vor. Dabei werden in einem 13 Meter hohen Holzpavillon die ungebauten Visionen König Ludwigs II. vorgestellt. Im Mittelpunkt steht auch dessen Mutter, die Hohenzollernprinzessin Marie von Preußen, die als Pionierin des Bergsteigens von sich reden machte. Die Schau läuft bis 4. November. Info: www.landesausstellung-ettal.de *tws*

Ende der Drecksarbeit

Dresden – Die Novemberrevolution zwang Sachsens König Friedrich August III., am 13. November 1918 auf den Thron zu verzichten. „Macht euern Dreck alleene!“, soll er daraufhin gesagt haben. So heißt in Schloss Pillnitz bei Dresden auch eine neue Ausstellung über das Ende der Monarchie (28. April bis 4. November). *tws*

Gleich mit einem doppelten Tabu belegt

Ausländerkriminalität im »ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden«

Die Thematisierung der Ausländerkriminalität in der DDR ist aus linker Sicht gleich ein doppelter Tabubruch: Zum einen sind Verbrecher keine Täter, sondern Opfer der kapitalistischen Sozialisation. Deshalb ist im real existierenden Sozialismus das Verbrechen im Aussterben begriffen gewesen. Zum anderen sind Ausländer im Zusammenhang mit Kriminalität nur Opfer, aber nie Täter. Und deshalb ist bereits der Begriff „Ausländerkriminalität“ rassistisch und fremdenfeindlich. Nichtsdestoweniger gab es sie: Ausländerkriminalität in der DDR.

Die Statistiken der DDR über die Kriminalität im Lande wurden wie so viele andere aus politischen Gründen geschönt, um die „Überlegenheit des Sozialismus“ zu beweisen. Während 1989 in der Bundesrepublik auf 100 000 Einwohner 7031 Straftaten kamen, sollen es in der DDR nur 601 gewesen sein. Und Zahlen zur Ausländergewalt findet man nicht einmal geschönte, sondern gar keine. Insofern bleibt unklar, wie viele der offiziell zugegebenen 132 Morde, 9577 vorsätzlichen Körperverletzungen, 461 Vergewaltigungen und 702 Raubüberfälle des Jahres 1989 auf Einheimische zurückgingen und wie viele nicht.

Historiker wie Harry Waibel haben sich bisher „politisch korrekt“ nur für Gewalttaten gegen Ausländer interessiert, von denen sie über 700 zählten – davon zwölf mit tödlichem Ausgang. Allerdings konnten viele Fälle dieser Art bis heute nicht abschließend aufgeklärt werden, sodass fraglich ist, ob tatsächlich Mord oder Totschlag vorlag.

Die von Waibel akribisch aufgelisteten Vorkommnisse zeigen fast immer das gleiche aufschlussreiche Schema: Zuerst belästigten die alkoholisierten und stets gruppenweise auftretenden Ausländer auf Volksfesten oder Tanzveranstaltungen deutsche Frauen und attackierten dann die zu Hilfe kommenden einheimischen Männer mit Messern, Knüppeln und dergleichen. Daraufhin eskalierte die Situation, weil aufgebrachte DDR-Jugendliche nun zur handgreiflichen Gegenwehr schritten. Besonders häufig gingen die Angriffe dabei von algerischen, mosambikanischen und kubanischen Januar 1976 eine Unterschriftensammlung organisierte, kein Gehör bei der Obrigkeit, als sie die Ausweisung der im Ort lebenden Algerier forderte, weil sich die Frauen und Mädchen abends kaum mehr auf die Straße trauen konnten. Diese Ignoranz gegenüber den Bürgern bezeichnete die Staatssicherheit später zerknirscht als schweren Fehler.

Die schlimmsten Gewalttaten gegen Deutsche begingen allerdings Wusterwitz bei Brandenburg zwei ältere Deutsche, um deren Fahrräder zu erbeuten – dabei muss es zugegangen sein wie im Mai 1945 nach dem Einmarsch der „Befreier“. Bei anderen Raubüberfällen kamen sogar Kriegswaffen zum Einsatz. Als sich der Neuruppiner Udo Gentikow Ende der 80er Jahre erfolgreich gegen zwei Russen zur Wehr setzte, die ihm das Auto stehlen wollten, warfen diese eine Handgranate auf das Fahrzeug. hörigen Chef der Staatssicherheit, Erich Mielke, Anfang 1984 zu einem geharnischten Protest an die Adresse des damaligen Oberkommandierenden der GSSD, Armeegeneral Michail Saizew.

Neben den Gewalttaten von Vertragsarbeitern aus der Dritten Welt und sowjetischen Militärangehörigen kam es zu weiteren illegalen Handlungen durch Nicht-DDR-Bürger, die inzwischen fast vollkommen vergessen sind. Das gilt



Begingen die schlimmsten Gewalttaten gegen Deutsche: Soldaten der Sowjetarmee

Bild: Imago

Vertragsarbeitern aus, unter denen es daher auch die meisten Opfer durch Notwehr oder nachfolgende Selbstjustiz seitens der Deutschen gab.

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, resultierte daher, dass die Probleme, die es mit bestimmten Ausländergruppen gab, systematisch unter den Tisch gekehrt wurden und entsprechende Beschwerden ins Leere liefen. So fand die 16-jährige Oberschülerin aus Spergau bei Merseburg, welche im nicht algerische Messerstecher oder Schläger aus Kuba oder Mosambik, sondern Angehörige der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), von denen sich zeitweise bis zu einer halben Million gleichzeitig in der DDR aufhielten. Diese Soldaten der Roten Armee verübten allein im Zeitraum zwischen 1976 und 1989 um die 27 500 schwere Delikte, darunter auch viele gegen Leib und Leben. Beispielsweise erschlugen Sowjetsoldaten 1984 in Statistiker der Staatssicherheit zählten außerdem rund 60 Vergewaltigungen pro Jahr, bei denen manchmal gleich mehrere Rotarmisten gemeinsam über das Opfer herfielen.

Oftmals blieben die Täter hernach unbehelligt, weil man seitens der GSSD die Ermittlungen der DDR-Polizei blockierte, obwohl ein Abkommen aus dem Jahre 1957 existierte, das genau das untersagte. Diese Praxis veranlasste den ansonsten recht moskau- beispielsweise für die Wildwestaktion des tschechischen Brüderpaares Ctirad und Josef Mašín. Die beiden Generalssöhne führten zunächst einen Privatkrieg gegen das stalinistische Regime des von 1948 bis 1953 herrschenden Diktators der Tschechoslowakei Klement Gottwald, bis ihnen dann im Oktober 1953 der Boden dort zu heiß wurde. Daraufhin versuchten sie sich zusammen mit einigen Getreuen quer durch die DDR nach West-Berlin durchzuschlagen. Und das schaffte die Mašín-Gruppe auch, obwohl die hastig eingeleitete „Großfahndung Uckro“ zur Ergreifung der Tschechen zum aufwendigsten Polizeieinsatz in der Geschichte der DDR geriet. Auf ihrer Flucht erschossen die Widerständler aus dem Nachbarland vier Volkspolizisten und verletzten zwei weitere schwer, bevor es ihnen tatsächlich am 2. November 1953 gelang, den US-Sektor der „Frontstadt“ zu erreichen.

Und dann gab es noch den einen oder anderen Gewalttäter aus West-Berlin, der im Osten sein Unwesen trieb. Dabei handelte es sich keineswegs um Agenten des „Klassenfeindes“, die den Aufbau des Sozialismus stören wollten, sondern um Personen wie den in Kreuzberg beheimateten Türken Cem Ünal. Der war homosexuell und musste dies vor seiner stockkonservativen muslimischen Familie verbergen. Also frequentierte er die Schwulenlokale jenseits der Mauer. Hierbei geriet Ünal im Frühjahr 1984 an den Ost-Berliner Mirko Bovino, einen attraktiven Heterosexuellen, der seinen Lebensunterhalt damit bestritt, solvente „Westschwuchteln“ auszunehmen. Bovino machte dem Türken Hoffnungen auf eine gemeinsame Zukunft, die dann allerdings schlagartig platzten, als Ünal durch Zufall herausfand, dass sein Geliebter eine Freundin hatte und ihn lediglich als „Melkkuh“ benutzte. Hieraufhin griff der Türke zum Brieföffner und tötete Bovino wutentbrannt mit mehreren Dutzend Stichen.

Straftaten wie diese wurden vom SED-Regime genauso unter den Teppich gekehrt wie die eingangs geschilderten. Denn sie widersprachen dem Bild von der heilen Welt östlich des Eisernen Vorhangs, selbst wenn die Täter diesmal dem eigenen Weltbild entsprechend aus dem Westen kamen. *Wolfgang Kaufmann*

Als Aus zum Ausgangspunkt wurde

Der 1913 enthüllte Obelisk in dem namibischen Ort erinnert nach einer Neueinweihung 2014 noch immer an Deutsch-Südwestafrika

Rund 120 Kilometer östlich der Hafenstadt Lüderitz an der Lüderitzbucht im südlichen Namibia liegt das kleine Städtchen Aus. Dessen Entstehung in den Jahren 1905/06 ist untrennbar mit dem Bau der Eisenbahnlinie von dort nach Lüderitz verbunden. Bekannt ist Aus aber auch als einer der kältesten Plätze im Land. Im Winter der südlichen Erdhalbkugel, also zwischen Juni und August, schneit es dort nicht selten. Und Aus hat ein Denkmal zu Ehren Kaiser Wilhelms II. aus der Zeit, als Deutsch-Südwestafrika ein Schutzgebiet des Deutschen Reiches war.

Schon kurz nach der Gründung der Kolonie errichtete der Kaufmann Adolf Lüderitz dort, wo später Aus entstand, eine Faktorei. Entscheidend dafür war eine in einer Felsschlucht befindliche Quelle, wegen der es dort eine Niederlassung von etwa zehn eingeborenen Nama-Familien gab. Gleichzeitig wurde im fünf Kilometer südlich davon entfernten Kubub eine Handelsstation errichtet, die zunächst eine größere Bedeutung erlangte, weil sie am südlichen Baiweg lag, der von Lüderitz nach Keetmanshoop führte. Nach Durchquerung der Trockenwüste Namib gab es dort den ersten Wasser- und Weideplatz für die Ochsengespanne, mit denen man Güter ins Inland transportierte.

Nach mehrjährigen Planungen begann man am 27. Dezember 1905 von Lüderitz aus mit dem Bau einer Eisenbahnlinie, die wegen des gängigeren Geländes jedoch nicht über Kubub, sondern über Aus führte, wo bald eine kleine Siedlung entstand. Am 1. November 1906 konnte die Bahnstrecke eröffnet werden. Damit wurde Aus zum Ausgangspunkt für den Warenverkehr ins Landesinnere. Es entstanden umfangreiche Vieh- und Pferdedepots. Außerdem entwickelte sich der Ort zu einer wichtigen Etappenstation für die Schutztruppe. Der gesteigerte Verkehr zog wiederum private Unternehmer wie Gastwirte, Händler und Handwerker dorthin, und so wuchs Aus allmählich zu einer Ortschaft von 300 Einwohnern heran, während Kubub an Bedeutung verlor und verödete.

Kurz nach Fertigstellung der Bahnlinie wurde der Bau der Strecke in Richtung Osten weiter vorangetrieben, und am 21. Juli 1908 eröffnete der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Bernhard Dernburg, diesen zweiten Abschnitt bis nach Keetmanshoop. Nach der Entdeckung der Diamanten bei der Bahnstation Kolmanskuppe im April 1908 erlebte Aus eine wirtschaftliche Blütezeit, denn die im Diamantengebiet entstehenden Siedlungen wurden bald von den Farmen um Aus mit Fleisch und frischen Milchprodukten beliefert.

Im Juni 1913 beging Kaiser Wilhelm II. sein 25. Thronjubiläum. Das wurde auch im fernen Deutsch-Südwestafrika gefeiert. In Aus wurde aus diesem Anlass ein besonderes Denkmal eingeweiht, das bis heute erhalten geblieben ist. Dabei handelt es sich um einen rund drei Meter hohen Obelisken in Gestalt eines preußischen Meilensteins auf einem Sockel, an dem damals eine Kupfertafel angebracht war. Die „Lüderitzbuchter Zeitung“



Mit vier neu am Sockel angebrachten Granittafeln: Der rund drei Meter hohe Obelisk in Gestalt eines preußischen Meilensteins

Bild: Reith

berichtete dazu in ihrer Ausgabe vom 27. Juni 1913: „Bereits am Sonnabend, den 14. Juni, abends 7½ Uhr, bewegte sich ein großer Fackelzug mit Musik und Spitzenreiter durch die Straßen des Ortes nach dem Bahnhofshotel, woselbst ein vom Pferdedepot Süd arrangierter ‚Bunter Abend‘ stattfand ... Montag früh 5½ Uhr, weckten Bollerschüsse die Einwohner des Ortes aus dem Schlafe und vor 9 Uhr waren der Bürgerverein Aus, die Schule, das Pferdedepot, die Polizeibeamten sowie grade in Aus anwesende Gäste vollzählig in dem vom Bürgerverein errichteten Bürgerpark erschienen, um der Feier beizuwohnen. Die Schule eröffnete diese mit dem Gesang: ‚Alles schweige, jeder neige.‘ Darauf hielt der stellvertretende Depotführer, Herr Leutnant von Oelhafen, eine kernige Ansprache, die in ein donnerndes Hurrah auf den Kaiser ausklang. Die Kaiserhymne wurde von allen Anwesenden gesungen, und nun trat der Vorsitzende des Bürgervereins Aus, Herr Schwarzenberg, vor das verhüllte Denkmal, hielt eine kurze Ansprache, der Vorhang fiel, und vor den Augen der Erschienenen zeigte sich in reichem Blumenschmuck ein Denkstein mit der Inschrift: Wilhelm II. 1888–1913.“

Irgendwann im Laufe der Zeit verschwand die kupferne Tafel am Denkmal, doch anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges fand am 23. August 2014 eine Wiedereinweihung statt, bei der man vier neue am Gedenkstein angebrachte Granittafeln enthüllte. Sie zeigen die ursprüngliche Beschriftung. Außerdem wird in deutscher und englischer Sprache über die Bedeutung des Denkmals informiert, und eine Tafel erinnert an die Inbetriebnahme der Eisenbahnlinie Lüderitz–Aus im Jahre 1906. Eigentlich war geplant, das sanierte Monument im Rahmen einer feierlichen Zeremonie der Öffentlichkeit zu präsentieren, doch in Anbetracht der Tatsache, dass drei Teilnehmer einer dazu aus Deutschland angereisten Delegation am Vortag auf ihrer Fahrt nach Aus tödlich verunglückt waren, wurde die Feier abgesagt, und es fand lediglich ein stilles Gedenken statt.

Nach der Kapitulation der Schutztruppe im Ersten Weltkrieg am 9. Juli 1915 errichteten die Südafrikaner bei Aus ein Kriegsgefangenenlager, in dem insgesamt 1552 Unteroffiziere und Mannschaften der aktiven deutschen Truppe und der Landespolizei untergebracht wurden. Anfänglich lebten sie dort in Zelten, doch bald bauten sie mit Hilfe selbst hergestellter Sandsteine kleine Häuser, deren Ruinen heute noch teilweise existieren. Auch in diesem Lager, in dem die Gefangenen bis zu ihrer Entlassung am 18. April 1919 blieben, errichteten sie ein Monument zu Ehren Kaiser Wilhelms II.

Am ersten April-Wochenende 2007 beging Aus, das derzeit rund 1200 Einwohner zählt, sein 100-jähriges Bestehen. 100 Jahre nachdem mit der Eröffnung der Bahnstrecke im November 1906 der Aufschwung des Ortes begonnen hatte, eröffnete das Informationszentrum Aus. Da entstand wohl der Gedanke an eine öffentlichkeitswirksame 100-Jahr-Feier, der dann zu Ostern 2007 in die Tat umgesetzt wurde. Der Erfolg des Jubiläums hat die Initiatoren beflügelt, denn der Geschäftsführer des traditionsreichen Bahnhofshotels resümierte, nun sei Aus wieder „auf der Landkarte zu finden und hat viel Aufmerksamkeit bekommen“. So könne es weitergehen, meinte er abschließend. Und das einzigartige Kaiser-Wilhelm-Denkmal ist eine zusätzliche touristische Attraktion, die das kleine Städtchen sehenswert macht. *Wolfgang Reith*

Ein Pionier des Pionierwesens

Vor 350 Jahren starb mit Otto Christoph von Sparr der erste brandenburgische Generalfeldmarschall

Otto Christoph von Sparr war nicht nur ein Pionier des Geniebeziehungsweise Pionierwesens, sondern erwarb sich auch griße Verdienste beim Aufbau der Artillerie und des Festungswesens. Obwohl der Ausnahmesoldat als erster in Preußen zum Generalfeldmarschall ernannt wurde und nie in Ungnade fiel, war er am Ende mittellos.

Als Friedrich Wilhelm, der später als der Große Kurfürst in die Geschichte einging, 1640 die Regierung im Kurfürstentum Brandenburg und im Herzogtum Preußen übernahm, tobte noch der Dreißigjährige Krieg in Europa. Gleichwohl verfügte der Herrscher nur über eine Streitmacht von ein paar tausend unausgebildeten und disziplinlosen Landsknechten. Der Kurfürst erkannte schnell diese missliche Lage und ging schon bald daran, den Grundstein für ein stehendes Heer zu legen, das nach dem Vorbild Frankreichs zum Kennzeichen der absoluten Monarchien wurde, wie sie damals nach und nach überall auf dem Kontinent entstanden. Damit wurde ein Instrument geschaffen, mit dem man den Staat zusammenhalten konnte, dessen Territorium ja einen Flickenteppich zwischen dem Rheinland und Ostpreußen – „Von der Maas bis an die Memel“ – darstellte.

Zunächst entledigte sich der Kurfürst aller unfähigen Elemente seiner Söldnertruppe, die so auf 2500 Mann zusammenschrumpfte, die dann den Kern des neuen stehenden Heeres bildeten. Bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges war diese Armee bereits auf 8000 Mann angewachsen. Zwar reduzierte man die Zahl danach wieder, doch bereits wenige Jahre später kam es zu Waffengängen gegen Polen und Schweden, in deren Verlauf das Heer erneut aufgestockt wurde. Betrug seine Stärke 1655 noch 8500 Mann, lag sie schon im Jahr darauf bei 22 000 und 1660 gar bei 27 000 Mann. Der Zeitraum zwischen 1655 und 1660 kann als die Geburtsstunde der brandenburgisch-preußischen Armee bezeichnet werden, in der sich die Grundlagen ihrer Organisationsstruktur herausbildeten. Maßgebliche Unterstützung erfuhr der Kurfürst dabei durch zwei Männer, die ausreichende fachliche Erfahrungen mitbrachten, nämlich die Freiherren Otto Christoph von Sparr und Georg von Derfflinger. Ersterer erwarb sich vor allem Verdienste um den Aufbau der Artillerie, des Festungswesens und des Genie- beziehungsweise Pionierwesens. Der andere gilt als Schöpfer der Kavallerie. Damit wurden beide zu Mitbegründern des modernen Heerwesens. Sparr war dann auch der erste, dem der Kurfürst den Titel eines Generalfeldmarschalls verlieh, und Derfflinger bekleidete später diesen höchsten militärischen Dienstgrad.

Geboren wurde Sparr am 13. November 1599 in Prenden bei Bernau, nach einer anderen Quelle erst 1605 in Lichterfelde bei Eberswalde. Und genauso unbestimmt wie sein Geburtsdatum, so wenig ist auch über seine ersten Lebensjahre bekannt. Erst 1632 taucht sein Name im Zusammenhang mit den Schlachten von Nürnberg und Lützen auf, an denen er als Offizier des kaiserlichen Heeres teilnahm. 1637 ist er dann Oberst, ein Jahr später Feldzeugmeister und 1644 Generalwachtmeister der Reichstruppen. 1649 wird er erstmals in der brandenburgischen Rangliste geführt und zwar als „Kriegsrat, Gouverneur zu Colberg und Oberkommandant aller, sowohl in Hinterpommern als in den Stiften Halberstadt, Minden, der Grafschaft Mark und Ravensberg belegenen Plätze und Festungen“ sowie als Oberst eines Fußregiments. Sein tatsächlicher Übertritt in brandenburgische Dienste erfolgte jedoch erst Ende 1650. Schon im Jahr zuvor war Sparr brandenburgischer Generalmajor geworden, 1651 avancierte er zum Generalfeldzeugmeister, und am 8. April 1655 betraute der Kurfürst ihn mit dem „Oberkommando über alle Truppen in den hohenzollernschen Landen“ („Capo der Armee“).

Am 28. Juli 1656 bewährten sich die jungen brandenburgischen Streitkräfte erfolgreich in ihrer ersten großen Schlacht bei Warschau, wo sie gemeinsam mit den Schweden die Polen besiegten. Dies machte das stehende Heer des Großen Kurfürsten in ganz Europa berühmt, und naheliegenderweise war auch Sparrs Name damit verbunden, dem schließlich am 26. Juni 1657 die Würde eines Generalfeldmarschalls verliehen wurde. Das bedeutete die Krönung seiner Laufbahn. Zwar blieb der Kurfürst im Krieg Oberster Befehlshaber, doch in Friedenszeiten übte Sparr hinfort an dessen Stelle nominell den Oberbefehl über alle Truppen und in allen militärischen Angelegenheiten aus „wegen seiner guten Qualitäten und Kriegsexperientz Ihm zu seiner Ergötzlichkeit“, wie es im Ernennungsschreiben hieß. Als oberste militärische Zentralstelle für Frieden und Krieg entstand das sogenannte „Generalfeldmarschallamt“ mit einem „Kommandierenden Generalfeldmarschall“ an der Spitze, dem zwei oder drei Generaladjutanten zur Seite standen – die Keimzelle des späteren Generalstabs des Heeres.



Hoch geehrt, aber am Ende mittellos: Otto Christoph von Sparr Bild: Willem van Honthorst

In den Jahren 1663/64 tat sich Sparr als Führer eines brandenburgischen Hilfskorps im Kampf gegen die Türken hervor. Der Kaiser ehrte ihn dadurch, dass er ihn auch zum Feldmarschall des Reiches ernannte und ihn in den Reichsgrafenstand erhob. Das letzte Mal, dass Sparrs militärische Fähigkeiten gefordert wurden, war 1666, als sich die Stadt Magdeburg der brandenburgischen Herrschaft widersetzen wollte. Nachdem Verhandlungen erfolglos geblieben waren, befahl der Kurfürst seinem Generalfeldmarschall, die Stadt mit Waffengewalt „an ihre Pflicht zu erinnern“. Magdeburg fügte sich schließlich bedingungslos.

Am 9. Mai 1668 starb der erste brandenburgische Generalfeldmarschall unverheiratet auf seinem Schloss in Prenden. Drei Tage später wurde sein Leichnam in der Gruft der Berliner Marienkirche beigesetzt, wo noch heute ein Epitaph an ihn erinnert. Zum Leitmotiv seines Handelns hatte er schon frühzeitig den Grundsatz „Erst wägen, dann wagen!“ auserkoren, dem er bis zuletzt treu blieb. Obwohl ihm höchste militärische Ehren zuteilwurden, war Sparr am Ende seines Lebens doch so mittellos, dass nicht einmal mehr Geld vorhanden war, um die Begräbnisgebühren für den Pfarrer zu begleichen, denn mit all seinem Vermögen hatte er stets die Armen seiner engeren Heimat bedacht. *Wolfgang Reith*

Wie alt ist die Himmelsscheibe von Nebra?

Die Beantwortung der Frage wäre leichter, wenn erkenntnisleitende Interessen ausgeschlossen werden könnten

Die Himmelsscheibe von Nebra gilt neben der gleichfalls noch nicht eindeutig datierten Kalksteinplatte von Tal-Qadi auf Malta als die wohl älteste Darstellung des Sternenhimmels. Nach Ansicht von Prähistorikern wie dem Direktor des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Harald Meller, wurde die kreisförmige Bronzeplatte zwischen 2100 und 1700 v. Chr. hergestellt und um 1600 v. Chr. der Erde übergeben. Doch entspricht dies wirklich der Realität?

Als Entdecker der Himmelsscheibe gelten die Raubgräber Henry Westphal und Mario Renner, die das Artefakt am 4. Juli 1999 auf dem Mittelberg bei Nebra in Sachsen-Anhalt zutage gefördert haben sollen – und zwar zusammen mit weiteren Bronzeobjekten wie Schwertern, Beilen und Armspiralen. Das Alter der Scheibe konnte nur anhand dieser Beifunde aus dem Hort geschätzt werden, weil deren Stil als typisch für eine bestimmte Phase der Bronzezeit gilt. Eine genauere Bestimmung der Entstehungszeit war nicht möglich. Forschern vom Institut für Archäometrie der Bergakademie Freiberg gelang es lediglich, mittels der Blei-Isotopen-Methode festzustellen, dass die Himmelsscheibe vor mehr als 100 Jahren angefertigt wurde.

Dass eine genauere Bestimmung der Entstehungszeit nicht möglich war, weckte beizeiten Zweifel an der Echtheit des einmaligen Fundes. Sie wurden besonders ab 2003 laut, als die Raubgräber und das Hehlerpaar, das die Bronzeplatte später an den zum Schein als Privatsammler auftretenden Meller weiterveräußern wollte, vor Gericht standen. Wenn das Objekt kein historischer Gegenstand war, dann lag nämlich kein Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz von Sachsen-Anhalt und kein Schwarzhandel mit einem bedeutenden Kulturgut vor. Allerdings gelang es dem Gutachter der Verteidigung, dem Regensburger Professor für Ur- und Frühgeschichte Peter Schauer, nicht, seine These von der neuzeitlichen Fälschung zu belegen. Die grüne Malachit-Patina auf der Scheibe konnte keinesfalls im Schnellverfahren mit Urin und Salzsäure erzeugt worden sein, wie der Experte für prähistorische Bronzewaffen behauptete, sondern ist wohl tatsächlich das Resultat eines längeren Korrosionsprozesses. Das jedenfalls meinten 18 weitere ebenfalls hinzugezogene Fachwissenschaftler.

Trotzdem bleiben Zweifel, was die behauptete Herkunft und das Alter der Himmelsscheibe betrifft. Die Bestimmung von beidem steht und fällt mit dem Nachweis, dass der Bronzegegenstand tatsächlich vor Jahrtausenden gemeinsam mit den Beifunden in der Erde am Mittelberg deponiert wurde. Und genau daran hapert es. Manche der Angaben des Raubgräberduos zu den genauen Fundumständen klingen reichlich unglaubwürdig. Es kam der Verdacht auf, der ganze Hort stamme in Wirklichkeit aus Ungarn – immerhin ähneln die Schwerter sehr dem dort während der Bronzezeit verwendeten Waffentyp. Deshalb war es von entscheidender Bedeutung, die Erdanhaftungen an der Scheibe und den Beifunden zu untersuchen, um zu beweisen, dass die Stücke tatsächlich alle aus ein und derselben Grube und somit auch aus ein und derselben Erdschicht und Epoche stammen.



Gibt viele Rätsel auf: Die Himmelsscheibe von Nebra Bild: Dbachmann

Die entsprechende Analyse der Bodenproben erfolgte durch den forensischen Chemiker Jörg Adam vom Landeskriminalamt Brandenburg. Die Proben, 0,113 Gramm Erdmaterial von der Scheibe und 70 Gramm vom angeblichen Fundort, wurden von Meller und dessen Mitarbeiter entnommen und eingeschickt. Diese Vorgehensweise wurde später unter anderem vom Professor Josef Riederer, dem Direktor des renommierten Rathgen-Forschungslabors der Staatlichen Museen zu Berlin, sowie der sächsischen Landesarchäologin Judith Oexle kritisiert. In der Tat ist es ungewöhnlich, dass in diesem Falle nicht die polizeilichen Ermittlungsbehörden die zentralen Beweismittel sicherstellten, sondern jene Personen, die später am meisten von dem Rummel um das Artefakt profitierten. So erhielt die Arbeitsgruppe um Meller von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für ein Langzeitprojekt zur Untersuchung der Scheibe und „kulturgeschichtlichen Neubewertung der Bronzezeit“ fünf Millionen Euro. Ungeachtet der Ungereimtheiten gilt die Himmelsscheibe von Nebra heute als einzigartiges Überbleibsel aus der mitteleuropäischen Bronzezeit, weil Adam keine signifikanten Unterschiede zwischen den zwei vorgelegten Erdproben feststellen konnte.

W.K.

Moment der Woche

Foto: pa

Selbstverteidigungskurse für Frauen haben Hochkonjunktur. Mit schnellen Kunstgriffen wie hier mit dem Druck auf die Augen könnten brutale Angreifer abgewehrt werden – so der vermittelte Eindruck. Doch Skeptiker warnen: Die Selbstverteidigung sei in den meisten Fällen eine Illusion, da der Attackierer seinem Opfer in der Regel körperlich stark überlegen sei. Es entstehe bei den „geschulten“ Frauen ein Gefühl falscher Sicherheit, das im Ernstfall sogar zu Leichtsinn führen könne.

Die Vorstellung, sich auch selbst schützen zu können, lenke überdies vom Versagen des Staates ab. Der habe in einem modernen Gemeinwesen die Pflicht, seine Bürger zu schützen. Dafür zahlten sie Steuern und ließen es sich gefallen, dass ihnen Waffenbesitz nur in sehr engen Grenzen erlaubt sei. *H.H.*

Vaterlosigkeit: Die verkannte Gefahr

Jungen ohne Väter haben es deutlich schwerer – mit Folgen für die ganze Gesellschaft

Der Vater als männliche Identifikationsfigur kann durch niemanden wirklich ersetzt werden. Trotzdem erklärt der Feminismus ihn zur Persona non grata. So schrieb die englische Erfolgsautorin Maureen Green zynisch: „Ein toter Vater ist Rücksicht in höchster Vollendung.“ Väter sollen maximal noch alimentarische Funktionen erfüllen – ansonsten gilt er als toxischer Faktor in der Erziehung. In Deutschland wächst jedes fünfte Kind ohne Vater auf, Tag für Tag kommen 500 neue minderjährige Trennungsopfer hinzu, wie Professor Matthias Franz vom Institut für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf schätzt.

Dabei sind die Folgen der Entwicklung für Mädchen deutlich weniger gravierend als für Jungen, denn sie treffen vor und während der Schulzeit auf unzählige Vertreterinnen des eigenen Geschlechts und damit auch auf jede Menge Verständnis für ihre Befindlichkeiten. Doch an wem soll sich ein Junge orientieren, wenn der Vater fehlt und das soziale Umfeld von Frauen dominiert wird, welche sich nur begrenzt in ihn hineinversetzen können?

> Feministin verhöhnt den männlichen Elternteil

Die Konsequenz aus dieser fatalen Situation ist ein fragiles Selbstwertgefühl, denn wer überwiegend weibliche Bezugspersonen hat, neigt schnell dazu, die eigenen maskulinen Eigenschaften, Normen und Werte als irgendwie „unangemessen“ zu empfinden. Dadurch entsteht unter anderem die depressive Grundstimmung, wie sie sich symptomatisch im Werk des vaterlos aufgewachsenen existentialistischen Schriftstellers Jean-Paul Sartre zeigt. Oder es kommt zu gesteigerter Aufsässigkeit und Aggressivität, da es niemanden gibt, der die narzisstischen Größenphantasien des heranwachsenden Jungen wirksam beschneiden kann. Außerdem kann die maskuline Überkompensation in weiblich geprägten Umwelten, die keine Maßstäbe für eine gesunde Männlichkeit bieten, zur Annahme falscher Vorbilder führen.

All dies hat nach Erkenntnissen von Experten wie der Hannoveraner Jugendrichterin Elisabeth Schröder-Jenner, dem Soziologen Robert Schlack vom Robert-Koch-Institut Berlin und dem Frankfurter Psychoanalytiker Frank Dammasch vielfältige Konsequenzen: Jungen, die ohne Vater aufwachsen, sind besonders oft übergewichtig und neigen zu einem exzessiven Fernseh- und Internetkonsum sowie zur Spielsucht. Ebenso leiden sie dreimal häufiger als Kinder aus intakten Familien an Schlafstörungen. Dazu rauchen die vaterlosen Jungen doppelt so häufig wie andere und die Gefahr, dass sie Drogen verfallen, ist sogar zehnmal so hoch.

Daraus resultiert auch das fünffach häufigere Vorkommen von Suchterkrankungen mit tödlichem Ausgang. Um ein Mehrfaches höher liegt das Risiko, infolge von Straftaten oder Unfällen zu versterben. Desweiteren begehen die Jungen ohne Vater fünf Mal häufiger Suizid als der Durchschnitt der Bevölkerung. Und dann wäre da noch die Tendenz zum Schulversagen sowie antisozialen und kriminellen Verhaltensweisen: Jungen, die bei einer alleinerziehenden Mutter aufwachsen, zeigen doppelt so oft sozial-emotionale Störungen, brechen neunmal häufiger die Schule ab, landen zehnmal öfter auf der Straße und die Wahrscheinlichkeit, dass sie ins Gefängnis kommen, liegt sogar um den Faktor 20 höher!

> Vaterlose Jungen verfallen zehnmal öfter den Drogen

Besonders verbreitete Delikte sind dabei Vergewaltigungen, welche sie 14 Mal häufiger begehen als ihre Geschlechtsgenossen aus Familien mit Vater. Ebenso stellen die nur von der Mutter erzogenen Jungen einen erheblichen Teil der Amokläufer sowie drei Viertel aller jugendlichen Mörder, Räuber und Einbrecher.

Aufgrund dessen versucht die Politik seit geraumer Zeit gegenzusteuern, damit Väter wieder stärker im Leben ihrer Söhne präsent sein können – etwa durch zaghafte Änderungen im Umgangsrecht sowie Modelle, die eine bezahlte Freistellung von der Arbeit zwecks Kindererziehung ermöglichen. Das ist jedoch nur der Tropfen auf den heißen Stein und kommt reichlich spät. Denn zahlreiche junge Männer wollen inzwischen nicht mehr Vater werden. So stellte ein Gastautor in der „Süddeutschen Zeitung“ die provokante Frage: „Warum sollte ein Mann heute das Risiko einer dauerhaften Beziehung oder gar Ehe eingehen?“ Um dann „bei der ersten Gelegenheit entsorgt“ zu werden „und als Unterhaltssklave zu enden, der seine ... Kinder nur sehen darf, wenn sie es ihm erlaubt?“ Vielen, meinte der Verfasser des Beitrages mit dem Pseudonym „Orangenfarmer“, reiche es vollkommen aus, „in Schule und Beruf benachteiligt und vom feministischen Mainstream in Kunst, Kultur und Medien als Witzfigur, Hassobjekt und Quelle allen Übels verteufelt zu werden.“

Hierdurch bleibt die zunehmend vaterlose Gesellschaft mit ihren Risiken und Nebenwirkungen fortbestehen. Was Feministinnen, die ein Mutterglück ohne „störende“ Männer anstreben, aber keine schlaflosen Nächte bereitet. Natürlich nur, bis dann eines Tages die Polizei mit schockierenden Nachrichten vor der Tür steht ...

Wolfgang Kaufmann

Wo das Gangstertum zur Ikone wurde

Weil sie meist »Minderheiten« angehören, werden Gewalt und Frauenverachtung bei »Gangsta-Rappern« hingenommen

Groß war die Aufregung über die „Echo“-Verleihung an zwei Rapper, die Auschwitz-Opfer verhöhnt haben. Eine Auseinandersetzung damit, was „Gangsta-Rap“ im Ganzen bedeutet und wofür er steht, bleib jedoch abermals aus.

Am 12. April gab sich die selbsternannte kulturelle Elite der Bundesrepublik anlässlich der alljährlichen Verleihung des Musikpreises „Echo“ wieder mal ein pompös ausgerichtetes Stelldichein in der Messe Berlin. Das öffentliche Interesse an dieser aufdringlich inszenierten Veranstaltung hatte zuletzt spürbar nachgelassen. Bis vor wenigen Jahren sahen sich mehr als vier Millionen Zuschauer die Preisvergabe im Fernsehen an. 2017 war es nur noch etwas mehr als eine Million.

Im Kampf gegen ihre wachsende Bedeutungslosigkeit sind Musikindustrie und etablierte Medien daher spürbar darum bemüht, im Vorfeld der Echo-Verleihungen die öffentliche Aufmerksamkeit anzufachen. War es 2017 ein Eklat um die publikumswirksam zelebrierte Ausladung der angeblich politisch zu weit rechts stehenden Band „Frei.Wild“, so wurde dieses Jahr ein vermeintlicher Antisemitismusskandal aufgeblasen.

Die unter den Künstlernamen „Farid Bang“ und „Kollegah“ firmierenden Rap-Interpreten hatten in einer Textzeile ihres aktuellen Sprechgesanges ihren Körper als besser definiert beschrieben als der eines Auschwitzinsassen. Speziell gegen Juden selbst richtete sich der Text zwar überhaupt nicht, jedoch setzten im Blätterwald schon kurz nach Bekanntgabe der Nominierung der beiden Rapper die erwartbaren Reflexe einer immer angestrengter wirkenden Political Correctness ein.

Für die Einschaltquoten erwies sich der inszenierte Knall in der Echokammer des Mainstreams als förderlich. Rund eine halbe Millionen Zuschauer mehr als im vergangenen Jahr verfolgten die Preisverleihung am Bildschirm.

Wer sich jedoch über die inkriminierte Wortwendung hinaus näher mit dem Text des Liedes „0815“ von „Farid Bang“ und „Kollegah“ befasst, wird feststellen, dass es bei weitem nicht die geschmackloseste Passage dieses ansonsten von Gewalt-, Sexual- und Allmachtsphantasien strotzenden Stückes ist. Auch für alle anderen Werke der beiden und eigentlich für das gesamte Genre des sogenannten Gangsta-Rap ist die Beschwörung von Gewalt und die Reduzierung von Frauen auf

> Der »Echo« hatte endlich wieder Zuschauer

schnell verfügbare Sexobjekte kennzeichnend. Präsentiert werden diese Inhalte meist mit äußerst vulgären Begriffen und in einer reduzierten Sprache, wie sie typischerweise bei Immigranten oder ethnischen Minderheiten in Gebrauch ist.

Entwickelt hat sich die Musikrichtung in den Ghettos der USA. Der Rap, ein rhythmischer Sprechgesang, kann auf eine lange Tradition unter der schwarzen Bevölkerung Amerikas zurückblicken. Seine Wurzeln reichen möglicherweise schon auf westafrikanische Ursprünge zurück. Während Sprechgesänge in schwarzen Kirchengemeinden seit den 1920er Jahren überliefert sind, findet eine Verbindung von Rap mit dem kriminellen Milieu erst ab den 70er Jahren statt.

Mit dem Aufkommen der Hip-Hop-Kultur in US-Großstädten werden Kriminalität, Drogen und Gewalt zunehmend die prägenden Inhalte der Rap-Musik. In dieser Subkultur wurden auch eigene Tanzformen und ein besonderer Dresscode entwickelt. Turnschuhe, Baseballmützen, bunte und weit geschnittene Sportbekleidung gehören zum typischen Kleidungsstil schwarzer und seit den 80er Jahren zunehmend auch weißer Jugendlicher in den USA und weltweit. Teilweise findet sich in diesen modischen Erscheinungen auch eine Reminiszenz ans kriminelle Milieu, aus dem die Hip-Hop-Kultur einst entstand. So erklärt sich das Tragen der bei Rappern beliebten tiefsitzenden Hosen ursprünglich damit, dass Straftätern von der Polizei zur Abwendung eines möglichen Selbstmordversuches bei ihrer Verhaftung der Gürtel abgenommen wird, was dann meist zu einem Herabrutschen des Beinkleides führt.

Die Interpreten Schooly und Ice-T verhalfen dem Gangsta-Rap Mitte der 80er Jahre schließlich zum Durchbruch. Sie besangen ihr Leben als Gangmitglied oder verherrlichten die Zuhälterei. Ab da begann auch die Kommerzialisierung. Immer wieder wurde versucht, dem Gangsta-Rap eine sozialkritische Note zu verleihen und ihn in Zusammenhang mit der Schwarzenbewegung in Amerika zu stellen. Tatsächlich dürfte heute die Mehrheit der Konsumenten der Rapmusik aus Jugendlichen der weißen Mittelschicht bestehen, was unter Afroamerikanern immer wieder zu heftigen Kontroversen führt.

Mitte der 90er Jahre verbreitete sich das Phänomen Gangsta-Rap dann in Deutschland. Beliebt war dieses Genre vor allem bei Jugendlichen aus binationalen Familien. Sieht man sich die typischen Biographien hierzulande erfolgreicher Rapper an, so fällt auf, dass die Mehrzahl ohne Vater aufwuchs. Meist verließ der aus dem Ausland stammende Vater seine deutsche Frau und das gemeinsame Kind schon kurz nach dessen Geburt.

Kennzeichnend für deutsche Gangsta-Rapper ist auch, dass sie – anders als ihre schwarzen US-Vorbilder – in der Regel selbst über keine nennenswerte kriminelle Vergangenheit verfügen. Eine der wenigen Ausnahmen dürfte der unter dem Namen Deso Dogg bekannte Kleinkriminelle Denis Cuspert sein. Nach Erfolgen um das Jahr 2005 ließ ihn sogar die ARD seine Lieder für einen ihrer Filme vortragen. Damals rappte er noch Lieder mit dem Titel „Kanaken regieren Deutschland“. Nach mehreren Aufenthalten in Psychiatrien und Haftanstalten schloss er sich der Terrororganisation „Islamischer Staat“ an und verließ die Bundesrepublik in Richtung Naher Osten.

Die Inhalte vieler Stücke des Gangsta-Raps lassen sich daher durchaus aus dem Lebenslauf ihrer Interpreten erklären. Die offene Zurschaustellung einer völlig übertriebenen und ungeerdeten Männlichkeit kann zumeist auf das Fehlen eines realen väterlichen Vorbildes zurückgeführt werden. Auch das Beschwören von Gewalt- und Allmachtsphantasien, als Kompensation für erfahrene Zurückweisung, kann als Beleg hierfür gelten. Doch in diesen Biographien liegt nicht nur die Erklärung für ihren musikalischen Werdegang, sondern zugleich das Geheimnis ihres Erfolges und den ihres Genres.

Während in Deutschland ansonsten alles dem Bannstrahl der gesellschaftlichen Ächtung unterfällt, was allzu maskulin daherkommt, Gewalt beschönigt und im Verruf steht, frauenfeindlich zu sein, sieht man hierüber nicht nur gezielt weg, sondern man wertet das Phänomen Gangsta-Rap in den Mainstream-Medien bewusst und positiv auf.



Bei der Echo-Verleihung: Farid Bang (l.) und Kollegah Bild: Imago

Wer Herkunft und Kindheit prominenter Gangsta-Rapper, wie Sido, B-Tight, Bushido, Deso Dogg und zahlreicher anderer, mit denen von Profifußballern, wie Boateng oder Owomoyela, vergleicht, der kommt einer Erklärung für diesen doch bemerkenswerten Umstand vielleicht etwas näher. Während medial verwertbare Integrationserfolge von in Deutschland geborenen Immigrantenkindern im wissenschaftlichen, ökonomischen oder schriftstellerischen Bereich nach wie vor Mangelware sind, lassen sich beim Profisport und in der Musikindustrie zahlreiche Beispiele finden, wie man es selbst aus den zerrüttetsten Verhältnissen noch bis zum gefeierten Massenidol schaffen kann. Seitdem in der Fußballnationalmannschaft eine gehörige Anzahl von Spielern mit Migrationshintergrund kickt, können sich plötzlich auch solche gesellschaftlichen Kreise für ein Länderspiel begeistern, denen das ausgelassene öffentliche Zeigen der Nationalfarben ansonsten immer ein Gräuel war. Anders als bei Sportlern, bedarf es bei Gangsta-Rappern sogar überhaupt keiner besonderen Talente, um kommerziell erfolgreich zu sein. Selbst eine kriminelle Vergangenheit oder unzureichende Deutschkenntnisse können hier – anders als allgemein bei Einwanderern – für die Karriere eher förderlich sein. Die reine Höhe der Verkaufszahlen von Tonträgern eines Interpreten aus einem subkulturellen Genre kann daher so doch noch als Ausweis von dessen gelungener gesellschaftlichen Integration umgedeutet werden.

Dirk Pelster

Das Ostpreußenblatt



Nr. 17 – 27. April 2018

Ein langer, nicht immer einfacher Weg

Unermüdlich bis zum Schluss: Zum Tode von Ruth Geede, der »Mutter der Ostpreußischen Familie«

Die Schriftstellerin, Journalistin und Buchautorin Ruth Geede, die „Mutter der Ostpreußischen Familie", ist am 17. April im Alter von 102 Jahren verstorben. In der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird die dienstälteste und hochgeschätzte Kollegin eine unfüllbare Lücke hinterlassen.



Bild: MRK

Genoss Vertrauen, Verehrung und Dankbarkeit: Ruth Geede, hier an ihrem 100. Geburtstag

Seit 39 Jahren leitete Ruth Geede die beliebte Rubrik „Ostpreußische Familie", und sie hatte die feste Absicht, dies auch in Zukunft zu tun, zwar nicht mehr wöchentlich – im hohen Alter von 102 Jahren wollte sie etwas kürzer treten –, sondern ihrem eigenen Wunsch entsprechend im vierzehntäglichen Rhythmus.

Aber es kam anders: Ein Sturz mit Knochenbruch und anschließendem Krankenhausaufenthalt hatte die Unermüdliche für einige Wochen vom Schreibtisch ferngehalten. Doch dorthin wollte sie unbedingt zurück, denn Ruth Geede hatte sich vorgenommen, bis zum letzten Atemzug zu schreiben, was ihr auch fast gelungen wäre. Sie befand sich bereits auf dem Wege der Genesung, als sie sich zum Mittagsschlaf hinlegte, um ein wenig auszuruhen. Von diesem wachte sie nicht mehr auf.

Schreiben war Ruth Geedes Leben, es war ihr nicht nur ein Beruf, sondern Berufung. Insgesamt hat sie neben unzähligen Beiträgen für den Rundfunk, für Tageszeitungen und Magazine 50 Bücher verfasst. Sie schrieb Märchen, Kochbücher, Reiseführer, Kindergeschichten, wie auch plattdeutsche Stücke fürs Theater und nicht zuletzt ihre wöchentliche Rubrik im *Ostpreußenblatt*.

Nun hat die ostpreußische Familie ihre gute Seele verloren. Ruth Geede war Mitarbeiterin der ersten Stunde des *Ostpreußenblatts*. Mit ihrer Gabe, Inhalte plastisch zu schildern, gab sie den Menschen mit der „Ostpreußischen Familie" ein Stück Heimat zurück. Die Verstorbene verfügte über ein enzyklopädisches Wissen. Informationen waren stets aus dem Stegreif abrufbar. Bewunderte man sie für ihr bemerkenswerten Gedächtnis, pflegte sie zu sagen: „Der liebe Gott hat mir eben eine ganz schöne Festplatte eingebaut." Ruth Geede hatte einen feinsinnigen Humor. Wie kaum ein anderer Mensch der Erlebnisgeneration verkörperte sie Ostpreußen.

Die Leser dankten es ihr mit Treue und Dankesschreiben. Ruth Geede erhielt körbeweise Briefe. Darin hieß es zum Beispiel: „Einfach wundervoll". 1996 gab sie daher ein Buch gleichen Titels heraus, in dem sie viele der Erfolge zusammengetragen hat. Eigentlich war sie längst im Rentenalter, als Ruth Geede noch einmal richtig durchstartete. In ihrer Dachwohnung in Hamburg-Niendorf, die sie liebevoll ihren „Turm" nannte, schrieb sie am PC, nicht etwa auf einer Schreibmaschine – schließlich wollte sie „am Ball" bleiben. Damals, als sie ihr erstes Honorar für eine Märchensendung im Königsberger Rundfunk erhalten hatte, kaufte sie sich eine Schreibmaschine. Damit war der Grundstein für ihre spätere Karriere und ein außergewöhnlich langes Schaffen gelegt.

Einen spürbaren Aufschwung erhielt die „Ostpreußische Familie" noch einmal nach der sogenannten Wende, als neue Abonnenten und Suchende, die hinter dem Eisernen Vorhang keine Möglichkeit zur Familienforschung gehabt hatten, ihre Fragen an das *Ostpreußenblatt* richteten. Wo das Deutsche Rote Kreuz oder Heimatauskunftsstellen längst keine Antworten mehr über vermisste Angehörige liefern konnten, half Ruth Geede mit ihrer „Ostpreußischen Familie". Mit preußischer Disziplin und Leidenschaft hat sie selbst jede noch so aussichtslos erscheinende Anfrage ihrer Leser bearbeitet. Ihr Verdienst ist es, unzählige Wünsche erfüllt zu haben. Über 100 Menschen, die sich Jahrzehnte lang aus den Augen verloren hatten, konnte sie zusammenbringen, aber sie half auch, alte Bücher, vergessene Gedichte und Lieder wieder zu entdecken.

Die Menschen liebten sie dafür, dass sie sich Zeit nahm und ihnen aufmerksam zuhörte. Dabei traf sie in der „Familie" immer den richtigen, verbindlichen Ton. Ruth Geede verglich sich einmal mit einer „Trümmerfrau", die bemüht sei, seelische Trümmer wegzuräumen. Die Erfolge gaben ihr die Motivation, trotz aufwendiger und langwieriger Recherchen weiterzumachen. Für viele Leser war die „Ostpreußische Familie" ein wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Teil der Zeitung.

Ruth Geede verkörpert bis heute Ostpreußen und seine Menschen. Wie kaum ein anderer Autor verstand sie es, die Zuhörer vollständig in ihren Bann zu ziehen, wenn sie bei ihren zahlreichen Lesereisen aus ihren eigenen Werken vorlas. Dem Zuhörer erschloss sich geradezu bildlich die vergangene Welt, von der Ruth Geede erzählte.

Mit Fug und Recht kann man die Verstorbene als Ausnahmeautorin bezeichnen: Sie konnte auf über 80 Berufsjahre zurückblicken. Sie verfügte über eine lange Lebenserfahrung, die anderen Orientierungshilfe sein konnte. Ruth Geede besuchte mit über 85 Jahren noch die wöchentlichen Redaktionssitzungen „ihrer" Zeitung und befruchtete mit ihrer Berufserfahung und konstruktiven Vorschlägen die Arbeit der Kollegen. So verwundert es nicht, dass die Idee zur Umbennung des *Ostpreußenblatts* in *Preußische Allgemeine Zeitung* maßgeblich von ihr beeinflusst wurde. Die Umbennung sollte die preußischen Werte und Tugenden hervorheben, auf welche der Herausgeber sich beruft.

Ruth Geede ging ihren Weg, wissend um die wichtigen Dinge im Leben. „Es war ein langer, nicht immer leichter Weg", wie sie selbst zugab. Ihr langer Weg ist nun zu Ende. Es heißt Abschied nehmen von Ruth Geede, die nach unermüdlicher Arbeit für die Ostpreußen ihre wohlverdiente Ruhe gefunden hat.

Manuela Rosenthal-Kappi

Stationen eines arbeitsreichen Lebens

Ruth Geedes Vita liest sich wie eine abenteuerliche Reise durch das vergangene Jahrhundert:

Am 16. Februar **1916** erblickte sie mitten im Kriegswinter als Frühchen das Licht der Welt. Gerade einmal 36 Zentimeter maß sie und wog 2750 Gramm. Niemand hätte damals damit gerechnet, dass das „Saatkartoffelche", wie ein Onkel sie scherzend nannte, einmal zu einer erfolgreichen Schriftstellerin heranwachsen würde.

1922 fand die erste Begegnung mit Agnes Miegel statt, als die kleine Ruth Geede ihren Vater, der als Quästor an der Königsberger Albertina arbeitete, in die Universität begleiten durfte. Sie sah die Dichterin im Säulengang der Albertina anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Agnes Miegel. Die Dichterin wurde Geedes Vorbild. Bei einer späteren Begegnung ermunterte Miegel das Nachwuchstalent zum Schreiben. Nach dem Krieg hielten sie Kontakt. Geede besuchte Miegel öfter an ihrem Wohnort Bad Nenndorf und schrieb die Laudatio zu deren 70. Geburtstag.

1933 durfte Ruth Geede, nachdem sie vorgesprochen und ein selbst geschriebenes Märchen eingereicht hatte, beim Reichssender Königsberg die „Kunterbunte Kinderstunde" mitgestalten. Im gleichen Jahr wurde sie als jüngstes Mitglied in den Deutschen Schriftstellerverband aufgenommen, was als Ausnahme galt, denn das Mindestalter betrug 18 Jahre.

1934 hat Ruth Geede, erst 18 Jahre jung, ihre Karriere Autorin begonnen. Ihr erstes Buch „De Lävensstrauß" schrieb sie mit 19. Es enthielt viele heitere und besinnliche Erzählungen.

Von **1945 bis 1948** arbeitete Ruth Geede nach der Flucht aus Ostpreußen als Bibliothekarin, was sie aber nicht von ihrer großen Leidenschaft, dem Schreiben, abhalten konnte. In dieser Zeitspanne schrieb sie Schauspiele für Kinder und gab das Kinderjahrbuch „Das Karussell" heraus. Sie setzte ihr schriftstellerisches Werk, das 1933 in Königsberg begonnen hatte, fort.

1948 hieß es zunächst, kleine Brötchen backen, als sie im niedersächsischen Dahlenburg einen Neuanfang als Volontärin bei der „Lüneburger Landeszeitung" wagte, wo die gestandene Schriftstellerin das Journalisten-Handwerk „von der Pike auf" lernen sollte. Viele Jahre später noch berichtete sie für die Zeitung aus Hamburg.

1955 heiratete sie, 38-jährig, den deutsch-chilenischen Exportkaufmann Guenter Vollmer-Rupprecht, den Sohn eines deutschen Kapitäns, der als Reise- und Wirtschaftsjournalist arbeitete. Gemeinsam mit ihrem Mann gründete sie einen Pressedienst, der zahlreiche Redaktionen mit Material „fütterte". Unter anderem hatten sie sich mit dem „Frauendienst (fd)" selbstständig gemacht. Es erschienen viele journalistische Arbeiten unter ihrem Ehenamen Vollmer-Rupprecht. Als Schriftstellerin verwendete sie jedoch weiterhin ihren Mädchenname Geede. Aus der Ehe ging der einzige Sohn Roderich hervor, der in die Fußstapfen seiner Eltern trat und den Beruf des Journalisten wählte.

1979 übernahm Ruth Geede die Rubrik „Ostpreußische Familie" im *Ostpreußenblatt* von ihrer Vorgängerin Ruth Maria Wagner, die ebenfalls aus Königsberg kam. Sie war es auch, die ihre Kollegin Anfang der 50er Jahre zum *Ostpreußenblatt* gebracht hatte. Ursprünglich als eine Art Schwarzes Brett gedacht, entwickelte sich die „Familie" zu einer wichtigen Institution, an die sich Suchende aus aller Welt wendeten.

1985 wurde Ruth Geede für ihre Verdienste das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Als **1989** ihr Mann Guenter viel zu früh verstarb, stürzte Ruth Geede sich noch intensiver in die Arbeit.

1991 erhielt die Journalistin als Auszeichnung für ihre Verdienste um Ostpreußen und die „Ostpreußische Familie" im Rahmen des Deutschlandtreffens in Düsseldorf den Kulturpreis für Publizistik der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Das Motto des damaligen Deutschlandtreffens „Heimat verpflichtet" sei auch Leitwort für die Arbeit von Ruth Geede, hob Volker Schmidt, Leiter der Kulturabteilung der LO, in seiner Laudatio hervor.

Mit dem Preußenschild, der höchsten Auszeichnung der LO, wurde Ruth Geede während des Deutschlandtreffens **2000** in Leipzig geehrt. Nach Agnes Miegel und Frida Todtenhaupt war Ruth Geede die dritte Frau, die den Preußenschild erhalten hat.

2002 erhielt Ruth Geede die Goldene Ehrennadel des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV).

Ruth Geede – das sind 102 Jahre gelebtes Ostpreußen. Sie wird unvergesslichen bleiben. In Anthologien ist ihr Name bereits heute neben bedeutenden Ostpreußen wie Alfred Brust, Lovis Corinth, Simon Dach, E.T.A. Hoffmann, Agnes Miegel, Louis Passarge zu finden.

MRK

Museumsstücke

Aus dem ostpreußischen Landesmuseum: Portraitbüste »Arno Surminski« von Manfred Sihle-Wissel und Portraitbüste von Herzogin Dorothea von Preußen

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der *PAZ* besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Portraitbüste „Arno Surminski" von Manfred Sihle-Wissel

Bei seinem letzten Besuch im Ostpreußischen Landesmuseum brachte Arno Surminski dieses Objekt der Woche mit: Seine Portraitbüste, die der deutschbaltische Bildhauer Manfred Sihle-Wissel von ihm anfertigte.

Der 1934 in Tallinn/Reval (Estland) geborene Bildhauer erlitt mit seiner Familie die für die deutschbaltische Bevölkerungsgruppe in den baltischen Staaten Estland und Lettland typische Umsiedlung 1939 ins Wartheland, anschließend die Flucht 1945, die ihn nach Hamburg brachte. Von 1954 bis 1959 studierte er an der dortigen Kunstgewerbeschule Bildhauerei bei Edwin Scharff und Hans Martin Ruwoldt. Er lebt seit 1981 in Brammer bei Rendsburg und arbeitet als freier Künstler. Neben vielen anderen Portraitbüsten schuf er auch die Bildnisse etwa von Helmut Schmidt, Marion Gräfin Dönhoff, Siegfried Lenz und Walter Kempowski.

Der 1934 in Ostpreußen geborene Schriftsteller Arno Surminski behandelt in seinen literarischen Werken vornehmlich Themen, die mit dem Schicksal von Menschen aus dem historischen Ostpreußen und den Geschicken des Landes selbst verbunden sind. Seit vielen Jahren ist er mit Veranstaltungen Gast im Ostpreußischen Landesmuseum, das ihm 2014 auch eine Ausstellung anlässlich seines 80. Geburtstags widmete. In der neuen Dauerausstellung des Museums wird er unter den Literaten vertreten sein durch die Portraitbüste aus Bronze, die der Künstler im Jahre 2007 von ihm schuf.

Arno Surminski (li.) und Museumsdirektor Joachim Mähnert Bilder (2): OL



Portraitbüste von Herzogin Dorothea von Preußen

Portraitbüste von Herzogin Dorothea von Preußen (1504-1547)

Bei dieser Portraitbüste handelt es sich um eine Gipskopie, die 1960 vom Original in Kopenhagen aus dem Jahr 1572 abgenommen wurde.

Dorothea war als Gattin des Hohenzollern Albrecht von Brandenburg-Ansbach die erste Herzogin Preußens. Im Jahre 1525 hatte Albrecht als der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen das Ordensgebiet säkularisiert. Aus der Hand seines Onkels, des polnischen Königs Sigismund I., erhielt er das Land zu einem erblichen Lehen, das zugleich das erste protestantische Land weltweit wurde.

Zuvor hatte sich Albrecht intensiv mit Martin Luther beraten. Der Wittenberger hatte schon 1524 eine an die Ordensritter in Preußen gerichtete Polemik drucken lassen: „An die herren Deutschs Ordens das sy falsche keuschhait meyden und zur rechten Eelichen keuschhait greyffen, Ermanu[n]g".

Albrecht, ganz Renaissancefürst, kam das für seine Dynastieplanung natürlich entgegen. Schon ein Jahr später heiratete er, der als Ordensmann einst Keuschheit und Ehelosigkeit gelobt hatte, die dänische Prinzessin Dorothea, Tochter von Friedrich I., König von Dänemark und Norwegen. Infolgedessen waren die weiteren Beziehungen Preußens zu Dänemark ausgezeichnet, wo später Dorotheas Bruder als Christian II. regierte.

Wie ihr Mann war Dorothea eine fromme Lutheranerin und unterstützte ihn bei der Gründung der Königsberger Universität, der nach Marburg zweiten protestantischen Universität und neben Krakau lange die östlichste in Europa. Die Ehe war glücklich, allerdings überlebte von den sechs gemeinsamen Kindern nur die älteste Tochter Anna Sophie die ersten Monate.

Ihr nach dem frühen Tod geschaffenes Epitaph mit der hier gezeigten Büste war ein 1572 vollendetes Werk des Antwerpener Bildhauers Cornelis Floris (1514 bis 1575), das an der Nordseite im Chor des Königsberger Doms hing. Die Betende wurde möglicherweise nach ihrer Totenmaske modelliert. Die Tafel ging 1945 verloren, nur die Büste ist heute im Puschkin-Museum in Moskau zu besichtigen. Eine Zweitausführung der Büste gibt es im Kopenhagener Schloss Rosenborg, von der diese Kopie stammt.

Nach dem Tod Dorotheas heiratete Albrecht ein zweites Mal und bekam zwei weitere Kinder, darunter seinen Nachfolger Albrecht Friedrich (1553 bis 1618).

Albrecht starb vor 450 Jahren, am 20. März 1568, im 78. Lebensjahr auf der Burg Tapiau an der Pest, 16 Stunden nach ihm auch seine zweite Gemahlin, Anna Maria von Braunschweig. Später wird die herzogliche Herrschaft auf die brandenburgischen Hohenzollern übertragen werden. Die Treuepflicht und Abhängigkeit von Polen wird etwa 100 Jahre später Kurfürst Friedrich Wilhelm, der „Große Kurfürst", lösen und damit die Grundlage für die preußische Königskrönung durch Friedrich III./I. am 18. Januar 1701 in Königsberg schaffen. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0) 4131 75995-0, Fax +49 (0) 4131 75995-11, Email: info@ol-lg.de, die Sonderausstellungen und das Brauereimuseum sind über das neue Eingangsfoyer in der Heiligengeiststraße 38 zugänglich, eingeschränkte Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12.00 bis 17.00 Uhr.



ZUM 98. GEBURTSTAG

Schneider, Ingeborg, geb. Soergel, aus Lyck, am 27. April
Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. April
Seckner, Hildegard, geb. **Laabs**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Tatzko, Babeth, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 3. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dziomba, Heinrich, aus Neidenburg, am 29. April
Enskat, Hedwig, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 29. April
Hoffmann, Günter, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Ratzmann, Lydia, geb. **Ludwanowski**, aus Lyck, am 3. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Verch, Horst, aus Neidenburg, am 29. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhm, Wilfried, aus Adlerhorst, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Gregersen, Margaretha, geb. **Schöttke**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 29. April
Gruhn, Auguste, aus Lyck, am 28. April
Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, am 1. Mai
Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April
Sondermann, Else, geb. **Lusga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Bork, Waltraud, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. April
Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, am 28. April
Geyer, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Mai
Haberstroh, Irmgard, geb. **Warnat**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 1. Mai
Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, am 28. April
Schnobel, Irmgard, geb. **Dennig**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. April
Werner, Kurt, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 3. Mai
Würthoff, Erna, geb. **Lepenies**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 30. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hilpert, Lore, geb. **Kutzmut**, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 30. April
John, Gotthard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. April
Jordan, Gisela, geb. **Menck**, aus Wehlau, am 3. Mai
Kaßmekat, Paul, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai
Pottkämper, Elfriede, geb. **Bodemann**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Pretzlaff, Helmut, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. April
Rosehalm, Helga, geb. **Nowak**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Speer, Charlotte, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. **Fornacon**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 30. April
Dworrak, Heinz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. April
Elies, Elli, geb. **Worsel**, aus Rogehnen, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Kleinschmidt, Anneliese, geb. **Gritzuhn**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. April
Krüger, Ilse, geb. **Knaack**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Kupfer, Erna, geb. **Schwarzlos**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 27. April
Lask, Ruth, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April
Liebig, Elisabeth, geb. **Rilka**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 29. April
Locke, Gerda, geb. **Hensel**, aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April
Obermüller, Eva, geb. **Wolff**, aus Wehlau, am 27. April
Openkowski, Ruth, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Opitz, Ursula, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 30. April
Schmidt, Gerda, geb. **Rohmann**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schneider, Erika, geb. **Lelewell**, aus Lyck, Otto-Reinke-Straße 12, am 29. April
Volkmann, Sieglinde, aus Treuburg, am 27. April
Wehle, Esther, geb. **Napiwotzki**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 29. April
Westphal, Bruno, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. April
Wohlgemuth, Gertrud, geb. **Ijewski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aich, Gertrud, geb. **Toparkus**, aus Benkheim, am 28. April
Dornbusch, Hildegard, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Kanngießer, Johannes Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April
Klöß, Otto, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Kröger, Charlotte, geb. **Dworak**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April
Link, Manfred, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April
Lorenz, Elfriede, geb. **Nothelm**, aus Lyck, am 2. Mai
Pacyna, Dr. Hasso, aus Wehlau, am 29. April
Rudnik, Erich, aus Surren, Kreis Johannisburg, am 30. April
Scheu, Gertrud, geb. **Hoffmann**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Sczuplinski, Gertrud, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 28. April
Weichert, Edeltraut, geb. **Refke**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 88, am 27. April
Wienberg, Helga, geb. **Czaczkowski**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
von Mickwitz, Ursula, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Wrobbel, Werner, aus Treuburg, am 1. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bastisch, Gertrud, geb. **Derlath**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Gleim, Lieselotte, geb. **Nowak**, aus Ebenrode, am 1. Mai
Graumann, Inge, geb. **Sadowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 17, am 29. April
Holtmann, Erika, geb. **Radzio**, aus Treuburg, am 1. Mai
Holzheier, Gerda, geb. **Müller**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 30. April
Klittmann, Gertraud, geb. **Skibbe**, aus Ortelsburg, am 28. April
Schlicht, Erich, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 27. April
Sokolowski, Eduard, aus Lyck, am 28. April
Zielinski, Horst, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 28. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Achterberg, Edeltraud, geb. **Rahn**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Brix, Anneliese, geb. **Kobialka**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Bromberg, Waltraud, geb. **Joswig**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. Mai
Czypull, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 27. April
Degenhardt, Dieter, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, und aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Dietrich, Martin, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 27. April
Eilf, Ulrich, aus Treuburg, am 27. April
Galla, Horst, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Gehrt, Angelika, geb. **Barkschat**, aus Insterburg, am 29. April
Gosdzinski, Otto, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 27. April
Kämmer, Brigitte, geb. **Schwarzat**, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Karok, Joachim, aus Windkeim, Gutsbezirk Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 2. Mai
Klimkowski, Kurt, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Kuchta, Ingrid, geb. **Lask**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 27. April
Kulinna, Helmut, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 27. April
Lederer, Hildegard, geb. **Kuhnert**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. Mai
Lipowski, Edith, geb. **Steinecker**, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 30. April
Manier, Irmgard, geb. **Soltek**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. April
Müller, Gerhard, aus Wehlau, am 27. April
Saß, Inge-Marie, geb. **Kraschewski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 27. April
Schwarzat, Gerhard, aus Ulmenau, Kreis Ebenrode, am 27. April
Seidler, Adalbert, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
von Pein, Hildegard, geb. **Stojek**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. Mai
Woywod, Arno, aus Schönballen, Kreis Lötzen, am 28. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Abel, Erika, geb. **Leidereiter**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. April
Bremse, Uwe, aus Neidenburg, am 29. April
Große, Erika, geb. **Harreuter**, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 1. Mai
Horn, Helga, geb. **Heider**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehau, am 1. Mai
Klarhöfer, Dr. Siegfried, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 2. Mai
Ringlau, Georg, aus Wehlau, am 1. Mai
Rogall, Dietmar, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Schönfeld, Brigitte, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 2. Mai
Todtenhaupt, Gisela, geb. **Dunker**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. April



Sprenger, Franz-Josef und Ehefrau Ursula, geb. **Lorenz**, aus Georgenhain, Kreis Gerdauen, am 30. April

TERMINE DER LO

2018
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

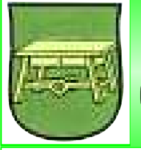


ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.com

Busreise

Sonntag, 8., bis Donnerstag, 19. Juli: 12-tägige Busreise nach Angerapp, Masuren, zur Kurischen Nehrung und ins Königsberger Gebiet. Eine Teilnahme ist für Jedermann möglich. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen: Edeltraut Mai, Telefon (0151) 18461001.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

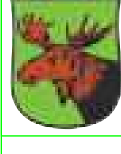
Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Schülertreffen

Freitag, 1., bis Sonntag, 3. Juni, Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg: Schülertreffen. Anmeldung: Hotel Heidehof, Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.

Kirchspieltreffen

Sonnabend, 9., bis Sonntag, 10. Juni, Hotel Michaelishof, Telefon (05051) 8870, Hauptstraße 5, 29303 Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen. Anmeldung: Gerhard Kuebart, Telefon (05261) 88139, E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatgruppe

Hamburg – Dienstag, 15. Mai, 14 Uhr, Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (0344) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Vortrag

Eckernförde – Sonnabend, 28. April, 17 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: „Traumatische Erlebnisse aufgrund von Krieg und Vertreibung“, Referent ist Herr Kürz. Der Eintritt ist frei.

Zum Vormerken

Bitte vormerken: Das Pillauer Treffen findet in diesem Jahr einen Monat später statt, am 8. und 9. September.

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Hamburg – Mittwoch, 2. Mai, 12 Uhr: Monatstreffen mit buntem Programm.

Schmalkalden – Heimattreffen der Schwägerauer, Eichensteiner und Waldhausener: Sonntag, 13., bis Mittwoch, 16. Mai, Hotel Jägerklause, Schmalkalden (Thüringen). Information bei Siegfried Schulz, OT Braunsberg 6, 18276 Zehna oder Telefon (038458) 50552.

Schwerin – Freitag, 28. Juni, bis Donnerstag, 5. Juli: Acht-Tage-Fahrt nach Insterburg. Anmeldung und nähere Informationen bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Zusendungen für Ausgabe 19

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 19/2018 (Erstverkaufstag: 11. Mai) bis spätestens Mittwoch, 2. Mai an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen. Internet: www.kreisge-meinschaft-johannisburg.de

Heimatkreistreffen

Düsseldorf – Dienstag, 1. Mai, 10 bis 16 Uhr, Goldener Ring, Burgplatz 21: 35. Johannisburger Kreistreffen. Leitung: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hartmut Kondoch

Geboren wurde der nun 90-jährige Dr. Hartmut Kondoch am 8. Mai 1928 in Grabnick als Sohn des Lehrers Gustav Kondoch. Ortsvertreter seines Heimatdorfes Grabnick ist der Jubilar seit 1983 bis heute.

Von 1983 bis 2013 hat Hartmut Kondoch die Treffen der Schüler des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums (der sogenannten Flakhelfer) organisiert. Bezirksvertreter von Grabnick war er von 1992 bis 2017. Mitglied des Kreistages ist er von 1992 bis 2018. Von 2004 bis 2013 hat Hartmut Kondoch den Grabnick-Brief herausgegeben. Etliche Jahre war Hartmut Kondoch für das Treffen des Kirchspieles Grabnick in Egenroth im Taunus verantwortlich. Das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm 2002 verliehen.

Hartmut Kondoch wohnt in Frankfurt am Main.

Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert Hartmut Kondoch zu seinem hohen Geburtstag und wünscht ihm einen noch langen, gesunden Lebensabend.

Bärbel Wiesensee



Lyck: 90 Jahre Hartmut Kondoch Bild: privat

Dittchenbühne

Elmshorn – Sonnabend, 28., 20 Uhr, und Sonntag, 29. April, 16 Uhr: „Don Juan kommt aus dem Krieg" von Ödön von Horváth als Gastspiel der Hamburger „Stageart-Musical-School" auf der Dittchenbühne. Karten: 12 Euro, 8 Euro pro Jugendlichen.

Informationen unter Telefon (04121) 89710 oder *www.dittchenbuehne.de.*



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Landbezirketreffen

Sonnabend, 12. Mai: Treffen der Landbezirke Flammberg, Großalbrechtsort, Groß Dankheim, Grünlanden, Klein Dankheim, Montwitz, Neufließ, Rodefeld und Rohrdorf, Alt Werder, Borkenheide (Borken, Eckwald, Eschenwalde, Fröhlichshof, Fröhlichswalde, Glauch, Großheidenau, Hellengrund, Jakobswalde, Kahlfelde, Kannwiesen, Klein Heidenau, Neuenwalde, Neu Werder, Paterschobensee, Radegrund, Röblau, Schrötersau, Treudorf, Wacholderau, Wagenfeld und Waldpusch, Babanten, Bottau, Dimmern, Groß Borken, Haasenberg, Kobulten, Moithienen, Parlösen, Pfaffendorf, Rogenau, Rudau, Ruttkau, Saadau und Waldrode, Finsterdamerau, Freudengrund, Groß Schiemanen, Klein Schiemanen, Korpellen Forstamt, Kutzburg, Maldanen, Materschobensee, Schobendorf, Schobensee, Seedanzig, Wiesendorf, Worfengrund, Anhaltsberg, Geislingen, Malschöwen, Mensguth Dorf, Mensguth Vorwerk, Rummau Ost, Rummau, Samplatten, Stauchwitz, Wappendorf, Kirchspiel Willenberg.

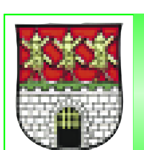


PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Kulturnacht

Itzehoe – Sonnabend, 5. Mai, Haus der Heimat: 16. Itzehoer Kulturnacht.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Deutsch-russisches Ferienlager

Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August: deutsch-russisches Ferienlager für das Alter von elf bis 14 Jahren, der Kreisgemeinschaft Schloßberg in Verbindung mit dem Patenkreis Harburg. In der Jugendherberge Otterndorf gibt es jede Menge Möglichkeiten, die Sommerferien abwechslungsreich zu gestalten. Vom Baden, Wattlaufen, Fahrten durch das Ahlenmoor, den Besuch des Heideparks und der Stadt Hamburg bis hin zu vielen anderen Sportaktivitäten bietet diese Veranstaltung ein attraktives Programm. In der Heimatstube in Winsen gibt es Interessantes über die Geschichte Ostpreußens zu erfahren. Neben Kindern aus dem norddeutschen Raum werden an dieser Veranstaltung auch russische Teilnehmer aus dem Königsberger Gebiet, Schloßberg, dabei sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 220 Euro. Es sind noch einige Plätze frei. Teilnehmer von anderen Kreisgemeinschaften sind willkommen.

Anmeldungen und weitere Informationen bei Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Stinthengstwasserung

Remscheid – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Hindenburgstraße 133: 57. Traditionelle Stinthengstwasserung am Stadtparkteich beim Schützenplatz.

Kirchspieltreffen

Sorquitten – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

Warpuhnen – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Rosenhof 17, 09002 Chemnitz, Telefon (0371) 642448. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit. Am Vorabend, also am Freitag, 25. Mai, findet ein gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr statt mit einem gemütlichen Beisammensein im Anschluss. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner ist LO-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94, EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.

Heimatreise

Die jüngste Heimatreise nutzte Erwin Feige, um besonders der jüngeren Generation die Faszination Ostpreußen nahezubringen. Zu seiner Begleitung zählten auch Sohn und Enkel, denen er die Heimat ihrer Vorfahren erschloss. In zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit dortigen Bürgern und Einrichtungen wurde angesichts der beunruhigenden russenfeindlichen Propaganda ein wertvoller Beitrag zur deutsch-russischen Völkerverständigung geleistet, der im örtlichen Fernsehen große Beachtung fand. Erwin Feiges Enkel Florian brachte in einem Interview seine Genugtuung über die offene, friedliche und verständigungsbereite Haltung gerade der jungen russischen Generation zum Ausdruck. Großes Interesse galt auch den sozialen Einrichtungen in Tilsit. Im Beisein von Oberbürgermeisterin Natalja Soroka wurde dem Rehazentrum für behinderte Kinder „Shemchushina" ein Besuch abgestattet, wo Dimitri Nehring eine persönliche Geldspende überreichte.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Schultreffen

Berlin – Montag, 4. Juni: Hotel Berlin, Alter Weisenweg 11, 29549 Bad Bevensen: Schultreffen der Königing-Luise-Schule. Anreise: 3. Juni, Rückreise: 6. Juni.

Tilsit: Spendenübergabe im Tilsiter Rehazentrum. (Von links) Stadtoberhaupt Natalja Soroka, Direktorin des Rehazentrums Ljubov Grigorjeva, Florian Feige, Dimitri Nehring, Erwin Feige und Andreas Feige Bild: privat

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des barocken Ellinger Deutschordensschlosses ist in den Monaten April bis September, Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet. Von Oktober bis März nachmittags bis 16 Uhr. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Mit einem stimmungsvollen Festakt in der Pfarrscheune feierte die am 28. Februar 1988 gegründete Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern am Sonntag ihr 30-jähriges Bestehen.

Herzlich hieß ich, Rosemarie S. Winkler, als Kreisvorsitzende die zahlreichen Gäste willkommen und hielt fest, dass die starke Liebe und Treue zur Heimat eine „ebenso starke Gruppe von Gleichgesinnten" schuf, der sich auch zahlreiche Einheimische angeschlossen. Nun gelte es trotz rückläufiger Mitgliederzahlen durch Todesfälle, mit unerschütterlicher Zuversicht in die Zukunft zu blicken. In diesem Sinne galt mein Dank neben den Mitgliedern vor allem meinem Gatten Georg A. Winkler, der über die Jahrzehnte auch als „persönlicher Busfahrer" zahlreiche Kilometer sammelte. Posthum dankte ich zudem Eugenie Rupp, ohne die man nicht in der Pfarrscheune sitzen könne.

Die Grußworte eröffnete Dietrich Peiler, Landesgruppe Baden-Württemberg der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Er gratulierte der Kreisgruppe zum Jubiläum und wünschte „gedeihliches Fortbestehen", ehe er die Kreisvorsitzende als „treibende Kraft" bezeichnete und Präsente überreichte. Dem schloss sich Ortsvorsteher Bernd Rathmann an. „Trotz des strukturellen Wandels darf man seine Wurzeln nie vergessen", bemerkte er. Was 1988 im Kleinen begann, habe sich zu etwas Großem entwickelt, auf das man stolz sein könne. „Dabei hat sich gerade Rosemarie S. Winkler Verdienste als 'Brückenbauerin zwischen Ost und West' erworben." Auf „bleibende Werte und die Pflege heimatlicher Kultur und Tradition" berief sich Gudrun Marx, Pommersche Landsmannschaft in Baden-Württemberg, der der Kreisgruppe einen bunten Strauß an Aktivitäten bescheinigte und an den hohen Wert der bewussten Pflege des Heimatgedanken erinnerte. Landrat Dr. Achim Brötel würdigte das Wirken der „agilen und umtriebigen Gruppe", die er als „definitiven Gewinn" bezeichnete: „Die Heimat wird im Herzen bewahrt und nicht wie in einer Monstranz vor sich her getragen", vergegenwärtigte er und umschrieb mit packenden Gedanken den Begriff „Heimat", ehe er das Schaffen der Kreisvorsitzenden lobte, die im Sinne eines Perpetuum mobile mit nachahmenswerter Schaffenskraft und Ausdauer die Gruppe lenke.

Auf die Grußworte folgte ein lockerer Rückblick auf die vergangenen Jahrzehnte. Anstelle einer Chronik kamen sechs Mitglieder der Kreisgruppe zu Wort, die mit zahlreichen Anekdoten lustige Begebenheiten und echte Höhepunkte vor Augen führten. Während Gabi Stobbe an Ausstellungen, die „masurische Winterstube" im Hainstadter Rathaus oder das Plätzchenbacken mit Aussiedlerfamilien unmittelbar nach der Gründung erinnerte, beleuchtete Hannelore Lawrenz den 1990 gegründeten Tanzkreis, der unter anderem beim Buchener Schützenmarktumzug, auf zahlreichen Heimattagen sowie in Treuburg auftrat. Erlebnisse aus den vielen Reisen schilderte Erika Müller; auf informative und gut besuchte Vorträge etwa mit Helmut Brosch, Erna Tietz und Ellen Galda richtete Ursula Firtzlaff ihren Fokus. Weiterbildung stand auch im Zentrum der Studienfahrten, auf die Irmgard Hauck einging: 40 berührende Fahrten nach Ost- und Westpreußen, Schlesien und das Sudetenland stehen Ausflüge in die Niederlausitz, nach Gamburg oder in den Bonner Bundestag gegenüber. Abschließend erinnerte Christa Nuß

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Buchen: Zur Jubiläumsveranstaltung konnten gleich 14 Mitglieder der fast 90 Besucher für ihre 30-jährige Treue ausgezeichnet werden. Außerdem die Kreisvorsitzenden mit dem Vorstand und den Ehrengästen (Bild unten). Gabriele Stubbe, Elisabeth Rathmann, Maria Hendlein und Erika Müller heißen die Küchendamen, die von Anfang an dabei sind und mit Schürze und Blumenstrauß beschenkt wurden Fotos: privat





Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

an bereichernde Begegnungen und zu Herzen gehende Gespräche mit Zeitzeugen.

Nach dem von Heinz Duda am Akkordeon begleiteten Pommernlied „Wenn in stiller Stunde" gedachte man der Verstorbenen sowie allen Opfern des Zweiten Weltkriegs und betete das Vaterunser in ostpreußischem Platt. Erfreut nahm ich die Ehrung zahlreicher Gründungsmitglieder vor: Für jeweils 30-jährige Treue wurden Irma Bräsemann, Willi Buttkus, Christel Elmendorf, Manfred Gotthelf, Irmgard Hebenstreit, Betty Kirstein, Iris Kohout, Erika Kratky, Elke Limberg, Erika Müller, Agnes Siewert, Armin Stobbe, Christel Woelke und Georg A. Winkler ausgezeichnet.

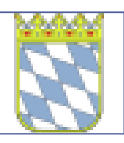
Nach einer Kaffeepause sorgte das aus Holger Bornschier, Joachim Herrmann und Helga Becker-Winkler bestehende „Rosenau-Trio" aus Baden-Baden für beste Unterhaltung.

Rosemarie S. Winkler, Kreisgruppenvorsitzende

Ludwigsburg – Dienstag, 15. Mai, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 5. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Obligatorisches Frühlingsfest der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Reutlingen. Wir laden alle Mitglieder und Freunde unserer verloren Heimat herzlich ein. Mit Kaffee und Kuchen wollen wir bei netter Unterhaltung das Fest einläuten. Es folgt die Begrüßung unserer 1. Vorsitzenden Ilse Hunger. Die musikalische Unterhaltung liegt in den Händen der Professoren-Band der Uni Reutlingen. Mit Frühlingsliedern, Heimatliedern und weiteren bekannten Melodien auch zum Mitsingen werden wir bestimmt einige schöne Stunden beieinander erleben. Kurzvorträge werden wir auch zu hören bekommen.

So bitten wir um zahlreiches Erscheinen. *Ilse Hunger*



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Der neue „Preußen Kurier" 1/2018 ist da, wieder mit einer Mischung aus landsmannschaftlicher Arbeit, Geschichte, Kunst, Literatur und Nachrichten aus der Heimat. Zu beziehen ist dieses Heft unter E-Mail: info@low-bayern.de oder postalisch LG Bayern e.V., Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg.

Altmühlfranken – Freitag, 27. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen einer heimatlichen Käseplatte. Dann bunter Heimatabend mit Beiträgen über und aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und dem Sudetenland.

Bamberg – Mittwoch, 16. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Muttertagsfeier.

Hof – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Treffen zum Thema „Muttertag".

BERICHT

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant „Altdeutsche Bierstube." Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern des letzten Monats. Zuerst stellte Jutta Starosta den Maler Theo von Brockhusen (1882–1919) vor, der in Königsberg an der Kunstakademie studierte und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied der Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung war.

In seinem umfassenden Vortrag „Kurische und Frische Nehrung – Sandhaken an der ost- und westpreußischen Küste" erklärte Christian Joachim den interessierten Zuhörern, wie eine Nehrung entsteht und ging dann auf die Besonderheiten der beiden Landstriche an der Ostseeküste ein. Die Frische Nehrung ist heute ein Naturschutzgebiet, durchgehend mit Kiefernwald bewachsen und die Heimat von über 90 verschiedenen Vogelarten. In der von Wacholder dominierten Pflanzenwelt existieren mehr als zehn Pflanzenarten, die nur auf der Nehrung wachsen.

Die Kurische Nehrung trennt das Haff von der Ostsee. Durch den Kahlschlag im 17. Jahrhundert entstanden die Wanderdünen, die immer wieder Ortschaften unter sich begruben. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es, die Dünen zu bepflanzen und zu stabilisieren. Im zweiten Teil dieser Vortragsreihe wird es am 9. Juni um die auf der Nehrung beheimateten Künstler gehen. Im Anschluss an die Ausführungen tauschten die Anwesenden Erinnerungen über ihre Fahrten auf die Nehrungen aus.

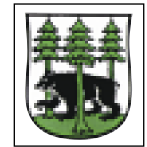
Landshut – Donnerstag, 3. Mai: Mai-Ausflug. – Dienstag, 15. Mai, „Insel": Zusammenkunft mit Essen nach Karte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

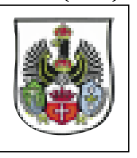
KREISGRUPPEN



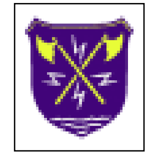
Rastenburg – Sonnabend, 5. Mai, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus", Rohrdamm 24 B, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. Mai, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 11. Mai, 14 Uhr, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



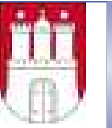
Hof: Vorsitzender Christian Joachim referiert über die Entstehtung und die Bosonderheiten der Nehrung Bild: privat



BREMEN

Bremen – Sonntag, 10. Juni: Tagesfahrt der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zum Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Der Fahrpreis wird subventioniert und ist daher sehr günstig, Gleichwohl ist er abhängig von der Teilnehmerzahl. Interessenten melden sich bitte bei Frieda Banik, der Vorsitzenden der bremischen Gruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Telefon (0421) 8478171 oder 6492368.

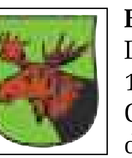
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet unter www.preussische-allgemeine.de



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

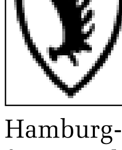
KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 15. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Niendorf: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Nachmittag mit gemeinsamem Kaffeetrinken, Schabbern und mit fröhlichen Vorträgen über den Frühling in unserer Heimat sowie hier in Hamburg rundherum. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft erteilt Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122. Bitte beachten Sie die Mittagsruhe.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



Frauengruppe-Bergedorf – Freitag, 27. April, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Hamburg-Bergedorf: Frühlingsfest, Geschichten, Lieder, Gedichte aus der guten alten Zeit, Kaffee und Kuchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

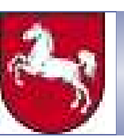
Kassel – Donnerstag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: Lichtbildervortrag „Blaue Berge, grüne Täler – das Riesengebirge“ von Norbert Leder.

Wetzlar – Montag, 14. Mai, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“: Treffen zum Thema „Königsberger Diakonissen“.

Die Abiturientin Julia Haas (Gießen), die sich mit der Lebensgeschichte der ostpreußischen Diakonissen auseinandergesetzt hat, spricht über das Leben der Oberin Charlotte Bamberg. Diese hat nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufbau des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses auf dem Altenberg und in Wetzlar wesentlich geprägt.

Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Mai, Abfahrt 9 Uhr, Busbahnhof am Hauptbahnhof Wiesbaden: Busfahrt zum Dudenhofen bei Speyer. Im dortigen Spargelhof ist eine Führung durch die Spargelfelder; anschließend erwartet Sie ein reichhaltiges Spargelbuffet in der Hofschänke. Wer möchte: Einkauf im Hofladen. Der Fahrpreis beträgt 45 Euro pro Person einschließlich Fahrt, Besichtigung, Mittagessen. Anmeldung bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521. – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen zum Thema „Schiffe rollen über Berge“, Vortrag mit Bildern von Dittmar Langner. Er erzählt vom „Oberlandkanal – gestern und heute“ anhand von authentischem Bildmaterial und durch seine zahlreichen Reisen nach Ostpreußen. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 17. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Maischolle. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens Freitag, 11. Mai, bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Hotel Meiners, Hatterwüsting: Kaffeeplausch. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. Näheres bei Gisela Borchers, Telefon (0441) 2047676.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 12. Oktober 2019, Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf: Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW.

Doch schon vorher, zur Frühjahrstagung der Landesgruppe am 16. März 2019 in Oberhausen, soll eine Festschrift vorliegen, die Darstellungen des kulturellen Erbes Ostpreußens, einen Abriss der west- und ostpreußischen Geschichte, Einzelbeiträge prominenter Autoren, aber auch und vor allem Porträts der Kreisgruppen enthalten wird.

Alle Kreisgruppen in NRW werden daher gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Veranstaltungen, herausragenden Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Redaktionsschluss für die Einsendung der Beiträge ist der 31. Juli 2018. Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den Vorsitzenden der Landesgruppe, Wilhelm Kreuer, E-Mail: kreuer@ostpreussen-nrw.de, gesandt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, müssen dann aber OCR-lesbar sein. Handschriftliche Beiträge können leider nicht verarbeitet werden.

Postalische Zusendungen werden erbeten an die Geschäftsstelle der Landesgruppe NRW.

Düren – Mittwoch, 2. Mai, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Wir begrüßen den Mai“.

Düsseldorf – Donnerstag, 3. Mai, 19 Uhr: Vortrag von Professor Winfried Halder zum 100. Todestag von Manfred von Richthofen (1892–1918) „Ein Held unserer Zeit?“ – Montag, 7. Mai, 19 Uhr: Vortrag und Diskussion mit Stephen Löwenstein, Ungarn-Korrespondent der „FAZ“. – Mittwoch, 9. Mai, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 11. Mai, 18 Uhr, Restaurant „Lauren's“, Bismarckstraße 62: Stammtisch.

Köln – Mittwoch, 9. Mai, 14 Uhr, „Café zum Königsforst“: Treffen. Zu erreichen mit der Linie 9, Endhaltestelle Königsforst. Hinweis: Wir haben mit der Pommern-Gruppe einen gemeinsamen Raum, was bei der schwindenden Zahl unserer Landsleute als Vorteil gesehen werden kann. Dadurch werden die Versammlungen nicht nur interessanter, sondern auch zahlenmäßig größer. Bringen Sie Erinnerungen an unsere Heimat mit.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Schwelm – Sonnabend, 12. Mai, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Singen unter dem Maibaum.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 5. Mai, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Treffen zum Thema „Kriegsgräberfürsorge“. Ein kompetenter Mitarbeiter berichtet. Vor allem die Arbeit in Ostpreußen soll dabei im Mittelpunkt stehen.

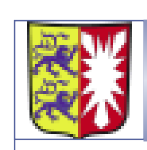
»Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 4. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Das Thema der April-Runde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe war: „Bad Oldesloe – Kistendorf, eine bekannte Adresse“, ein Beitrag, den die Oldesloerin Annalise Zahn 1989 in der Edition „Dieses Land Stormarn“ des Stormarner Schriftstellerkreises veröffentlicht hat. Sie selbst wohnte dort als Flüchtling mit ihrer Familie.

Einige Teilnehmer erinnerten sich noch gut an „Kistendorf“ an der Hamburger Straße, wo sich heute eine Tankstelle und Auto-Häuser befinden.

Kistendorf bestand aus vier zweigeschossigen und einigen eingeschossigen Baracken, die 1943 nach dem Bombenangriff auf Hamburg für die Hamburger errichtet und mit einfachen Tannenholzmöbeln ausgestattet wurden. Die Menschen hatten ihre Wohnungseinrichtungen verloren – genau wie die Flüchtlinge, die ab 1945 dort untergebracht werden konnten.

Anschließend sprach Boris Makarowski über Kochrezepte aus Ostpreußen von berühmten Köchen, aus bekannten Restaurants und aus Gutsküchen wie die vom Gut Schlobitten. Als Beispiel nannte er die Sauerampfer-Suppe, die mit Geflügelbrühe und gekochten Eiern zubereitet wurde. In der Aussprache ging es dann weiter mit Familienrezepten aus der heimatlichen Küche.

Gisela Brauer

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. Mai, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Treffen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ zu ihrem letzten Nachmittag vor der Sommerpause.

Der Heilpraktiker Gerhard Salzmann aus Lensahn wird einen Vortrag über das Thema „Schnell wieder frisch, vital und munter durch Salzmann's Energie und Kraftatmen“ halten. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag, 11. Mai, 11.30 Uhr Delfter Stuben, Flensburg-Mürwik: Spargelessen. – Freitag, 18. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagesausflug der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Abfahrten der Bustour ab ZOB Holmpassage 12.40 Uhr, ab Markthalle auf der Exe 12.30 Uhr. Rückkehr gegen 18 Uhr. Kosten je Person 25 Euro. Unter der Reiseleitung von Hans Legies führt die Fahrt durch Angeln und Schwansen (nur auf unbekannten Wegen). Es gibt eine Kaffeetafel.

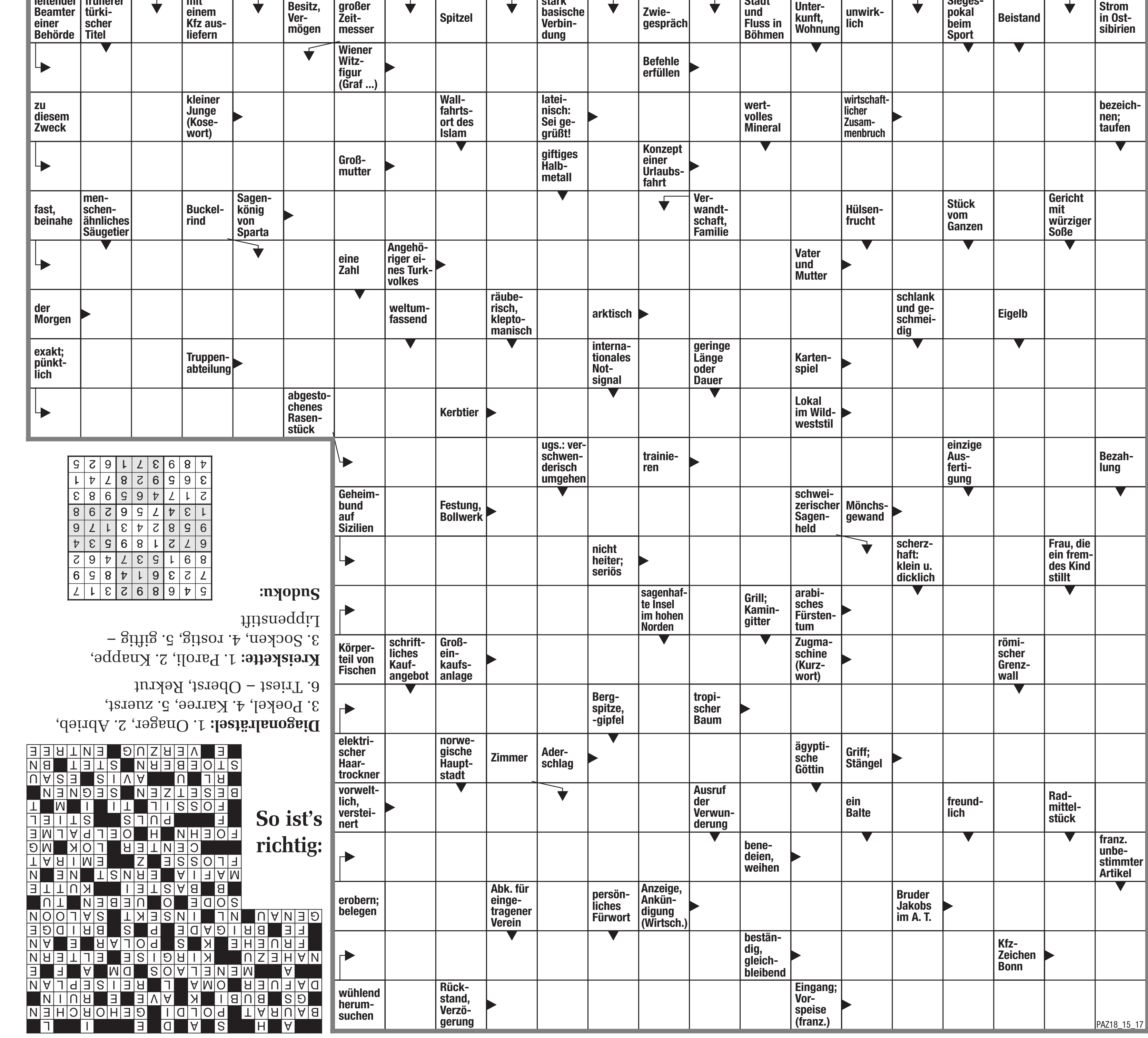
Neumünster – Die Landsmannschaft der Ost-und Westpreußen, Gruppe Neumünster, traf sich am 11. April zu einem Bildervortrag mit der Fotografin Monika Krebs zum Thema „Bekannte Persönlichkeiten von Film und Theater, die in Neumünster ein Gastspiel gaben“. Es sind wieder sehr gute Aufnahmen in schwarz-weiß aus dem Nachlass vom Stadtfotografen Walter Erben zu sehen.

In den Jahren nach 1945 diente die Tonhalle, ab 1964 das „Corso-Theater“ in Tungendorf, als Theater und als Veranstaltungssaal. Im Jahre 1986 wurde am Kleinflecken die Stadthalle gebaut, die heute das Vorzeigeschild der Stadt ist.

Monika Krebs zeigte auf der Leinwand bekannte Stars wie Curd Jürgens, der wieder mal mit einem Gastspiel auf der Bühne zu sehen war.

Zu den einzelnen Persönlichkeiten verlas sie kurze Ausschnitte aus den Theaterkritiken von

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Sudoku

	4		8	9	2		1	
7		3	6		4	8		9
		2	1		9	5		
	5						7	
		4	7		6	2		
3		5	9		8	7		1
	8		3	7	1		2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

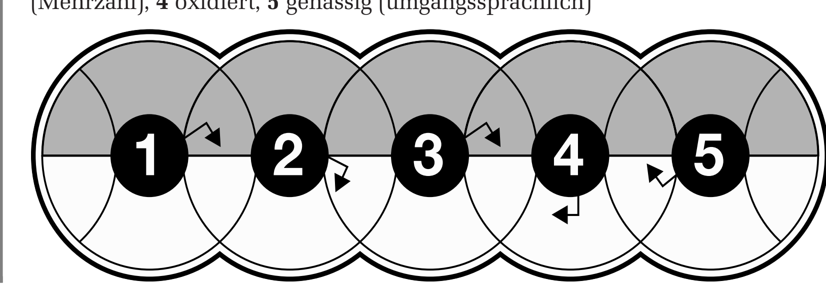
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Dienstgrade.

1 asiatischer Halbesel
2 Verschleiß, Abnutzung
3 Lake, Salzlösung
4 Viereck
5 anfangs, vorab
6 italienische Stadt an der Adria

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kosmetikartikel.

1 Begriff beim Pharaospiel, 2 Bergmann, Ritterbegleiter, 3 Fußballbekleidung (Mehrzahl), 4 oxidiert, 5 gehässig (umgangssprachlich)



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Karin Hartmann. Es waren Bilder von Stars vor und hinter der Bühne zu bewundern, Gespräche wurden in der Maske geführt, Gustav Knuth gab in der Garderobe eine kleine Privatvorstellung. Der Neumünsteraner Heinz Reincke aus der Schwalbenstraße war hier öfters Gastschauspieler – auch zu Lesungen zu hören aus seinen Büchern mit einem Gläschen Rotwein auf dem Lesepult!

Bestaunen in Spiel und Auftritt konnten wir Elisabeth Flickenschild in dem Stück – „Besuch der alten Dame“. Immer lustig und vergnügt Walter Giller, Cornelia Froboess noch als junge Mädchen, Marika Rökk in „Maske in Blau“, Nadja Tiller, Elke Sommer, Götz George, Lieselotte Pulver und Ehemann Helmut Schmidt, Marianne Hoppe, Agnes Fink, den charmanten Josef Meinhardt, Martin Held, Rudolf Schock, Günter Lüders, Ellen Schwiers und viele andere. Auch ein so wundervoller Nachmittag geht zu Ende. Bei Monika Krebs bedankten wir uns, und mit dem Westpreußen- und Ostpreußenlied verabschiedeten wir uns.

Brigitte Profé

Uetersen – Freitag, 11. Mai: Frühling und Muttertag. Wir singen Frühlingslieder. Sabine Mennerich begleitet uns am Flügel. Dazwischen lesen Teilnehmer passende Texte vor.

Laudatio für Heinz Scheffler

Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht das Goldene Ehrenzeichen

Heinz Scheffler wurde am 24. März 1928 in Rhein, Kreis Lötzen, in Ostpreußen als Sohn von Emil und Emilie Scheffler geboren. 1935 zog die Familie nach Königsberg um. Seine glückliche Kindheit endete jäh, als Heinz Scheffler mit 16 Jahren im August 1944 die beiden verheerenden britischen Bombenangriffe auf die ostpreußische Hauptstadt erlebte und als Kradmelder bei der Polizei eingesetzt wurde.

Im Januar 1945 führte die russische Großoffensive zu einer Einkesselung der Provinz Ostpreußen. Als Reserveoffizieranwärter hat Scheffler ab Januar 1945 Königsberg verteidigt. Nach der Kapitulation des Festungskommandanten Lasch am 9. April geriet er am 17. April 1945 in russische Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung im November 1948 ging er nach Bad Urach.

1951 gehörte Heinz Scheffler zusammen mit seiner Mutter zu den Gründungsmitgliedern der Ortsgruppe der Ostpreußen in Bad Urach. In dieser Zeit besuchte er das „Staatliche Technikum für Textilindustrie“ in Reutlingen und legte im Juli 1952 die Prüfung zum Textil-Techniker ab. Bis 1963 arbeitete er in verschiedenen Webereien als Webmeister. Nach dem Niedergang der Textilindustrie wechselte er in die Metallindustrie und trat 1965 in der Robert-Bosch-GmbH, Geschäftsbereich Junkers, Werk Neckartenzlingen, als Sachbearbeiter in der Auftragsbearbeitung ein. Später arbeitete er als Koordinator und war verantwortlich für die gesamte Materialwirtschaft des Werks mit bis zu 700 Mitarbeitern. Im März 1992 wurde das Werk geschlossen und Scheffler ging in den wohlverdienten Ruhestand.

Heinz Scheffler ist seit dem 28. August 1954 mit seiner Frau Ilse, geb. Ernst, aus Metzingen verheiratet. Tochter Karin Scheffler wurde am 23. Juli 1955 geboren. Beruflich und familiär bedingt erfolgte 1954 der Umzug von Bad Urach nach Metzingen, wo Heinz Scheffler zahlreiche Ehrenämter ausübte: von 1956 bis 1998 hatte er bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) verschiedene Ämter inne, unter anderem Bezirksrevisor im Bezirk Neckar-Alb, Vorstandsmitglied in der Metzinger und Ermstal-Ortsgruppe und Mitglied im Bezirksvorstand. In der Zeit von 1973 bis 1993 wirkte er als ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht in Stuttgart.

Foto: privat

Im Jahre 1991 nahm Heinz Scheffler Kontakt zur Metzinger Landsmannschaft auf. Während einer Ostpreußenreise besuchte er gemeinsam mit seiner Frau auch die Geburtsstadt Rhein. 1992 trat er in die Metzinger Ortsgruppe der Ost-, Westpreußen und Pommern ein. Drei Jahre später organisierte Scheffler selbst eine Ostpreußen-Reise mit dem damaligen Vorsitzenden. 1996 wurde er in den Vorstand als Beisitzer, später als 2. Vorsitzender gewählt, um im Jahre 2000, nach dem Tod des Vorsitzenden, kommissarisch die Leitung des Vereins zu übernehmen. Im gleichen Jahr organisierte er eine zweite Reise in das süd- und nördliche Ostpreußen. 2002 wurde Heinz Scheffler zum 1. Vorsitzenden der Ostpreußengruppe gewählt. Dieses Amt übt er bis heute aus.

2005 organisierte er eine dritte Ostpreußenreise zur 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg mit 40 Personen, unter ihnen Metzinger Schwaben. Auch in den folgenden Jahren hat er etliche Reisen in seine Heimat veranstaltet. 2010 organisierte Heinz Scheffler die 60-Jahr-Feier der Landsmannschaft mit Oberbürgermeister und Stadträten und 2015 die 65-Jahr-Feier mit Oberbürgermeister, Stadträten und Gästen. Im gleichen Jahr fand eine Veranstaltung zum 70-jährigen Kriegsende – Gedenkfeier am 8. Mai – mit Oberbürgermeister Fiedler am Gedenkstein der Heimatvertriebenen statt. Zudem konnte Scheffler seine Kriegserlebnisse „Als Sechzehnjähriger in den Krieg! Erinnerung eines Königsbergers an die Jahre 1944 bis 1948“ veröffentlichen.

Die Pressearbeit der Ostpreußengruppe wurde während seiner Amtszeit dank der guten Zusammenarbeit mit Gerda Haushalter wesentlich verbessert, sodass zahlreiche Gäste, regelmäßig auch der Oberbürgermeister, insbesondere am Herbstfest, Totengedenken am Gedenkstein der Heimatvertriebenen und am Weihnachtsfest teilnehmen. In den 18 Jahren seit seinem Amtsantritt gab es viele Aktivitäten unter Schefflers Vorsitz. Er betont stets, dass er zusammen mit seinem Vorstand ein gutes Team bilde. Leider musste die Volkstanzgruppe aus Altersgründen aufgelöst werden. Sie war das Aushängeschild der Metzinger Landsmannschaft und trat nicht nur in ihrer Heimatstadt, sondern in ganz Baden-Württemberg und anderen Bundesländern auf.

Für seine vielfältigen Aktivitäten wurde Heinz Scheffler mehrfach ausgezeichnet: Im September 1944 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse für seinen siebentägigen Einsatz als 16-Jähriger während der Luftangriffe der Briten im August 1944 auf Königsberg als Kradmelder bei der Polizei. 1995 wurde er vom Land Baden-Württemberg mit der Landesehrennadel für 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit am Arbeitsgericht in Stuttgart ausgezeichnet. 2006 erhielt er das Silberne Dankabzeichen und zwei Jahre später das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen Baden-Württemberg. Das Silberne Ehrenzeichen der Bundeslandsmannschaft Ostpreußen wurde Scheffler im Jahre 2010 verliehen.

In Würdigung seiner außergewöhnlichen Leistungen und seines vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Heinz Scheffler das Goldene Ehrenzeichen.

Uta Lüttich

Wissen Sie's?

Spielfragen aus „Reise durch Ostpreußen“



Auf Ihrer Reise durch Ostpreußen werden Sie Fragen beantworten, die Sie nicht nur auf der Punkteskala voranbringen, sondern Sie auch über Ostpreußens Geografie, Geschichte, Literatur sowie über Land und Leute informieren.“ So heißt es in der Spielanleitung zum strategischen Gesellschaftsspiel für die ganze Familie. Auf dem 60 x 60 cm großen Spielfeld können einzelne Orte Ostpreußens problemlos gefunden werden, sodass ein Reisen durch Ostpreußen – wenigstens mit den Spielfiguren – ermöglicht wird.

In loser Folge wollen wir die eine oder andere Frage aus dem Spiel veröffentlichen und in der jeweils nächsten Ausgabe die Antwort dazu geben. Also raten Sie gerne mit. Bestellen können Sie das Spiel telefonisch unter (040) 4140080.

Ohne ausländische Ärzte wäre es um das Gesundheitssystem schlecht bestellt

Zu: Tod eines Säuglings (Nr. 13)

Die Problematik der ausländischen Ärzte ist gegeben, keine Frage. Aber wie der Autor zu der Aussage kommt, es gäbe keinen Ärztemangel in Deutschland („die Mär“) außer vielleicht auf dem Land, ist leider komplett falsch.

Doch, wir haben einen massiven Ärztemangel in Deutschland, sowohl im Assistenzarztbereich als auch noch viel mehr bei den Fachärzten. Als Chefarzt überblicke ich das sehr gut. Ja, die Menge an Ärzten hat zugenommen, aber die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten zehn Jahren massiv verändert. Wo früher von jungen Ärzten 24 Stunden Dienst geleistet wurde (wir hatten 32 Stunden), erklärt uns heute ein Arbeitszeitgesetz, dass man so lange aber nicht arbeiten kann/darf. Ergo brauche ich für die Dienstabdeckung mehr Ärzte.

Die massive Ökonomisierung führt dazu, dass die Regeleingriffe zum Beispiel im OP auch zwischen 16 und 23 Uhr geleistet werden, was oft über eine weitere Schicht organisiert wird – also sind wieder mehr Ärzte nötig. Die Medizin wird weiblich, und spätestens, wenn Kinder da sind, wird sehr oft die Arbeitszeit reduziert (nachvollziehbar und gut für die Kinder), aber so benötige ich für eine Vollzeitkraft plötzlich zwei Ärztinnen, wenn sie nur auf einer halben Stelle arbeiten.

Der Generationswechsel in den Praxen steht an, im „Westen“ ein gutes Drittel, im „Osten“ mindestens zwei Drittel, da hier viele Kollegen mit der „Wende“ in die Niederlassung gegangen sind und jetzt das Rentenalter erreichen. Viele Krankenhausärzte gehen durchaus noch in die Niederlassung, teilen sich aber die Arbeit, das heißt für eine Praxis gehen zwei Ärzte aus der Klinik.

Sogenannte „Qualitätsvorgaben“ verpflichten Kliniken, in immer mehr Bereichen nicht einen Spezialisten für ein Gebiet X vorzuhalten, sondern mindestens drei oder mehr. Das saugt die Fachleute an die „attraktiven“ Orte, und das ist meist nicht der ländliche Raum. Sogar in Bayern haben Kliniken außerhalb der Landeshauptstadt München zunehmend Personalprobleme, und selbst in Berlin schrumpft die Bewerberlage zusehends, wenngleich es noch Bewerber gibt.

Unser medizinisches System – das, obwohl chronisch schlecht geredet, eines der besten der Welt ist – funktioniert als immer schneller drehendes Hamsterrad deshalb, weil Ärzte der älteren Generation sich dem Patienten verpflichtet fühlen (deshalb bin ich auch Arzt und kein Mediziner). Ob das mit der Arbeitseinstellung (Work-Life-Balance, Medizin ist nur ein Job, etc.) der nachkommenden Generation auch so sein wird, bezweifle ich.

Und auch wenn ich, wie eingangs geschrieben, die Probleme mit ausländischen Ärzten kenne und bestätigen kann, so haben sich doch auch viele dieser Kollegen durch Fleiß in unser Gesundheitssystem eingearbeitet, sind wichtige Stützen des Systems geworden und haben oft kein Problem, wenn die Arbeit mal wieder etwas mehr ist oder länger dauert.

Dr. med. Sven Armbrust, Neubrandenburg

Russischer Stolz

Zu: Putins wahre Konkurrenten (Nr. 12)

Zum Glück Europas hat Russlands Staatspräsident Wladimir Putin zurzeit keine Konkurrenten. Schon seit zaristischen Zeiten sind es die Russen gewohnt, geführt zu werden. Daran hat auch die Oktoberevolution nichts geändert. Es haben nur die Führer gewechselt, die mit gleicher Menschenverachtung weitergemacht haben. Eine Demokratie, wie es sich die Europäer in Russland wünschen, bleibt vorerst nur ein Traum.

Demokratie, die Freiheit, setzt Eigeninitiative voraus, die erlernt werden muss. Die Russen sehnen sich nach alter Weltmacht ihres Landes zurück. Eine Russin in St. Petersburg sagte mir, dass etwa zwei Drittel der Menschen Putin mögen, weil er das Land national und international mit starker Hand führe. Das bringe ein wenig von dem alten Stolz zurück.

Das verkehrteste, was der Westen den Russen antun kann, sind Sanktionen. Nicht weil sie ihnen schaden, sondern weil die Russen sich an ihre eigenen Kräfte erinnern. Stalingrad, Moskau schon vergessen? Die Menschen wachsen mit ihren Herausforderungen. Gegenwärtig lösen sie etliche Landwirtschaftsimporte durch eigene Produkte ab und erhöhen das Außenhandelsvolumen mit den USA durch die Hintertür um zehn Prozent zulasten des Europahandels.

Wie in den meisten Ländern, so ordnen sich auch in Russland die Menschen letztendlich unter, weil es bequem ist und sie sich sagen, wir haben sie ja auch gewählt. Prägnant wurde in dem Artikel herausgearbeitet, welche Gefahr von den Kommunisten und Faschisten in Russland ausgeht.

Wenn das arrogante Europa Russland in die Knie zwingt und es dem Volk schlecht ergeht, bleibt die Hoffnung der Russen bei den Extremisten hängen. Dann Gnade uns Gott! Gerade Deutschland sollte alles daran setzen, mit dem Bären friedlich nebeneinander zu leben.

Ein russisches Leben für das Vaterland hat keinen hohen Stellenwert. Ich erinnere mich, dass bei militärischen Übungen des Warschauer Vertrages immer Lkw mit Zinksärgen hinterherfuhren. Selbst in Friedenszeiten stand die Erfüllung des Kampfauftrages vor dem eigenen Leben. Ich habe es gesehen, wie Mannschaftsdienstgrade wegen geringer Vergehen von den Offizieren fast erschlagen wurden.

Den Schlusssatz des Artikels sollten sich alle Unwissenden, Vergesslichen oder Verantwortungslosen ganz dick hinter die Ohren schreiben.

Peter Karstens, Eckernförde

Respekt für Orbán

Zu: Ungarns Signal an Brüssel (Nr. 15)

Die genannten Reaktionen der EU waren doch wohl zu erwarten gewesen. Wenn es freilich noch eine Realpolitik in diesem Europa gäbe, dann hätte man schon vor drei Jahren Orbán mit Orden und Ehren überhäufen und dem ungarischen Volk dafür danken müssen, dass der Asylantenwahnsinn nicht Europa sofort überflutet hatte. Denn gerade dieses Volk hat genügend historische Erfahrungen machen müssen, die aus einem fremden Joch durch den Ansturm fremder Völker resultieren.

Dass ein ähnliches Schicksal schon damals nicht ganz Europa erdulden musste, das ist unter anderem den Helden vor Wien 1529 und 1683 sowie einem polnischen König mit Namen Jan Sobieski zu verdanken gewesen.

Doch dieser Realitätssinn ist längst von verantwortungslosen Leuten, die sich „Politiker“ nennen, zugunsten eines ideologieträchtigen Irrsinns verkauft worden. Und so präsentiert sich die EU weiter als Zuchtmeister, der sich mit den hohlen Phrasen von „Demokratie“ und „Meinungsfreiheit“ schmückt und gleichzeitig jegliche Abweichungen von einem vorgegebenen politischen Diktat bestraft.

Manfred Kristen, Freital



Alleingelassen im Altenheim: Pfleger behandeln die Senioren oft nur nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Solange der Staat die Finanzierung den Familienangehörigen überlässt, sind alle diesem System ausgeliefert Bild: Imago

Was dazugehört

Zu: Welcher Islam? (Nr. 13)

Gibt es mehrere Islams? Nein, es gibt nur einen Islam, und der gehört nicht zu Deutschland. Auch die Moslems – bis auf eine kleine Minderheit – gehören nicht zu Deutschland. Die Grundpfeiler von Deutschland sind auf der Lehre von Jesus Christus aufgebaut, und unsere geistige Gabe verdanken wir auch dem klassischen Altertum.

Barbara Koerber, Gräfenberg

Das lukrative Geschäft mit den Pflegeheimen

Zu: Pflegeregress in Österreich ausgesetzt (Nr. 15)

Wenn man den Gesundheitsminister Jens Spahn einmal nur für vier Wochen inkognito in einem Altenheim an einen Rollstuhl anbindet – nur für den Fall, dass er davonrennen möchte –, dann wette ich, dass er fortan die Würde des Menschen als unantastbar verteidigen wird und die Komplett-Versorgung unserer Eltern zur Chefsache erklärt und ab sofort in staatliche Obhut holt.

Als Vorbild seien hier die Niederlande gelobt, die ihre alten Menschen ohne Ausnahme staatlich garantiert versorgen. Und in Deutschland? Nicht nur dass junge Leute auf alte Leute neidisch sind, da sie vielleicht mit der Rente ein Auskommen hätten. Nein, die Alten leiden auch, weil das Berufsleben auch ohne Digitalisierung eine Tortur und ein Fluch ist. In Holland braucht sich kein Mensch ab 50 Jahren mit der Horrorvorstellung abfinden, im Alter als Profitobjekt der Willkür und Launen der auf Gewinnoptimierung ausgelegten Geschäftsführungen der Altenheime und dem angelernten Pflegepersonal ausgeliefert zu sein.

Wenn deutsche Politiker mit dem Finger auf andere zeigen und die Menschenrechte verletzen, muss sich jeder mal die Zustände im eigenen Land vor Augen halten, sie hinterfragen und auch mal hinter die Kulissen schauen.

Es gibt nach meiner Meinung Lebensbereiche, die nicht delegiert, sondern in staatliche Obhut gehören. Man kann nicht die Alten, ganz egal, was für eine Lebensleistung sie erbracht haben, auf Gedeih und Verderb den marktwirtschaftlichen Kriterien unterwerfen. Mit einem Haustier haben es die Menschen einfacher, fürsorgliche Gefühle zu erwecken.

Das Betreuungsgesetz steht auf dem Prüfstand. Es zerstört das Vermögen und steht der Familie entgegen. Unkontrollierte Betreuer gehen mit der Lebensleistung eines Menschen um, als sei es nichts als Dreck. Man kann jetzt nur noch sarkastisch, ironisch und traurig werden.

Die Finanzinvestoren haben die Alten entdeckt, die ihnen schon nach wenigen Jahren das Geldsäckel füllen. Sollte sich ein staatlicher Schnüffler anmelden, hängt man ein Schild hin: Pflegeheim nur mit Atemmaske betreten, wegen der ansteckenden Keime.

Ja, Altenheime zu betreiben, ist eine lukrative Sache. Wie schön, dass auch Politiker alt werden, aber sicher haben sie anders vorgesorgt.

Gudrun Piel, Witten

Mit welchen phantasievollen Mitteln die Alliierten Deutschland kleinhalten wollten

Zu: Zäsur war schon 1871, nicht erst 1933 oder 1939 (Nr. 10)

Wenn man die literarischen Produkte einer ganzen Serie von Autoren sichtet, bekommt man die Vorstellung von einer wahnsinnigen Zerstörungshysterie, die während des Krieges in den USA und in Großbritannien geradezu gegen Deutschland gezüchtet worden ist.

So schrieb der Engländer E. O. Lorimer, dass man eine Reihe autonomer deutscher Kleinstaaten schaffen und die deutsche Schriftsprache zugunsten der regionalen Dialekte abschaffen müsse. Der Amerikaner Maurice Leon Dodd propagierte den alten Plan des Generals Foch hinsichtlich einer Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland. Ein gewisser Charles Heartman gab in seiner Flugschrift die radikale Parole aus: Nach diesem Krieg darf es kein Deutschland mehr geben! Er verlangte die vollständige Auslöschung der deutschen Nation. Ein kleiner Rest, den man „entweder Hannover oder Neuland“ nennen sollte, könne bestenfalls übrigbleiben. Er griff dabei zurück auf einen Plan, der während des Ersten Weltkrieges ausgeheckt worden war und von Deutschland damals nichts übrig lassen wollte als eine kleine ohnmächtige Provinz „Thüringen“.

Auch ein Kanadier namens Lionel Gelber forderte die Zerstückelung Deutschlands. Der Engländer Paul Einzig befürwortete die vollständige Demontage der Industrie, vor allem der Werkzeugmaschinenindustrie, wobei die freiwerdenden deutschen Arbeiter als Kolonialsklaven verwendet werden sollten. Der Engländer Duccan verlangte, dass die junkerlichen Güter und die deutsche Schwerindustrie nicht einfach ihren Eigentümern abgenommen, sondern dass sie zerstört werden müssten, wobei er sich ausdrücklich von einer Gruppe von Engländern distanzierte, die den Plan der Sterilisierung von 40 Millionen männlicher Deutscher, „zehn Minuten pro Sterilisation mit einem Kostenaufwand von fünf Millionen Pfund Sterling“ entworfen hatte.

Der ehemalige langjährige US-Handelsattaché in Berlin, Douglas Miller, schrieb in einem Artikel der „New York Times“, dass es untragbar sei, weiterhin 70 Millionen Deutsche im Herzen Europas leben zu lassen: „Deutschland muss von der produktiven Mitarbeit in der Nachkriegszeit ausgeschlossen werden. Alle Transportmittel sind fortzuschaffen, Metall und Maschinenlager mit Beschlag zu belegen, strategisch wichtige Eisenbahnlinien sind in der Hand der Siegermächte zu halten. Die künftigen Grenzlinien seien so zu ziehen, dass die Kohlen und Erzgebiete im Osten und Westen außerhalb der Reichsgrenze liegen. Die Häfen und die Grenzen sind so zu bewachen, dass Maschinen und Metalle nicht in das Reich hineinkommen.“

Außerdem müssen Deutschland „gezwungen werden, sich lediglich auf Ackerbau und eigene Ernährung zu beschränken. Die deutschen Städte müssten entvölkert werden. Die Bevölkerungszahl solle gewaltsam niedergedrückt und die deutsche Jugend zur Auswanderung in fremde Länder gezwungen werden.“

30 Millionen Deutsche sollten durch Hunger auf der Strecke bleiben. Es liegt auf der Hand, dass solche wahnwitzigen Hassausbrüche in den USA und England von den Nationalsozialisten auf das Gründlichste ausgeschlachtet wurden und zugkräftige Propagandaschlager für Goebbels lieferten.

Der Gedanke, Deutschland in mehrere oder viele unabhängige und miteinander rivalisierende Staaten aufgeteilt zu halten, hatte eine lange Vorgeschichte. Es war ein Hauptziel der französischen Politik von Richelieu bis zu Napoleon III. und Clemenceau sowie Reynaud (in seinem Arbeitszimmer hing im Januar 1940 eine Karte mit einem restlos zerstückelten Deutschland als Kriegsziel). Diese Gedankengänge wurden wesentliche Bestandteile der anglo-amerikanischen Kriegszielpolitik. In diesem Zusammenhang sollte man sich Stalins Armeebefehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 ins Gedächtnis rufen: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Noch 1948 waren bayrische (Dr. Hundhammer, Dr. Baumgartner, Fischbach), saarländische und pfälzische Separatisten bereit – mit finanzieller Förderung Frankreichs – eine katholische Donauföderation, den Anschluss des Saarlandes an Frankreich und eine von Frankreich abhängige Rhein-Union zu bilden.

Markus Krämer, Allendorf

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ausfahrt zum Schwarzen Meer

Das Donaudelta gilt als das Amazonasgebiet Europas – Im Biosphärenreservat leben faszinierende Tiere – und Menschen

In Rumäniens ungezähmtem Donaudelta folgen Mensch und Natur ganz eigenen Gesetzen. In den Dörfern hadert man mit der Obrigkeit und der neuen Zeit.

Wenn das der Heilige Georg sehen würde, der Drachentöter und Namenspatron des Südarms: eine monotone Wasserautobahn, auf der ein Schnellboot mit der Schickeria in Partylaune vorbeibraust, in deren Fahrrinne Plastikflaschen dümpeln, wo am Ufer wild gezeltet wird und wo Lagerfeuer kokeln. Dazu haben Hotelboote eingangs des Georgskanals festgemacht, ein paar Bootsminuten von Tulcea entfernt, dem Tor zum Donaudelta, dem letzten Donauhafen vor der Mündung – eine Autobahnraststätte wäre keine schlechtere Wahl. Da, ein Autobahnschild: Noch 37 Kilometer zum Schwarzen Meer, die letzten von 2857.

Hinter der nächsten Kurve ist schon alles anders. Vom Arm des Drachentöters geht es links ab ins Labyrinth der Seen, Nebenarme, Auwälder, Riedzonen und Seerosenteppiche. Das Schilfrohr ragt wandhoch aus dem Wasser. Libellen tanzen, Moskitos schwirren, hier staksen Seidenreiher, da Weißstörche, später werden die Frösche zur Freilichtoper bitten, links und rechts ist alles grün, ein europäischer Amazonas.

Über den Bäumen kreisen die ersten Rosapelikane. Fischer mit Ruderbooten inspizieren ihre Reusen. Auf dem Festland zeigen sich Rehe, dann, in 30 Meter Entfernung, schwimmen auf dem Uzlina-See über 100 Pelikane. Das Schiff nähert sich ihnen geräuschlos. Als der Schiffsmotor der „River Lord“ wieder aufheult, fliegen die Vögel fort.

Rund 2500 Paare Rosapelikane nisten im Delta – die Hälfte des europäischen Bestands. Der Donau wirres Ende: eine Schatzkammer für Ornithologen. 331 Arten kommen im Delta vor, 174 davon brüten dort.

Die Tour mit dem überdachten Pontonboot für ein Touristen-Dutzend hat der Seemann aus Konstanza organisiert. Die „River Lord“ hat er in Holland gebraucht gekauft. „Ich bete jeden Tag, dass der Motor nicht den Geist aufgibt“, sagt der Kapitän.

Das Delta der Donau, die größte Schilfzone weltweit und UNESCO-Weltnaturerbe, ist ein Puzzle aus Biotopen, von Röhrichtzonen, Seen, Lagunen, Flussarmen und Kanälen über Auwälder, Trockenwälder und Feuchtwiesen bis hin zu steppenartigen Dünen und Strombänken.

82 Prozent der 5800 Quadratkilometer Delta-Fläche liegen in Rumänien, der Rest gehört der Ukraine. Der nördliche, 120 Kilometer lange Chilia-Arm bildet die Grenze. Der mittlere Arm wurde vertieft und begradigt und verkürzte sich so von 92 auf 64 Kilometer. Heute ist der Sulina-Arm eine schnurgerade Wasserschnellstraße.

Der Ort Murighiol liegt 40 Kilometer südöstlich von Tulcea. Wie es sich in Europas grünem Hinterhof lebt, studiert man bei George Valcu in dem 1400-Seelen-Dorf am urwüchsigen Georgsarm im Süden des Deltas. Durch den Garten seiner Pension watscheln zwei Peking-Enten, einst zum Verzehr angeschafft, bis Gäste eindringlich um Schonung baten. „Jetzt kacken sie jeden Tag unter den Frühstückstisch“, seufzt der korpulente 40-Jährige.

Auf dem Mittagstisch der Familie Valcu steht noch Ciorba de peste – Fischsuppe. Den Wels hat am Vortag ein Nachbar gestiftet. Valcu hat seine Pension vom Staat zertifizieren lassen, während andere im Dorf es vorziehen, schwarz zu vermieten. 2009 hat der rührige Vater zweier Kinder die Pension „2 Sturioni“, zu Deutsch „Zwei Störe“, eröffnet. Zuvor war er mal Barmann, mal Kellner, schließlich zwei Jahre in Amsterdam Möbelrestaurator. Als das zweite Kind zur Welt kam, war es Zeit, nach Murighiol heimzukehren.

Die Dorfökonomie speist sich aus dem Geld der Urlauber, einem Schuss Improvisation und Gesetzlosigkeit sowie den Dividenden der Natur. Die Minze für den Tee kommt aus dem Garten, der auch das Gemüse liefert, Fisch ist immer da. Pro Tag und Familie dürfe er vier Kilo angeln, „holst du sieben Kilo raus, sagt auch keiner was“, erzählt er kettenrauchend.

Die Frage, ob es unter Ceaucescu besser war, beantwortet Valcu wie aus der Pistole geschossen mit dem Englischen „Absolutely!“. Da ist wieder der alte Ostblock-Refrain: Damals habe jeder Arbeit gehabt. Heute sei die Korruption unerträglich. Im globalen Vergleich von „Transparency International“ lag das EU-Mitglied 2015 auf Platz 58, hinter Ghana und vor Oman und Lesotho.

Sechs Uhr früh: George hat einen Fischer mit Motorboot an den Pier von Murighiol beordert. Tiberius Ascente rast mit 50 Sachen über den 200 Meter breiten Georgsarm, bald links ab in das Adersystem schmaler Wasserwege durch das Röhricht. Der sonnengegerbte 43-Jährige sagt, er habe keinen Job, also sei er Fischer. Weil die Fischerei nicht viel hergibt, fährt er Bootstouren.

Geboren im Delta, habe er schon mit vier Jahren das Bootsfahren gelernt. Damals, unter dem roten Stern, stattete der Staat seine Fischer mit Booten, Netzen und Stiefeln aus. Der Einheitslohn bot keinen Grund, die besten Fischgründe für sich zu behalten. Und so lautet Tiberius Lob der „guten alten Zeit“ dann auch: „Das Leben unter Ceaucescu war besser. Das Geld war zwar knapp, aber jeder hatte einen Job.“

Wenigstens laut Plan. Zum Beispiel in der nie fertiggestellten Glasfabrik in Caraorman. Rumäniens KP hielt es unter der Führung des „Titans der Titanen“ –Nicolae Ceaucescu – für eine treffliche Idee, diesen abgelegenen Winkel des Deltas ans Industriezeitalter anzudocken. Unvollendete dreistöckige Betongerippe künden von dem Bauvorhaben. Heute dösen Kühe und Pferde im Schatten der Fabrikleiche.

Caraorman, gebaut auf einer Sanddüne, ist ein drei Kilometer langes Straßendorf mit Plumpsklos. Der Strommasten am Straßenrand haben sich Störche bemächtigt. Ein paar Autos brettern durch das Dorf, Kennzeichen hat keines, wozu auch. Der Ort hat bis heute keine Anbindung an das Straßennetz. Das Ende Europas – es hat eben seine eigenen Gesetze.

Kai Althoetmar



Flugstart einer aufgescheuchten Masse: Rosapelikane im Donaudelta Bild: Goliath

Reisetipps fürs Delta

Die Bahnfahrt von Bukarest nach Tulcea kostet um die 15 Euro (einfache Fahrt). Fahrtdauer: fünf bis sechs Stunden. Weiterfahrt von Tulcea nach Murighiol mit dem Linienbus (Umsteigen am Busbahnhof), Fahrzeit zirka eine Stunde. Die Anreise mit dem Auto von Bukarest erfolgt über die E81 (mautpflichtig) nach Cernavoda, von dort über die DJ223 bis Tulcea (zirka 300 Kilometer, die Fahrzeit beträgt vier Stunden).

Bootstouren in das Delta: Größere Touristenboote legen mehrmals täglich am Hafen von Tulcea ab. Kosten einer rund fünfstündigen Tour (ohne Landgänge): 25 Euro/Person. Preise für individuelle Touren mit motorisierten Fischerboten sind Verhandlungssache. Halbtägige geführte Tour mit Motorboot für drei Personen ab Bootsableger Murighiol kostet um 80 bis 100 Euro (Gesamtpreis). Kontakt über Pension/Hotel oder Hafenpromenaden/Bootsanleger.

Allgemeine Informationen: Rumänisches Fremdenverkehrsamt, Reinhardtstraße 47, 10117 Berlin, Telefon (030) 60264622. E-Mail: info@rumaenien-tourismus.de, Internet: www.rumaenien-info.at oder www.romaniatourism.com.

Informationen über das Biosphärenreservat Donaudelta: www.ddbra.ro/en. Bootsausflüge ab Tulcea und Hotelverzeichnis: www.godanubedelta.com. Alle Internetseiten haben eine englischsprachige Version. Mückenschutz und FSME-Zeckenimpfung sind zu empfehlen.

Dickes Geschäft mit Marx

Marxismus verkauft sich gut – Im Jubiläumsjahr von Karl Marx entdeckt die Stadt Trier ihren bekanntesten Sohn als Touristenmagneten

Groß und mächtig steht es da, das wohl älteste Tor Deutschlands: die Porta Nigra. Von den Römern erbaut, erhielt sie erst im Mittelalter ihren Namen, der übersetzt „schwarzes Tor“ bedeutet. Denn nach mehr als 1000 Jahren hatten Staub und Witterung den ursprünglich hellen Sandstein dunkel gefärbt. Die römischen Thermen, Basilika und Dom, Amphitheater und Römerbrücke prägen Trier, die nach eigenem Bekunden älteste Stadt Deutschlands, und zählen zum Weltkulturerbe.

Gleich hinter der schwarzen Römerpforte beginnt die Simeonstraße, heute die Fußgängerzone. Dort, mitten im historischen Kern der Stadt, nur einen Steinwurf von der „Poort“ entfernt, verbrachte der wohl berühmteste Trierer seine Jugend: Karl Marx. Der Mann, der mit seinen Schriften wie „Kommunistisches Manifest“ und „Das Kapital“ die Weltgeschichte ebenso wie die jüngere deutsch-deutsche Geschichte beeinflusst hat, erblickte im Jahr 1818 in der Brückenstraße das Licht der Welt. Zu seinem 200. Geburtstag am 5. Mai erwartet Trier ein Massenansturm von Touristen und Marx-Fans.

Der Museumsladen hat neben Büchern, Postkarten, Tassen, Kitsch und Devotionalien auch Marx-Wein im Angebot. Denn der Philosoph war in dieser Hinsicht ein waschechter Trierer. Die Familie Marx besaß einen Weinberg, und er sprach gern dem edlen Tropfen zu. Der Konsum des Moselweins soll zu den Überzeugungen des aufgeklärt-demokratisch gesinnten Denkers maßgeblich beigetragen haben: Der junge Marx erlebte den fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang in seinem Trierer Umfeld hautnah mit. In seinen früheren Schriften beschäftige er sich daher mit der Winzerarmut und dem Holzdiebstahl in seiner Heimat.

In zwei weiteren Trierer Museen, dem Rheinischen Landesmuseum und dem Stadtmuseum Simeonstift, widmen sich zum Jubiläum erstmals überhaupt kulturhistorische Ausstellungen dem bedeutenden Denker des 19. Jahrhunderts. Seit Monaten erhalten die Trierer Stadtführer Sonderschulungen, um ihre Gäste auf den Spuren von Marx führen zu können. Wobei: Viele Spuren hat Marx nicht hinterlassen, schließlich ging er schon nach seinem Abitur als 17-Jähriger zum Studium nach Bonn fort.



Bilder (2): Trier Tourismus und Marketing

Porta Nigra in Trier: Marx wohnte kurze Zeit in direkter Nähe

Nicht zu übersehen ist ein monumentales Geschenk aus China: Eine 2,3 Tonnen schwere Karl-Marx-Statue, die gerade am Trierer Simeonstiftplatz aufgestellt wurde (die *PAZ* berichtete). Noch bleibt sie verhüllt. Wenn am 5. Mai das rote Tuch von dem Denkmal gezogen wird, dürfte das zumindest der vorläufig umstrittene Höhepunkt des Marx-Jahres sein. Auch für die Befürworter und Gegner der Statue, die in den vergangenen Monaten leidenschaftlich darüber gestritten haben, ob das Denkmal angemessen oder verherrlichend ist. Die Statue des chinesischen Künstlers Wu Weishan sollte ursprünglich in Sichtweite seines Geburtshauses aufgestellt werden. Das offizielle chinesische Präsent beweist, dass im Reich der Mitte die Marxsche Ideologie auch heute noch lebendig ist. Für Chinesen auf Europareise ist Trier eine Pflichtstation – neben Paris und Venedig. Doch dem Künstler gefiel der vorgeschlagene Standort nicht. Daher wurde der 5,50 Meter große Koloss nun am Simeonstiftplatz aufgestellt. Erst im vergangenen Jahr hatte der Stadtrat das bei der Bevölkerung umstrittene Geschenk akzeptiert, und so bezahlte die Volksrepublik die Statue und deren Transport.

Marx nachspüren kann man auch im ehemaligen jüdischen Quartier, denn er entstammt einer jüdischen Rabbinerfamilie. Sein Vater konvertierte wenige Jahre vor Karls Geburt zum Protestantismus, da er als Anwalt sonst in Preußen nicht hätte arbeiten können. Kurz vor dem Hauptmarkt führt ein Tor in die Judengasse, wo kleine Geschäfte und Boutiquen zum Bummeln einladen.

Das Geburtshaus von Marx steht hier allerdings nicht. Es befindet sich südlicher davon in der Brückenstraße 10, wo es um 1727 als barockes Wohnhaus erbaut wurde. Seit 1968 wird es von der Friedrich-Ebert-Stiftung als Museum betrieben. Am 5. Mai eröffnet Ex-Ministerpräsident Kurt Beck als Präsident der Stiftung im Marx-Haus eine neue Dauerausstellung. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Wirkungsgeschichte von Marx' Ideen bis in die Gegenwart. Auch Fernsehprominenz ist vor Ort: TV-Moderator Günther Jauch wird die Geburtsurkunde von Marx verlesen, die Jauchs Ur-Ur-Ur-Urgroßvater Emmerich Grach als zweiter Bürgermeister von Trier 1818 unterschrieben hat.



Das Karl-Marx-Haus in Trier

Doch das Marx-Haus ist nicht das einzige Museum, das sich im Jubiläumsjahr dem Revolutionär, Gelehrten, Journalisten und liebevollen Familienmenschen (siehe auch Seite 9) widmet. Das Rheinische Landesmuseum Trier beleuchtet unter dem Titel „Leben. Werk. Zeit.“ vom 5. Mai bis 21. Oktober Marx und sein Jahrhundert. Dabei wird der intellektuelle wie politische Werdegang von Marx nachgezeichnet. Prägend für den Philosophen und späteren Ökonomen ist das Jahrhundert, in dem er lebte, mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen. Freiheits- und Demokratiebestrebungen wie auch Industrialisierung und Urbanisierung sind Kennzeichen dieser bewegten Zeit. Die Ausstellung gewährt Einblicke in Marx' wichtigste Schriften und zeigt dabei, was an den Ideen des herausragenden Analytikers seiner Zeit bis heute aktuell ist.

Unter dem Titel „Stationen eines Lebens“ zeichnet das Stadtmuseum Simeonstift das bewegte Leben von Karl Marx nach, das 1818 in Trier seinen Anfang nahm. Der Rundgang verfolgt den Lebensweg von Marx' Kindheit und Jugend in Trier über seine Studienjahre und erste Berufserfahrungen bis zum Exil in London, wo er mehr als die Hälfte seines Lebens verbrachte und im Jahr 1883 starb. Anhand der Stationen dieses Lebens werden wichtige Entwicklungen und Wendepunkte anschaulich gemacht. Grundlage sind unter anderem persönliche Zeitdokumente und Lebensschilderungen.

Bei so viel Marx bleibt zu hoffen, dass man nicht einfach nur als Tourist kommt und als Marxist wieder geht. *Andreas Guballa*

Umfangreiche Analyse des Kommunismus

Im Sozialismus ist alles rot, die Fahnen, die Banderolen, die Leichentücher, die Krawatten, Halstücher“ – So beginnt Gerd Koenen seine außerordentliche, an Umfang und Inhalt mitunter fast überbordende Darstellung über Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, die, wie er vorsorglich warnt, „einiges an Ausdauer und Interesse“ abfordert. In der Tat, 1037 Seiten zu „Die Farbe Rot“ wollen erst einmal gelesen sein; aber wer sich darauf einlässt, kann sich schon bald der Faszination dieser ungewöhnlichen Arbeit nicht mehr entziehen. Sie muss auch nicht in einem Zug durchstudiert werden; der Untertitel zeigt an, dass man im Grunde zwei Bücher hat, die zusammenhängen, aber doch auch jedes für sich steht.

Die Idee einer gerechten Gesellschaft ist fast so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst, das zeigen schon Zeugnisse aus dem frühesten Altertum. Koenen führt all das in einer historischen Darstellung zusammen, nennt das orientalische Gilgamesch-Epos, das Christentum, die Millenaristen im Mittelalter, die großen Geister der Aufklärung, Hegels idealistische Philosophie und dann die fast unübersehbare Menge der sogenannten Frühsozialisten. Das führt dazu, dass Marx und Engels – „ein wenig Doktor Jekyll und Mr. Hyde“, wie Koenen launig anmerkt – erst um die Seite 300 auftauchen, Lenin sogar erst zu Beginn der zweiten Buchhälfte.

Marx und Engels werden nicht verklärt, deren anmaßendes, oft arrogantes, mitunter gehässige, Gehabe wird an Beispielen gezeigt. Dennoch urteilt der Autor abschließend: Die gemeinsame Arbeit an einem intellektuellen Werk weise beide „als die letzten Universalgeister und Enzyklopädisten einer vergangenen europäischen Wissenskultur“ aus.

Der zweite Teil des Buches ist vor allem der Entwicklung des zaristischen Russland, den Revolutionen von 1917, der rastlosen Agitation des von einem „unbeirrbaren Macht- und Siegesinstinkt“ getriebenen Lenin, dem noch heute alle Vorstellungen an Brutalität übersteigenden Bürgerkrieg nach 1918 und der ebenso unvorstellbar grausamen Herrschaft Stalins gewidmet. Letztlich sind es keine neuen Erkenntnisse, die der Autor bringt, den gnadenlosen „roten Terror“ gegen angebliche Feinde und Abweichler, die rücksichtslose Bekämpfung aller Autarkiebestrebungen der einzelnen Nationalitäten (Ukrainer und kaukasische Völker), die furchtbaren Hungersnöte (die durch großherzige Spenden des „Klassenfeindes“ in Westeuropa und den USA gelindert wurden), schließlich Stalins an paranoidem Verfolgungswahn grenzender innerstaatlicher Terror in den 1930er Jahren. Aber das Erzähltalent des Autors fügt diese Schrekkenszeit zu einem eindringlichen Szenario zusammen.

Dem Thema des Buches folgend schließt der Autor mit einem Ausblick auf das kommunistische China. Koenen charakterisiert das in atemlosem Tempo vorwärts stürmende Reich als eine „Modernisierung- und Entwicklungsdiktatur, die den eklatanten Widerspruch, den dieser Begriff selbst beinhaltet, durch eine rastlose Flucht nach vorn zu entkommen sucht“.

Bei einer derart ausholenden Analyse können Schwachstellen nicht ausbleiben. Etwas verblüfft stellt man fest, dass dieses so umfangreiche Buch eigentlich noch dicker sein müsste, denn auf den Kommunismus nach Stalins Tod, also auf die Ära Chruschtschow, Breschnew und Gorbatschow, geht Koenen gar nicht ein, ebenso wenig auf die mittel- und osteuropäischen Satellitenstaaten und die DDR, die doch der Intention nach auch auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft sein sollten.

Aber das schmälert den Wert dieser außerordentlichen Darstellung überhaupt nicht. In der DDR hätte man an ein solch umfangreiches Thema ein ganzes „Kollektiv“ gesetzt. Hier hat das Buch ein einzelner, freiberuflicher Schriftsteller verfasst. In der Summe ist es ein Mix aus politischer, aus Philosophie- und Sozialgeschichte, fair im Urteil, die Fakten sprechen lassende Analyse, welche die unweigerlichen Emotionen hintanstellt.

Wo Kommunisten an die Macht kamen, schreibt er, sei das „immer mit einer drastischen Senkung des längst erreichten Grades an Differenziertheit und Komplexität“ verbunden gewesen. Es müssten, so möchte man hinzufügen, bei den selbsternannten „Berufsrevolutionären“ Die Alarmglocken schrillen. Alle stehen sie auf Hekatomben von Leichen. Das war bei Lenin, Stalin und Trotzki so, bei Mao Tse-tung während der chinesischen Kulturrevolution, bei Pol Pot und seinem Roten Khmer in Kambodscha und heute im hungernden Nordkorea des Kim Jong-un. Menschenleben zählten für sie rein gar nichts.

Dirk Klose



***Gerd Koenen: „Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus“.** C.H. Beck Verlag, München 2017, gebunden, 1132 Seiten, 38 Euro*

Gut vorbereitet in den Urlaub

Noch sind es ein paar Wochen bis zur schönsten Zeit des Jahres. Es bleibt also noch ein Weilchen, um sich darauf vorzubereiten. Wem es nicht genügt, sich mit Informationen über Land und Leute vorzubereiten, dem bietet der Langenscheidt Verlag, den meisten bekannt als Herausgeber von Schulbüchern und Sprachlexika, einen Kompaktsprachkurs, der für die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch erhältlich ist.

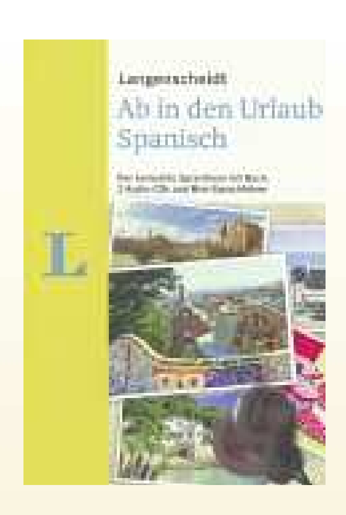
Alltagszenen in der Landessprache

Der Aufbau der Kurzlehrbücher ist jeweils ähnlich: Es handelt sich um typische Urlaubsszenen, die in Akte und Szenen unterteilt sind. Spielerisch werden typische Situationen dargestellt, wie der Aufenthalt im Restaurant, Einkaufen, ein Museumsbesuch, Nutzung von Bus oder U-Bahn, die Ankunft im Hotel. Die Szenen spielen im Café, bei kulturellen Unternehmungen, unterwegs mit dem Auto, zu Besuch bei Freunden, am Strand, bei Apotheken- und Arztbesuch sowie beim Einkaufen.

Ergänzend zum Buch werden zwei Audio-CDs mitgeliefert, die man sich unterwegs anhören kann. Sie geben exakt den Inhalt der Akte und Szenen wider, was dabei hilft, sich die gelernten Sätze dauerhaft einzuprägen. Am Ende eines jeden Kapitels gibt es Übungen zum zuvor Gelernten. Die Lösungen dazu finden sich im Anhang, der auch einen kurzen Ausflug in die Grammatik gewährt. Für unterwegs gibt es einen Mini-Sprachführer dazu, in dem die wichtigsten Vokabeln und Redewendungen aufgeführt sind.

Wer sich die Zeit nimmt, solch einen Kompaktkurs durchzuarbeiten, ist für den Alltag im Urlaubsland bestens gewappnet.

Manuela Rosenthal-Kappi



***Langenscheidt: „Ab in den Urlaub. Spanisch“,** Langenscheidt Verlag, München 2018, broschiert, 128 Seiten, mit zwei Audio-CDs und Mini-Sprachführer, 10 Euro*

Linkslastige Anti-FPÖ-Propaganda

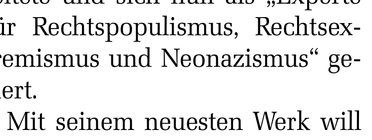
Das ist doch mal ein Syllogismus vom Feinsten! Prämisse 1: Führende Politiker der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gehören Burschenschaften an. Prämisse 2: Diese akademischen Verbindungen fungieren als Sammelbecken für Nazis. Schlussfolgerung: Also sind solche Personen an der Spitze der FPÖ wie Norbert Hofer und Heinz-Christian Strache Neofaschisten.

Recherche im eigenen Dunstkreis

So lautet die simple „Logik“ des Buches „Stille Machtergreifung“ von Hans-Henning Scharsach, welcher früher das Auslandsressort der Wiener Zeitung „Kurier“ leitete und sich nun als „Experte für Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neonazismus“ geriert.

Mit seinem neuesten Werk will er wiederum aufklärerisch wirken und darlegen, „was Österreich droht, wenn deutschnationale schlagende Burschenschafter an die Macht kämen“. Vorgelegt wurde freilich nur krude Anti-FPÖ-Propaganda. Keine Spur von „akribischer Recherche“, wie sie der Klappentext verheißt: Die meisten „Quellen“, welche als Belege für die Unterstellungen Scharsachs dienen sollen, sind Artikel aus dem „Kurier“ oder ähnlich linkslastigen Blättern.

W. Kaufmann



***Hans-Henning Scharsach: „Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften“,** Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2017, gebunden, 240 Seiten, 22 Euro*

Auf in den Wald

Zu einem besonderen Spaziergang durch unsere Wälder lädt die Stuttgarter Biologin Bärbel Oftring mit ihrem Buch „Wald. Leben unterm Blätterdach“ ein. Einer der vielen Tipps der Autorin ist es, Wälder einmal bei Sonne, Regen oder Schnee, aber auch zu verschiedenen Tageszeiten zu besuchen, sogar des Nachts. Denn ein Wald verändert sich immer. Düfte, Geräusche, Farben und Formen sind stets anders zu erleben.

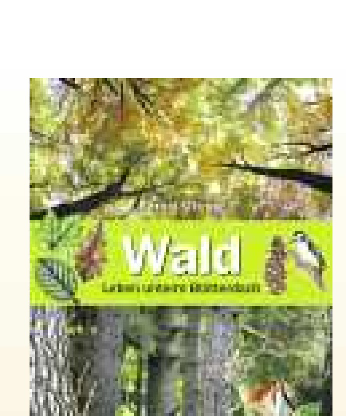
Viele Tiere sind nachtaktiv, daher sieht man sie erst in der Dämmerung. Im Buch findet man alle Informationen, um heimische Wälder, die darin zu findenden Pflanzen und Tiere zu verstehen. Gegliedert ist der Band in fünf große Abschnitte. In „Abenteuer Wald“ geht es um die Geschichte des Waldes und darum, was ein Wald eigentlich ist. Im zweiten Teil „Lebensraum Wald“ befasst sich die Autorin mit dem Jahreslauf im Wald und der Frage, warum Wälder so wertvoll für uns und die Erde sind.

„Alles, was im Wald wächst“ erfährt man im dritten Kapitel. Was im Wald kreucht und fleucht, zeigt der vierte Teil „Tiere im Wald“. Abschließend gibt es noch etwas über den „Wald und die Menschen“ zu erfahren. Wie sieht der Arbeitsplatz in der Forstwirtschaft aus? Wie wird man Förster oder Jäger und wo gibt es Nationalparks?

Ein kleines Wald-ABC und Tipps für Waldkinder runden das sehr informative Werk ab.

Ein lesenswertes Buch, das es mit viel Spaß schafft, kleinen und großen Lesern den einzigartigen Lebensraum Wald ganz nahezubringen.

Silvia Friedrich



***Bärbel Oftring/ Lars Baus: „Wald. Leben unterm Blätterdach“,** Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 64 Seiten, 14,95 Euro*

Michail Gorbatschow: Ein Visionär, der das Sowjetsystem veränderte

Das Buch „Gorbatschow“ beschreibt in eindrucksvoller Weise dessen Lebensweg von einem Bauernjungen in einem Dorf im Nordkaukasus bis zum ersten Mann der Sowjetunion. Nach Abschluss der Moskauer MGU-Universität ist er zwar Mitglied der KPdSU, zugleich aber voller Kritik am Regime. Einst, klagt er, war die Ukraine die Kornkammer Europas, heute müsse man jährlich Millionen Tonnen Getreide in den USA einkaufen. Im Volke ist er sehr beliebt, weil er als erster Funktionär mit den Menschen persönlich und in aller Offenheit spricht.

Unter Kossygin steigt Gorbatschow sogar zum Mitglied des Politbüros auf. Nach außen muss er die Parteilinie vertreten, innerlich bekämpft er sie. Das Angebot Andropows, Generalsekretär der KPdSU und später Vorsitzender des KGB, 1983 den Vorsitz bei Politbüro-Sitzungen zu übernehmen, nimmt er an im Glauben, den sowjetischen Sozialismus durch Reformen retten zu können.

Gespräche mit dem US-Präsidenten bringen nicht den gewünschten Erfolg. Umso notwendiger erscheint ihm ein Kontakt zum damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser erklärt Gorbatschow deutlich, die Deutschen würden sich mit der Teilung ihres Landes nie abfinden. Am 7. Oktober 1989 spricht Gorbatschow bei einem Berlin-Besuch vor der DDR-Führungsspitze sein berühmtes Wort „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

Bedauerlicherweise übergeht der Autor die Sitzung des Politbüros vom 3. November, auf der Gorbatschow seinen Außenminister zweifelnd fragt, ob Krenz sich halten wird, da andererseits die UdSSR die DDR nicht mehr unterstützen könne und was mit der Berliner Mauer geschehen solle. Schewardnadse antwortete, „die sollen sie einreißen.“ Auf den Fall der Mauer sechs Tage später reagiert Gorbatschow: „Sie haben richtig gehandelt.“ Auf der folgenden Politbüro-Sitzung werden weder dieses noch die DDR generell erwähnt.

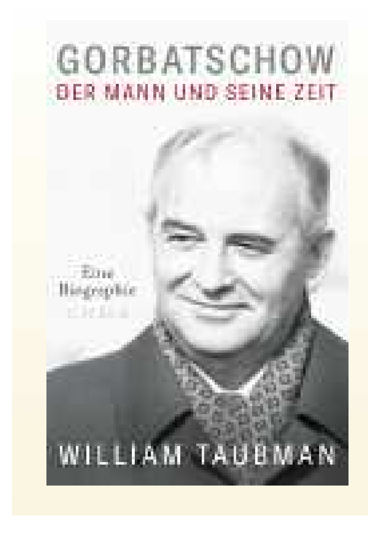
Zusehends fällt zudem das Sowjetreich auseinander, und auch Gorbatschow selbst beginnt zu fallen. Wohl wird er zum ersten Präsidenten seines Landes gewählt, doch die Zahl seiner Gegner wird größer. Sie fragen, wie er die Ausdehnung der NATO auf die DDR ohne Vorbedingung zulassen konnte, und warum er keine Garantie auf einen Verzicht ihrer Ausdehnung auf Osteuropa forderte. Seinen Worten zufolge habe er eine solche erhalten, wie der Autor ausführt. Bush jedenfalls nimmt jene sofort zurück.

Gorbatschow akzeptiert die deutsche Mitgliedschaft in der NATO, wobei er sich auf seine verlangten „Neun Garantien“ beruft mit der Forderung, dass die NATO nicht die Sicherheit der Sowjetunion gefährden dürfe. Ist die tiefere Ursache dieses Entgegenkommens letztlich in seinem dringenden Wunsch nach notwendigen Krediten in Höhe bis zu 20 Milliarden US-Dollar zu sehen, um damit wieder Getreide im Ausland kaufen zu können? Kanzler Kohl sagt sofort fünf Milliarden D-Mark zu. Für die über 1990 hinausgehende Anwesenheit sowjetischer Truppen in der DDR, für deren späteren Abzug und die Wiedereingliederung in ihrer Heimat zahlt Deutschland fast 20 Milliarden D-Mark und die gleiche Summe nochmals für Kredite.

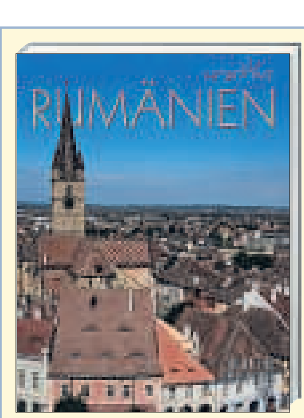
Im Sommer 1991 analysiert die CIA das Ende der Ära Gorbatschow. In seiner Idee von einem modernen Marschall-Plan für sein Land hatte dieser eine Anleihe von 1,5 Milliarden US-Dollar zum erneuten Ankauf von nordamerikanischem Getreide erbeten, die Washington indes ablehnte. Im Sommer kam es zu einem Putschversuch gegen Gorbatschow, der ergebnislos blieb, der aber noch heutzutage mit überaus vielen Rätseln verbunden bleibt. Er und Jelzin gründen die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ und beenden damit die UdSSR. Rund 70 Prozent der Bevölkerung aber leben immer noch am Rande der Armut, was als Versagen Gorbatschows gesehen wird. Im Dezember 1991 tritt er als Präsident zurück.

Gorbatschow glaubte an den Kommunismus, er war ein Visionär, wollte das Sowjetsystem verbessern, doch konnte er seinen eigenen Erwartungen nicht gerecht werden.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

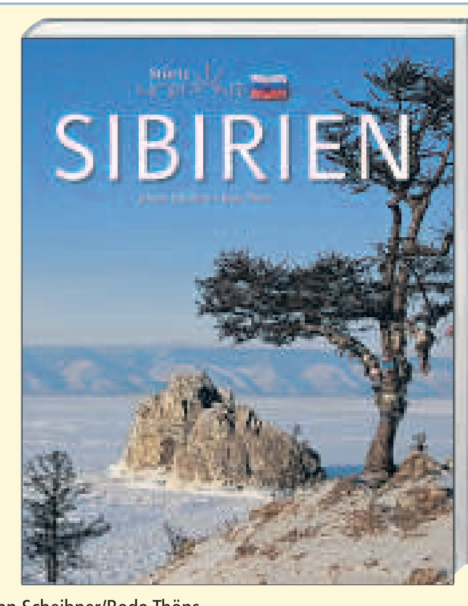


***William Taubman: „Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit“,** C.H. Beck Verlag, München, 2018, gebunden, 993 Seiten, 38 Euro*

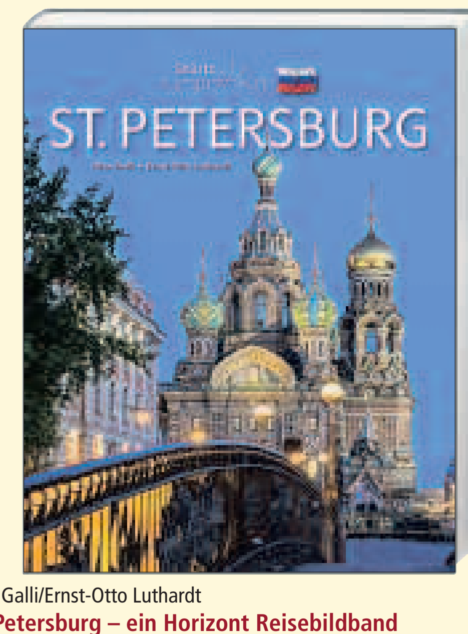


Gregor M. Schmid/
Michael Kühler
Rumänien
Ein Bildband mit 266 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 531955 — 24,95 €

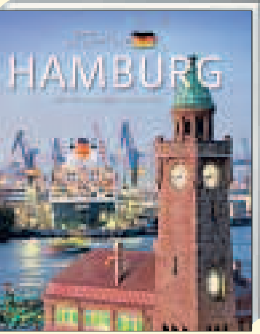
Nicht nur die Vielfalt der Landschaft mit ihren mächtigen Gipfeln in den Karpaten, ausgedehnten Hochebenen und dem flachen Land im Osten, dem Naturparadies des Donaudeltas und der schönen Küste des Schwarzmeeres machen Rumänien zu einem Reiseland mit unverwechselbarem Charakter. Der spannungsreiche Kontrast zwischen archaischen Bergdörfern und modernen Großstädten, der Reichtum an prächtigen Klöstern, alten Wehr- und Holzkirchen, die schönen mittelalterlichen Städte, die lebendig gebliebenen Traditionen und die herzliche Gastfreundschaft locken in ein Land, das noch entdeckt werden will.



Johann Scheibner/Bodo Thöns
Sibirien – Ein Horizont Reisebildband
Unendlich weite Landschaften verbindet man mit dem Mythos Sibirien. Weithin kaum besiedelte, baumlose Tundra und boreale Taiga erstrecken sich vom Ural bis zur Küste des Pazifischen Ozeans, vom Arktischen Ozean im Norden bis zum Kasachischen Hügelland im Süden. Das „blaue Auge Sibiriens", der Baikalsee, ist der größte, tiefste und älteste Süßwassersee der Erde. Und obwohl sich hier der kälteste bewohnte Ort der Erde befindet, ist es nicht immer kalt – das ausgeprägte Kontinentalklima bringt verhältnismäßig heiße Sommer mit bis zu 40 Grad Celsius, aber natürlich auch extrem kalte Winter bis zu minus 72 Grad Celsius. Auf die bis zu über 100 Grad betragenden Temperaturunterschiede haben sich die Völker der Jakuten, Ewenen, Ewenken, Burjaten oder Tschuktschen eingestellt, archäologische Funde weisen auf eine lange Besiedlung hin. Die älteste steinerne Kirche Sibiriens findet man in Toblosk, während verspielte Holzhäuser die Altstadt von Tomsk schmücken. Die Dekabristen brachten schon im 19. Jahrhundert russische und westeuropäische Kultur in die riesige Region, als sie als erste von vielen in die unwirtliche Gegend verbannt wurden. Großbildbandformat
24 x 30 cm. 160 Seiten
Nr. P 534450 — Gebunden mit Schutzumschlag — 24,95 €

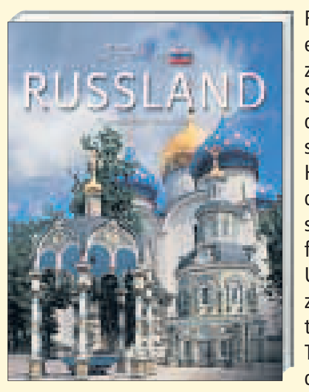


Max Galli/Ernst-Otto Luthardt
St. Petersburg – ein Horizont Reisebildband
St. Petersburg, die ehemalige Hauptstadt des russischen Reiches, wurde erst 1703 von Peter dem Großen gegründet und konnte ihren Glanz als einstige Zarenresidenz bis heute bewahren. Der Stadtgründer und seine Nachfolger holten die besten europäischen Baumeister an die Newa, die prächtige Paläste und monumentale Kathedralen von barocker Pracht und klassizistischer Schönheit entstehen ließen. Die Newa ist Wiege und Schicksal St. Petersburgs. Doch sie bringt keine verheerenden Überschwemmungen und Fieber mehr mit sich. In ihrem steinernen Bett hat sie zur Ruhe gefunden. Statt die Newa, ihre Nebenflüsse und Kanäle weiterhin zu hassen und zu verfluchen, haben die St. Petersburger die blauen Wassergirlanden längst in ihr Herz geschlossen. Und regelrecht herausgeputzt. Von den vielen eisernen Geländern an den Ufern ähnelt keines dem anderen. So treibt jedes sein eigenes Licht-Spiel mit Häusern, Palästen und Passanten. Über dreihundert Brücken, vergoldete Kuppeln und Turmspitzen spiegeln sich in den Flüssen und Kanälen der Stadt. Über 260 Bilder zeigen das Gesamtkunstwerk St. Petersburg, das Revolutionen, Bürgerkrieg, grausame Belagerung und Sowjetherrschaft überstanden hat. Format 24 x 30 cm. 160 Seiten
Nr. P 534482 — Gebunden mit Schutzumschlag — 24,95 €



Walter Fey & Max Galli/
Nina Schiefelbein
Hamburg
Horizont Reisebildband
Format 24 x 30 cm
160 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P 534446 — 24,95 €

Hamburg ist eine Stadt der Gegensätze: Vom pulsierenden Hafen bis in die vornehmen Etagen der eleganten Jugendstil-Kontorhäuser sind es nur wenige Schritte. Am Hamburger Hafen bilden die historischen Speichergebäude architektonische Kontraste mit neuen Wahrzeichen wie der Elbphilharmonie. Hamburgs alte Wahrzeichen – der ‚Michel', das verspielte Rathaus oder die Ruine der Nikolaikirche – stehen neuester Architektur nicht nur in der HafenCity gegenüber. Fein geben sich die Stadtviertel rings um die Außenalster und die Elbvororte. Wer Hamburg in Kürze kennenlernen will, braucht kaum mehr als eine Fährfahrt von den Landungsbrücken bis nach Finkenwerder. Hier reihen sich dicht aneinander: die größten Schwimmdocks der Welt, der Fischmarkt, die alten Lotsenhäuser in Övelgönne und das Containerterminal.



Gregor M. Schmid/
Michael Kühler
Horizont Russland
Ein Bildband mit 314 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 534431 — 24,95 €

Russland ist ein Land der Weite, ein großer verbindender Kontinent zwischen Europa und Asien. Sanfte Hügel bestimmen im Westen die osteuropäische Ebene, das seenreiche Karelien und die Kola-Halbinsel nehmen den Norden ein, die Gebirgszüge des Nordkaukasus sowie die Kaspische Senke verlaufen im Süden bis zur Wolga. Der Ural bildet die geografische Grenze zwischen Europa und Asien, dahinter erstreckt sich das westsibirische Tiefland bis zum Pazifik. Das „Herz des heiligen Russlands" schlägt in der Hauptstadt Moskau. Über 310 Bilder zeigen Russland in all seinen Facetten. Specials berichten unter anderem über die Transsibirische Eisenbahn, Kunst und Kunsthandwerk und die russische Literatur.



Tina und Horst Herzig/
Ernst-Otto Luthardt
Horizont Mecklenburg-Vorpommern
Ein Bildband mit 254 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 531981 — 24,95 €

Eine einzigartige Küstenlandschaft mit Buchten und Bodden, Nehrungen und Inseln, endlose Alleen und stille Seen machen Mecklenburg-Vorpommern zu einem der beliebtesten Reiseziele in Deutschland. Die Kreidefelsen von Rügen, die Seebäder von Usedom und die urwüchsige Natur der Halbinsel Fischland locken an die Ostsee, im Hinterland bietet die mecklenburgische Seenplatte eine abwechslungsreiche Landschaft, die mit einer Fülle von bedeutenden Kulturdenkmälern aufwartet. Über 250 Bilder zeigen Mecklenburg-Vorpommern in all seinen Facetten, sechs Specials berichten über den berühmt-berüchtigten Freibeuter Klaus Störtebeker, die Geschichte der Ostseebäder und vieles mehr.

Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 — 12,95 €

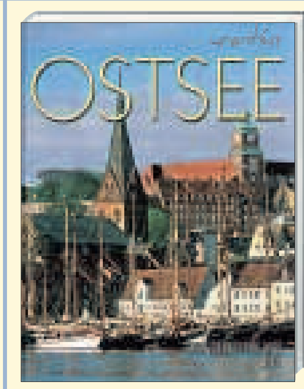
Bisher 7,99 €
Jetzt 4,99 €

War das lecker – Unsere Lieblingsrezepte aus Ostpreußen
Mit vielen Abbildungen im Großformat.
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A0363 — 4,99 €

Das alte Ostpreußen lebt weiter in den Erinnerungen der Menschen, in den Erzählungen der Väter und Vorväter. Es war ein wunderschönes Land an der glitzernden Ostsee mit ihrem weißen Strand, den Dünen, , die fetten Weiden und Äcker, im Süden das hügelige Waldland, darin eingebettet die Masurischen Seen. Und so vielfältig die einzigartige Landschaft war, so vielfältig waren die kulinarischen Spezialitäten, die sie hervorgebracht hat: Beetenbartsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Kakalinski, Buttermilchflinsen, Glumstorte aus der alten Heimat u.v.m lassen die Gerüche von Damals wieder durch die Küche wehen.

Ralf Freyer/
Ernst-Otto Luthardt
Schlesien
Horizont Reisebildband
Format 24 x 30 cm
160 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P 534432 — 24,95 €

Die reichen Kunst- und Kulturdenkmäler in einer romantischen und abwechslungsreichen Landschaft, die schon Joseph von Eichendorff besang und zum Beispiel durch die Sagenfigur des Rübezahl berühmt geworden ist, machen Schlesien zu einem beliebten Reiseziel. Von seiner wechselvollen Geschichte erzählen mächtige Kirchen. Burgen, Schlösser und Rathäuser künden von der kunsthistorischen Bedeutung und den Einflüssen unterschiedlicher Herrscher. Über 260 Bilder zeigen Schlesien in seiner ganzen Vielfalt. Sechs Specials berichten über Görlitz, die geheimnisvolle Märchengestalt Rübezahl, das Weltkulturerbe der Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz, den Annaberg und die schlesische Literatur.



Gregor M. Schmid/
Michael Kühler
Horizont Ostsee
Ein Bildband mit 274 Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 531677 — 24,95 €

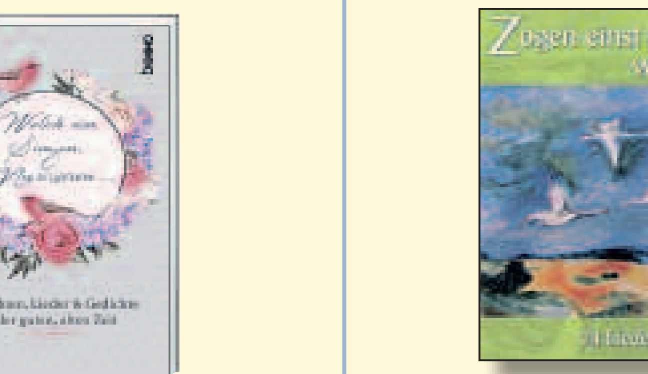
Ein Kaleidoskop an unterschiedlichen Landschaftsbildern bietet die deutsche Ostseeküste von Flensburg bis Lübeck, von Boltenhagen bis Anklam: Förden und flache Boddenlandschaften, unendliche Sandstrände mit ihren bunten Strandkörben und Steilküsten mit weißen Kreidefelsen, die mit türkisblauen Wasser und lichtgrünen Buchenwäldern harmonisieren. Im Hinterland liegen gelbe Rapsfelder vor hohen Windmühlen, grüne Wiesen um herrschaftliche Anwesen. Über 270 Fotos zeigen die deutsche Ostseeküste samt Inseln in all ihren Facetten. Sechs Specials berichten über den Bernstein, die Backsteingotik, die mächtige Hanse, Maler und Bildhauer der Region, die Bäderarchitektur und die Literaten.



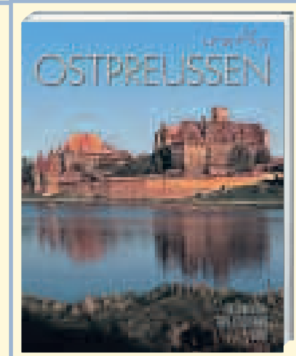
Tausend Wunder ziehen bei uns ein
Das nostalgische Frühlingsalbum
Trügt die Erinnerung oder waren die Winter früher tatsächlich kälter und schneereicher? Haben wir den Frühling nicht viel stärker herbeigesehnt? In diesem nostalgischen Lesebuch werden die Erinnerungen an Kindheitstage wieder lebendig: Es versammelt Geschichten und Lieder mit Notensätzen, traditionelle Rezepte und Bräuche aus früheren Zeiten. Die stimmungsvollen Geschichten und Gedichte stammen von beliebten Autoren wie Annette von Droste-Hülshoff, Hans Fallada, Johannes Kuhn, Karl Heinrich Waggerl u. v. a. Besonders hübsch sind die liebevoll-nostalgischen Illustrationen. 232 Seiten
Nr. P A1261 — Gebunden — 14,95 €



Volker Bauch
Welch ein Singen Musizieren ...
Geschichten, Lieder & Gedichte aus der guten, alten Zeit
Sich am Frühling erfreuen: Dazu regen die lebensfrohen Geschichten und klassischen Frühlingsgedichte dieses Lesebuchs an. Ein heiteres Lesevergnügen. 128 Seiten
Nr. P A1260 — Gebunden — 9,95 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 — CD — 12,90 €



Wolfgang Korall/
Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen
Horizont Reisebildband
Format 24 x 30 cm
160 Seiten/Gebunden
mit Schutzumschlag
Nr. P 531700 — 24,95 €

Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder, kristallenen Seen und der weiten Küste, ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Ebenso wie der Zauber seiner Landschaften locken die Städte und Dörfer der Region, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser von der wechselvollen Geschichte erzählen. Über 260 Fotografien geben ein umfassendes Bild Ostpreußens, von Elbing im Westen bis nach Memel und mit Königsberg im Zentrum. Sechs Specials informieren über den Astronom und Mathematiker Nikolaus Copernikus, den Deutschen Orden, den Oberländischen Kanal, die Wolfsschanze, die Schlacht von Tannenberg und das Gold Ostpreußens, den Bernstein. Auch die Wehrbauten des Deutschen Ordens werden vorgestellt, allen voran die Marienburg.

Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 — Marzipan-Herz — 2,98 €

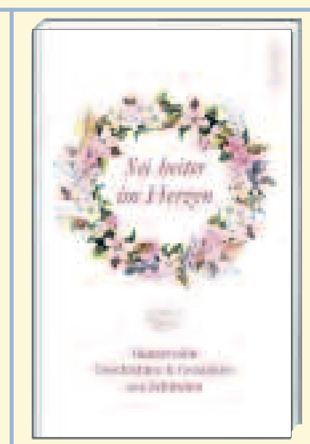
Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 — Marzipan — 11,95 €



Bernsteinkette mit Lederband
Dekoratives Bernsteincollier mit geschliffenem, verschiedenfarbigem Bernstein, aufgelockert durch echtsilberne Schmuckelemente. (Länge ca. 45 cm)
Nr. P A1177 — 89,90 €



Maria Sibylla Merian
Klappkarten
Die liebevollen und detailgetreuen Naturmotive der Naturforscherin und Künstlerin Maria Sibylla Merian sind weltweit bekannt. Ihr Todestag jährt sich in diesem Jahr zum 300. Mal. Schon mit 11 Jahren war Maria Sibylla Merian in der Lage, Kupferstiche herzustellen; bald übertraf sie in dieser Technik ihren Lehrer und entwickelte einen persönlichen Malstil. Ihre Blumenbilder ergänzte sie nach dem Vorbild der Utrechter Malerschule mit kleinen Schmetterlingen und Käfern. In diesem Set finden Sie ihre schönsten Kunstwerke zusammen mit poetischen und ermutigenden Zitaten berühmter Persönlichkeiten. 8 Klappkarten sind in der Schachtel enthalten.
Nr. P A1124 — Klappkarten — 7,95 €



Sei heiter im Herzen
Humorvolle Geschichten & Gedanken aus Schlesien
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1259 — 8,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname — Name
Straße/Nr. — Telefon
PLZ/Ort
Datum — Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN



Otte lädt zum Hambacher Fest

Neustadt an der Weinstraße – Der Ökonomieprofessor Max Otte hat für den 5. Mai zum „Neuen Hambacher Fest“ geladen. Neben Otte werden unter anderem Thilo Sarrazin, Joachim Starbatty, Vera Lengsfeld und Willy Wimmer Vorträge halten. Außerdem wird es einen „patriotischen Spaziergang“ geben. Informationen gibt es unter www.neues.hambacher-fest.de. *J.H.*

Kampf gegen AfD mit Steuergeld

Dresden – Die sächsische Staatsregierung finanziert die Kampagne „Stammtischkämpfer“ direkt mit Steuermitteln. Dabei geht es unter anderem darum, Veranstaltungen der AfD zu stören oder zu verhindern, mutmaßliche Rechte zu outen und Gegenveranstaltungen zu organisieren. Wie eine Kleine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion ergab, unterstützte das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz die an der Kampagne beteiligten Organisationen in den vergangenen drei Jahren mit rund 630 000 Euro. *J.H.*

ZUR PERSON

Der nächste Spargeneral?

Acht Jahre war Volker Wieker Generalinspekteur der Bundeswehr. Da seine Dienstzeit auch wegen der späten Regierungsbildung verlängert wurde, war der General der am längsten amtierende ranghöchste Bundeswehrsoldat. Jetzt, da die neue Regierung steht, hat ihn seine Chefin Ursula von der Leyen in den Ruhestand entlassen. **Eberhard Zorn**, der zuletzt Personalleiter im Verteidigungsministerium war, folgt Wieker nach. Dazu verlieh man dem Dreisternegeneral schnell noch einen weiteren Stern.

Wer einem langjährigen Vorgänger folgt, ist oft nicht zu beneiden. Er wird ständig an dessen Leistungen gemessen. Im Falle von Wieker gibt es aber nicht viel, was zu bewundern wäre. In seiner Zeit wurde die Bundeswehr kaputtgespart, aus der Wehrpflicht- eine Freiwilligenarmee und diese zuletzt in vielen Bereichen kampfuntauglich. Nun hat Nachfolger Zorn die große Chance zu beweisen, dass er mehr ist als nur der Befehlsempfänger der Ministerin. Er kann die Bundeswehr wieder dahin führen, wo sie einmal war: zu einer modernen kampffähigen Armee.



Bild: Christian Thiel

Ob sich der 58-jährige Heeressoldat aus dem Dunstkreis seiner Dienstherrin befreien kann, muss sich zeigen. Denn bevor er im August 2017 Leiter der Abteilung Personal im Ministerium wurde, war er dort bereits als Referent und Referatsleiter tätig. In den späten 90ern hatte der Berufssoldat aus Saarbrücken, der 1978 seine Karriere bei einer Artillerieschule begann, seine Meriten bei einem Auslandseinsatz im Balkan erworben. An der Hamburger Universität der Bundeswehr studierte er Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, ehe er als Major in Paris einen französischen Generalstabslehrgang absolvierte. 2010 wurde er zum Brigadegeneral ernannt. Jetzt muss der mit einer Saarländerin verheiratet Zorn nur noch zeigen, dass er die Bundeswehr generalstabsmäßig aus den Sparzwängen befreien kann. *H. Tews*

Des Kaisers neue Kleider

Von runderneuerten Reifen, schmerzhaften Streicheleinheiten und geruchsfreiem Geld / Der satirische Wochenrückblick mit Klaus J. Groth

Alles neu macht der Mai. Nur die Sozialdemokratische Partei nicht. Dabei redet sie doch von fast gar nichts anderem. Und das schon so lange, dass kaum noch jemand hinhört. Obwohl die frisch gewählte Vorsitzende an der Leier der Parteierneuerung dreht wie an einer tibetanischen Gebetsmühle, kommt sie nicht vom Fleck. Das ist eben eine der Besonderheiten tibetanischer Gebetsmühlen: viel Geklingel und Beharrlichkeit. Kein Wunder, dass nach einer aktuellen Umfrage 88 Prozent der Deutschen von der Erneuerung nichts erkennen können. Wobei die Frage ist, was denn die anderen zwölf Prozent erkennen können. Aber irgendjemand erblickt immer des Kaisers neue Kleider. Und hatte die neu gekürte Kaiserin der Geknechteten und Entrechteten nicht schon 2011 als Generalsekretärin erklärt, der Prozess der Erneuerung sei nunmehr abgeschlossen? Da muss doch etwas zu erkennen sein. Wenigstens so ein ganz klein bisschen. Vielleicht ist es das, was die zwölf Prozent erkennen können. So nach dem Spiel: Ich sehe was, was du nicht siehst … Aber auch ein runderneuerter Reifen bleibt ein alter Reifen.

Daran gemessen, ist das Wahlergebnis der neuen Vorsitzenden geradezu toll. Nicht nur jene zwölf Prozent mit der Erkenntnis der Offenbarung haben für Andrea Nahles gestimmt, nein, es waren sage und schreibe 66,3 Prozent, die Nahles einfahren konnte. Nun mag es sein, dass der Partei inzwischen dämmerte, dass eine 100-Prozent-Wahl auch nicht so richtig prickelnd ist, dass, wer hoch fliegt, tief stürzt. Aber deshalb gleich mit einem Sturzflug starten? Wer mit dem zweitschlechtesten Wahlergebnis seit 1945 antreten muss, der hat mehr als einen Klotz am Bein. Nahles erhielt noch weniger Stimmen als Sigmar Gabriel, als er als Vorsitzender zur Wahl stand, das will was heißen. Und so ein Ergebnis ihr als Frau! 155 Jahre hat die Quotenpartei SPD benötigt, um endlich eine Frau ins Amt der Vorsitzenden zu wählen. Das hätte doch mächtig viele Bonuspunkte bringen müssen, aber nicht solch ein Nörgelergebnis.

Die Ohrfeige für Andrea Nahles war deutlich und schmerzhaft, auch wenn ein bundespolitischer Profi von ihrem Kaliber gelernt hat, keinen Schmerz zu zeigen. Sehr viel mehr aber schmerzten sie wahrscheinlich die Streicheleinheiten, die freundlichen Zuwendungen für ihre unbekannte Gegenkandidatin, die wie aus dem Zylinder gezogen gehoppelt kam. Simone Lange – Simone wer? –, na, die da oben in Flensburg Bürgermeisterin ist, die erhielt 27,6 Prozent der Stimmen der Delegierten. Obwohl – man kommt nicht umhin es festzustellen – sie noch keine Leistungen vorweisen kann, die sie für ein bundespolitisches Amt empfehlen könnten.

Auch nicht ein bisschen. Als Bürgermeisterin fiel sie bisher lediglich dadurch auf, dass sie außerhalb von Flensburg nicht weiter auffiel. Das reichte den Delegierten des Parteitages trotzdem. Dafür gibt es zwei Gründe, die nichts miteinander zu tun haben. Einerseits haben viele Genossen die Nase voll davon, wie Ämter und Posten auf den einzelnen Etagen der Partei durchgereicht werden. Das ist nicht nur ein Thema der Sozis, aber die erweisen sich als aufmüpfiger als die Mitglieder anderer Parteien. Der hohe Verschleiß der Vorsitzenden der SPD spricht Bände. Die kurzen Verfallzeiten sind auffällig.

> Das Wahlergebnis von Nahles könnte Stegner verkraften, das von Simone Lange eher nicht

Andererseits, und das ist der zweite Grund für das gute Abschneiden der Bürgermeisterin aus Flensburg: Die Partei der Umverteiler möchte gerne wieder mehr umverteilen. Dafür steht Simone Lange. Sie ist auf deutlichem Kurs gegen die Agenda 2010. Den steuert sie wie Kevin Kühnert. Die Planwirtschaft der Jungspunde wirft lange Schatten voraus. Es gebe unter den Mitgliedern offenbar ein großes Bedürfnis nach inhaltlicher und personeller Neuaufstellung der Partei, meint Simone Lange. Das ist zwar nicht gerade Klartext, kommt aber an. Arbeitsminister Hubertus Heil denkt inhaltlich schon mal darüber nach, wie die Sanktionen, die Hartz-IV-Beziehern drohen könnten, abgebaut werden können.

Berlins Regierender Bürgermeister, an das Leben auf Kosten anderer gewöhnt, liebäugelt mit einem angeblich solidarischen Grundeinkommen. Wir kennen das schon: endlich Gerechtigkeit. Die personelle Neuausrichtung bringt sich schon mal in Position. Nach Friede, Freude, Eierkuchen klingt das überhaupt nicht.

Klar, die etablierte Parteispitze spricht sich nach dieser schwachen Wahl der Vorsitzenden Mut zu. Twitter-King Ralf Stegner wie immer allen voran. Nahles werde auch das Vertrauen derer gewinnen, die nicht für sie gestimmt haben, tröstet er. Fragt sich nur, wen er tröstet. Vermutlich sich selbst. Denn das Wahlergebnis von Andrea könnte er verkraften, das Wahlergebnis von Simone Lange eher nicht. Lange und Stegner gelten nicht als die besten Freunde. Das heißt in der Politik: Sie können sich nicht unbedingt leiden.

Im kommenden Jahr wählt die SPD in Schleswig-Holstein auf einem Parteitag einen neuen Vorstand. Nach Stand der Dinge tritt Stegner wieder an. Lange hingegen will keine Abstimmung der Delegierten, sondern eine Befragung der Mitglieder. Damit sitzt sie jetzt Stegner im Nacken. Ein gemütlicher Platz ist das nicht. Für beide nicht.

Wenn auch bei der real existierenden SPD vieles nicht zu verstehen ist, wie der frühere Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement jüngst beklagte, ist doch noch eine rudimentäre Nähe zur Realität erkennbar. Nunmehr sollten wir jedoch über etwas sprechen, wovon der Autor keine Ahnung hat. Diese Unkenntnis teilt er vermutlich mit der überwiegenden Zahl der Leser. Wir müssen über Rapper sprechen. Über eine bestimmte Sorte von Rappern. Über Rapper, die in ihrem rhythmischen Gestammel Frauen verächtlich als Huren bezeichnen, von Gewalt gröhlen und Juden verhöhnen. Über Rapper, die für fortwährende Entgleisungen und Beleidigungen einen angeblichen Musikpreis einsacken. Der heißt „Echo“, er wird im überpolitischüberkorrekten Berlin verliehen, kommt aber aus dem biederen Gütersloh. Der Preis hat eine Kategorie, die nennt sich „Hip-Hop/Urban National“ – was auch immer das heißen mag. Ausgezeichnet wurden darin diesmal die Rapper „Kollegah“ und „Farid Bang“. Auch für diesen Text: „Mein Körper definiert sich als von Auschwitzinsassen“. Was soll daran anstößig und abstoßend sein? Das ist Freiheit der Kunst, argumentieren die Veranstalter, und das ist ihnen überhaupt nicht peinlich. Im Übrigen werde ja auch nicht der dichterische Erguss mit dem Preis gewürdigt, sondern der kommerzielle Erfolg. Wer viel Menschenverachtung produziert und verkauft, der wird gewürdigt. Geht es noch tiefer?

Allerdings lohnte es sich schon, einmal darüber nachzudenken, warum männliche Gewaltphantasien von der brutalen Art sich so gut verkaufen. Und an wen. Solche Machwerke entstehen ja nicht in Hinterhofkellern, sondern in modernsten Studios. Sie werden mit allen Tricks des modernen Marketings unter die Leute gebracht. Dafür sorgen die braven Biedermänner von Bertelsmann. Keiner von denen hat gemerkt, was für Machwerke sie da produzieren? Natürlich nicht, wenn man fette Kohle vor Augen hat. Auch keiner von den 550 Juroren des Preises hat erkannt, was sie da beloben? Wozu werden die überhaupt benötigt, wenn die Verkaufszahlen allein den Ausschlag geben? Aber Juror, das ist so eine hübsche Aufgabe, die setzt man nicht leichtfertig aufs Spiel. Überhaupt, der Skandal um die Rapper „Kollegah“ und „Farid Bang“ kam ja nicht aus heiterem Himmel. Die geschmacklosen und menschenverachtenden Texte waren schon vorher bekannt, darüber wurde gesprochen. Das hielt aber niemanden davon ab, seinen Preis auf derselben Veranstaltung mit vor Stolz geschwellter Brust anzunehmen. Nur einer, „Campino“ von den „Toten Hosen“, der protestierte ein bisschen, nahm den Preis, dankte und ging. Das war es vorerst. Inzwischen haben einige ältere Herren ihre Preise wieder bei Bertelsmann abgeliefert. Für alle anderen, insbesondere den Produzenten Bertelsmann, aber gilt, wie schon zu Zeiten des römischen Kaisers Vespasian: Pecunia non olet – Geld stinkt nicht. Bekanntlich hat Vespasian mit seiner Latrinensteuer Pisse zu Geld gemacht.

MEINUNGEN

***Jan Fleischhauer** wundert sich auf „Spiegel online“ (19. April) über die **Erregung**, welche die **„Echo“-Verleihung** an zwei Rap-Musiker (siehe S. 12) ausgelöst hat:*

„Die Wahrheit ist, dass man jetzt über die beiden Knalltüten, die mit dem Echo ausgezeichnet wurden, alles sagen darf, was man normalerweise nie über Leute sagen dürfte, die über einen Migrationshintergrund verfügen oder muslimischen Glaubens sind. Plötzlich fällt auch im Feuilleton auf, dass mit einem bestimmten ethnischen oder religiösen Hintergrund die Wahrscheinlichkeit für frauen-, schwulen- und judenfeindliche Aussagen steigt.“

*Chefreporter **Tim Braune** schiebt im „Hamburger Abendblatt“ (23. April) den **bitteren Start von Andrea Nahles** als SPD-Chefin auf die **Unzufriedenheit der Parteibasis**:*

„Unsouverän war zudem der Umgang der Parteiführung mit der Herausforderin Simone Lange. Das schürte neues Unbehagen. Sie hielt in Wiesbaden eine nette Rede, aber mit utopischen, unbezahlbaren Ideen. Naive Sozialstaatsromantik reichte Lange, um mehr als 27 Prozent zu bekommen. Was wäre passiert, wenn die Flensburger Oberbürgermeisterin eine überragende Rede gehalten hätte? Hätte die Drama-Queen SPD es am Ende noch fertiggebracht, ihre vielleicht letzte Hoffnungsträgerin Nahles ganz in die Wüste zu schicken? Die Parteiführung hat unterschätzt, wie viel Wut über ‚die da oben‘ in Berlin sich in der Partei angesammelt hat. Lange war nur ein Ventil dafür.“

*Auf der „Achse des Guten“ **widerspricht Thilo Sarrazin dem Rechtsprofessor Daniel Thym**, der den in der Erklärung 2018 konstatierten Rechtsbruch einen „Mythos“ nennt:*

„Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, hätte gar nicht erst in Deutschland einreisen dürfen. Die Anwendung dieser Bestimmung wurde von der Bundesregierung Anfang 2015 außer Kraft gesetzt und ist bis heute nicht wieder in Kraft gesetzt worden. Das ist der größte Skandal in der an Skandalen reichen Einwanderungspolitik der letzten Jahre. Dazu passt ins Bild, dass massenweiser Betrug bei Herkunftsangabe und der Feststellung der Identität toleriert wurde und wird, ohne jede Konsequenzen für die Betroffenen. Wer einen deutschen Grenzpfosten erreicht und das Wort Asyl aussprechen kann, kann mit mehr als 95 Prozent Wahrscheinlichkeit auf immer in Deutschland bleiben. Das bedroht langfristig die Grundfesten des deutschen Staatswesens und der deutschen Gesellschaft. Ohne wirksame Kontrolle der Grenzen und vollständige Herrschaft über die Entscheidung, wer zu uns kommen darf, ist weder der Sozialstaat noch unser ganzes Gesellschaftsmodell überlebensfähig.“

***Matthias Müller sieht** in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (21. April) **für das Einlenken Kim Jong-uns in der Atomfrage** nicht zuletzt **innenpolitische Gründe**:*

„Durch die Sanktionen werden die Pfründe von Kims Getreuen angetastet. Diese werden nur ungern auf ihre Privilegien verzichten, und über kurz oder lang könnte diese Entwicklung die Machtposition von Kim Jong-un gefährden.“